

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises			
89	Satzung über die Erhebung von Abfallgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)	487	
90	Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung)	490	
91	Standortbezogene Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	527	
92	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes im Landkreis Osnabrück	527	
93	Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	528	
94	Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück)	529	
B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände			
270	Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald	530	
271	10. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 09.11.1993, Wasserabgabensatzung	531	
272	12. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 09.11.1993, Abwasserbeseitigungsabgabensatzung	531	
273	8. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 19.10.1995	532	
274	20. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Dissen am Teutoburger Wald vom 21.05.2001, Wasserabgabensatzung (WAS)	532	
275	21. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Dissen am Teutoburger Wald vom 21.05.2001, Abwasserbeseitigungsabgabensatzung (ABAS)	532	
276	Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Niedersachsenpark GmbH	533	
277	Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Niedersachsenpark GmbH	534	
278	10. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Bad Rothenfelde (Abwasserbeseitigungsabgabensatzung) vom 17. Dezember 2020	536	
279	Jahresabschluss 2019 des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde	536	
280	Jahresabschluss 2019 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde	537	
281	5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Gemeinde Bad Rothenfelde (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 17.12.2020	537	
282	Satzung der Gemeinde Bad Laer über die Umlegung von Beiträgen für den Unterhaltungsverband Nr. 96 "Hase-Bever"	537	
283	1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Bad Laer vom 27.11.2019 - Wasserabgabensatzung –	539	
284	18. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Abgaben für die Abwasserbeseitigung (Schmutzwasser) der Gemeinde Bad Laer - Abwasser-		
	beseitigungsabgabensatzung Schmutzwasser –		539
285	17. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Abgaben für die Abwasserbeseitigung (Niederschlagswasser) der Gemeinde Bad Laer - Abwasserbeseitigungsabgabensatzung Niederschlagswasser –		539
286	Jahresabschluss der Gemeinde Wallenhorst für das Haushaltsjahr 2019		540
287	Änderungssatzung (16. Änderung) zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Wallenhorst , Landkreis Osnabrück, (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 27. November 1990		540
288	Verordnung über die Festsetzung der Marktwaren auf den Wochenmärkten der Stadt Bramsche		541
289	Satzung der Stadt Bramsche über den Wochenmarkt und die Jahrmärkte (Marktsatzung)		541
290	1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Stadt Bramsche (Marktgebührensatzung)		544
291	Jahresabschluss 2019 der Stadt Bramsche		544
292	2. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bad Iburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung (Schmutzwasserbeseitigungsabgabensatzung)		545
293	1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bad Iburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung (Niederschlagswasserbeseitigungsabgabensatzung)		545
294	2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Nutzungsgebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Bad Iburg (dezentrale Abwasserbeseitigungsabgabensatzung)		545
295	3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bad Iburg über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenersatzungen für die Wasserversorgung (Wasserabgabensatzung)		546
296	Satzung über die Erhebung von Gästebeiträgen (Gästebeitragsatzung) der Stadt Bad Iburg		546
297	Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Stadt Bad Iburg (Katzenschutzverordnung)		552
298	Friedhofssatzung der Stadt Bad Iburg vom 03.12.2020		553
299	Gebührensatzung zur Friedhofssatzung vom 03.12.2020 der Stadt Bad Iburg		560
300	1. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Glandorf über die Gewährung von Aufwandsentschädigung, Verdienstausschlag und Auslagenersatzung für ehrenamtlich tätige Personen in der Freiwilligen Feuerwehr		561
C. Sonstige Bekanntmachungen			
18	Änderung der Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter in 49565 Bramsche		562
19	Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 7 PBefG, Änderungen der Beförderungsentgelte, VOS Plus-Tarif zum 01.01.2021 der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück und der NordWestBahn für die Schienenstrecke HallerWillem		562
20	Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 7 PBefG, Änderungen der Beförderungsentgelte, VOS Tarif zum 01.01.21 der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück		562

A. Bekanntmachungen des Landkreises

89

Satzung über die Erhebung von Abfallgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 13 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244) und der §§ 6 Abs. 1 und 12 des Niedersächsischen Abfallgesetzes (NAbfG), in der Fassung vom 14.07.2003 (Nds. GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88) in Verbindung mit § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S.

309) und § 21 der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Osnabrück (Abfallentsorgungssatzung) vom 14.12.2020 hat der Kreistag des Landkreises Osnabrück in seiner Sitzung am 14.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Für die Inanspruchnahme der einheitlichen öffentlichen Einrichtung Abfallwirtschaft nach § 1 Abs. 3 der Satzung über die Abfallentsorgung vom 14.12.2020 erhebt der Landkreis zur Deckung seiner Aufwendungen Nutzungsgebühren.
- (2) Diese Satzung findet keine Anwendung, soweit die Benutzer aus anderen Herkunftsbereichen die Abfallentsorgung durch die AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH (im Folgenden „AWIGO“ genannt) durchführen las-

sen. In diesen Fällen erfolgt die Abrechnung der Leistungen direkt durch die AWIGO.

- (3) Der Landkreis Osnabrück beauftragt die AWIGO gem. § 12 Abs. 1 NKAG mit der Ermittlung der Berechnungsgrundlagen, der Abgabeberechnung, der Ausfertigung und Versendung von Abgabebescheiden sowie der Entgegennahme der zu entrichtenden Abgaben.

§ 2 Gebührenmaßstab

- (1) Für Grundstücke, die ausschließlich oder teilweise wohnlich genutzt und mit Müllgroßbehältern (MGB) 30 bis 1.100 l entsorgt werden, setzen sich die zu zahlenden Gebühren aus

- a) einer Grundstücksgrundgebühr,
- b) einer Behälter-/Sackgrundgebühr, die nach dem Volumen und der Anzahl der Restabfallbehälter berechnet wird und
- c) einer Leistungsgebühr, die nach dem Volumen der Restmüll- und Bioabfallbehälter und der Anzahl der Abfahrten berechnet wird, zusammen (kombinierter Maßstab).

Gleiches gilt, wenn auf solchen Grundstücken aus besonderen Gründen an Stelle von MGB die Entsorgung mit vom Landkreis bereitgestellten Abfallsäcken erfolgt.

- (2) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist, ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung, jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 3 Gebühren und Gebührensätze

- (1) Die Gebühr für Grundstücke, deren Bemessungsgrundlage der kombinierte Maßstab nach § 2 ist, wird nach dem Volumen der Restmüll- und Bioabfallbehälter und der Anzahl der Abfahrten bemessen. Sie beträgt jährlich:

- | | |
|---|--------|
| a) Leistungsgebühr Restmüll je Liter bei vierwöchentlichem Rhythmus | 0,59 € |
| b) Leistungsgebühr Restmüll je Liter bei zweiwöchentlichem Rhythmus | 1,18 € |
| c) Leistungsgebühr Restmüll je Liter bei wöchentlichem Rhythmus | 2,36 € |
| d) Leistungsgebühr Bioabfall je Liter im zweiwöchentlichen Rhythmus | 0,45 € |

Gleiches gilt, wenn auf solchen Grundstücken aus besonderen Gründen an Stelle von MGB die Entsorgung mit vom Landkreis bereitgestellten Abfallsäcken erfolgt.

Die jährlichen Benutzungsgebühren können in monatlichen Teilbeträgen erhoben werden.

- (2) Neben der Gebühr nach Abs. 1 wird von jedem Anschlusspflichtigen, für dessen Grundstück die Bemessungsgrundlage der kombinierte Maßstab nach § 2 ist, eine jährliche Grundgebühr zur Deckung eines Teils der Fixkosten der gesamten Einrichtung „Abfallwirtschaft“ erhoben. Sie beträgt:

- | | |
|--------------------------------|---------|
| a) Grundstücksgrundgebühr | 93,72 € |
| b) Behälter- / Sackgrundgebühr | |

- | | |
|---------------------|---------|
| je Restmüllbehälter | |
| a. Volumen 30 l | 21,48 € |
| b. Volumen 60 l | 22,20 € |
| c. Volumen 120 l | 23,76 € |
| d. Volumen 180 l | 24,24 € |
| e. Volumen 240 l | 26,40 € |

- | | |
|--|----------|
| c) Behältergrundgebühr je Restmüllbehälter 1.100 l im vierwöchentlichen Rhythmus | 65,52 € |
| d) Behältergrundgebühr je Restmüllbehälter 1.100 l im zweiwöchentlichen Rhythmus | 109,80 € |
| e) Behältergrundgebühr je Restmüllbehälter 1.100 l im wöchentlichen Rhythmus | 198,60 € |

Die jährlichen Benutzungsgebühren können in monatlichen Teilbeträgen erhoben werden.

- (3) Für die nachfolgenden Sonderleistungen werden folgende Gebühren erhoben:

- | | |
|--------------------|--------|
| Zusatzbeistellsack | |
| a) Restmüllsack | 4,00 € |
| b) Bioabfallsack | 0,75 € |

- (4) Die Gebühr für Sonderleistungen wird nach der Abfallart und der angelieferten Abfallmenge bemessen. Kleinmengen sind, soweit nichts Anderes genannt ist, Mengen bis 1,0 m³. Im Falle der Anlieferung von Abfällen zu den Abfallentsorgungsanlagen werden folgende Gebühren erhoben:

- | | |
|---|--------------|
| a) Restabfall, Sperrmüll und Bau- und Abbruchabfälle (Beispiele: Styropor, Bausolierung, Dämmmaterial ¹ , Kunststoffolie mit schädlichen Anhaftungen, Fensterglas) | |
| a. Lose angeliefert, ab 200 kg, je Mg | 171,43 € |
| b. Gebühr für Anlieferung von Kleinmengen je 0,25 m ³ | 7,50 € |
| bis 0,1 m ³ | 3,00 € |
| c. Gebühr bei loser Anlieferung und Ausfall / nicht vorhandener Waage, je m ³ | 30,00 € |
| d. Gebühr bei verpresster Anlieferung und Ausfall / nicht vorhandener Waage, je m ³ | 60,00 € |
| b) Altpapier, ohne Mengenbegrenzung | gebührenfrei |
| c) Grünabfall | |
| a. Anlieferung die ersten zwei Kubikmeter | gebührenfrei |
| b. je weitere 0,5 m ³ | 7,00 € |
| d) Altmetalle | gebührenfrei |
| e) Altholz | |
| a. Ohne schädlichen Anhaftungen (Kat. A I bis A III) | |
| i. Mindestgebühr je Anlieferung / Gebühr für Anlieferung von Kleinmengen je 0,25 m ³ | 6,25 € |
| ii. Anlieferungen ab 200 kg, je Mg | 83,33 € |
| iii. Ausfall / nicht vorhandene Waage, je m ³ | 25,00 € |
| b. Mit schädlichen Anhaftungen (Kat. A IV) und kontaminiert (z.B. Teeröl) | |
| i. Mindestgebühr je Anlieferung / Gebühr für Anlieferung von Kleinmengen bis 0,25 m ³ | 10,00 € |
| ii. Anlieferungen ab 200 kg, je Mg | 133,33 € |
| iii. Ausfall / nicht vorhandene Waage, je m ³ | 40,00 € |

¹ < 5 Vol. % HBCD –haltige Abfälle im Gemisch

f) Bauschutt, je 0,1 m ³	4,00 €
g) PP – PE-Kunststoffe	gebührenfrei
h) Altreifen	
a. PKW, pro Stück ohne Felge	2,30 €
b. PKW, pro Stück mit Felge	4,60 €
c. LKW, pro Stück	17,25 €
d. Traktor, pro Stück	34,50 €
i) Elektronikschrott, gem. Elektro- und Elektronikgerätegesetz	gebührenfrei
j) Asbesthaltige Abfälle	
a. je 0,25 m ³	37,50 €
b. ab 200 kg, je Mg	136,36 €

Gemäß dem Mess- und Eichgesetz (MessEG) und der Mess- und Eichverordnung (MessEV) dürfen zu Abrechnungszwecken keine Gewichte unterhalb der Mindestlast verwendet werden. Aus diesem Grund ist die AWIGO verpflichtet, Anlieferungen unter 200 kg nicht über die Verwiegung, sondern über Kubikmeterpreis abzurechnen.

- (5) Für Aussortierungsarbeiten infolge vermischter Anlieferung von Abfällen oder Entfernung von Beimengungen und Störstoffen sowie für außerhalb der Öffnungszeiten gewünschte Sonderöffnungen der Entsorgungsanlagen erhöhen sich die in Abs. 4 genannten Gebühren um den tatsächlich entstandenen zusätzlichen Zeit- und Sachaufwand. Sie betragen je angefangene halbe Arbeitsstunde 20,50 €.
- (6) Pro Kalenderjahr ist ein auf formlosen Antrag der/s Anschlusspflichtigen veranlasster Tauschvorgang gem. 16 Abs. 3 und 4 Abfallentsorgungssatzung gebührenfrei. Unter einem Tauschvorgang wird der Tausch von einem oder mehrerer zugelassener MGB verstanden. Für jeden weiteren Tauschvorgang wird eine Gebühr in Höhe von 14,00 € erhoben.

§ 4 Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist der Benutzungspflichtige gem. § 3 Abs. 1 der Abfallentsorgungssatzung. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner. Dies gilt entsprechend im Fall gemeinschaftlicher Entsorgung gem. § 16 Abs. 7 Abfallentsorgungssatzung.
- (2) Auf Antrag des Gebührenpflichtigen kann der Gebührenbescheid einem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gegeben werden. Eine solche Bekanntgabe setzt die Zustimmung oder das Einverständnis des Zustellbevollmächtigten voraus. Die Zustimmung oder das Einverständnis des jeweiligen Zustellbevollmächtigten ist von dem Eigentümer schriftlich nachzuweisen. Die Gebührenpflicht des Grundstückseigentümers bleibt unberührt.
- (3) Ist bei einer Wohnungseigentümergeinschaft ein Verwalter bestellt, so ist der Bescheid an den Verwalter zu richten.
- (4) Beim Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Monats auf den neuen Verpflichteten über.
- (5) Gebührenpflichtig bei der Benutzung von Zusatzabfallsäcken ist der Erwerber.
- (6) Gebührenpflichtig bei der einmaligen oder vorübergehenden Nutzung von Müllgroßbehältern 1.100 l ist der Benutzer.

- (7) Gebührenpflichtig für die Inanspruchnahme von Sonderleistungen (§ 3 Abs. 3) ist der Auftraggeber.
- (8) Gebührenpflichtig im Falle der Selbstanlieferung (§ 3 Abs. 4) ist der Anlieferer.

§ 5 Entstehen, Änderung und Erlöschen der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Bereitstellung der Abfallbehälter. Beginnt die Abfuhr nach dem ersten Tag des Monats, so entsteht die Gebührenpflicht mit dem ersten Tag des folgenden Monats. Für den jeweiligen Erhebungszeitraum (§ 7 Abs. 2 und 3) entsteht die Gebührenschild mit dessen Beginn. Bei Sonderleistungen (§ 3 Abs. 3) entsteht die Gebührenpflicht mit Beginn der Sonderleistung, bei Anlieferungen zu den Abfallentsorgungsanlagen (§ 1 Abs. 3 Abfallentsorgungssatzung) mit der Anlieferung. Bei Verwendung von Abfallsäcken entsteht die Gebührenpflicht mit dem Erwerb.
- (2) Eine Änderung der Gebühr, die sich aus einem Wechsel der Art des Abfallbehälters, des Volumens der/ des vorgehaltenen Abfallbehälters, der Leerungshäufigkeit oder aus der Veränderung der Zahl der Abfallbehälter ergibt, wird zum 1. Kalendertag des folgenden Monats wirksam.
- (3) Die Gebührenpflicht erlischt mit dem Ende des Monats, in dem die Anschlusspflicht entfällt.

§ 6 Einschränkung oder Einstellung der Abfuhr

Falls die Abfuhr bis zu einem Monat eingeschränkt oder eingestellt wird, besteht kein Anspruch auf Gebührenminderung. Dauert die Einschränkung länger als einen Monat, so wird die Gebühr für jeweils volle Kalendermonate erlassen.

§ 7 Festsetzung, Erhebung und Fälligkeit der Gebühren und Entstehen der Gebührenschild

- (1) Die Benutzungsgebühr wird im Auftrag und Namen des Landkreises von der AWIGO oder durch den Landkreis selbst festgesetzt.
- (2) Die Gebührenschild entsteht mit Beginn des Erhebungszeitraumes. Entsteht oder ändert sich die Gebührenpflicht im Laufe eines Kalendervierteljahres, entsteht die Gebührenschild zum Zeitpunkt der Änderung.
- (3) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr. Die Gebühr nach § 3 Abs. 1 und 2 wird im Regelfall an den für die Grundsteuer festgelegten Zahlungsterminen zu einem Viertel ihres Jahresbeitrages fällig. Das sind der 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres. Auf Antrag kann die Gebühr in einem Jahresbeitrag am 1. Juli eines jeden Jahres entrichtet werden (§ 28 Abs. 3 Grundsteuergesetz). Entsteht oder ändert sich die Gebührenpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, so ist die für dieses Kalenderjahr zu entrichtende Gebühr innerhalb eines Monats nach Heranziehung zu entrichten.
- (4) Die Gebühren für Sonderleistungen (§ 3 Abs. 3) und für die Anlieferung (§ 3 Abs. 4) werden vom Landkreis oder

seinem Beauftragten unmittelbar erhoben. Die Gebührenschuld für Sonderleistungen entsteht mit der Inanspruchnahme, bei Anlieferung mit der Anlieferung. Die Gebühr wird gleichzeitig fällig.

- (5) Überzahlungen werden mit anderen fälligen Gebühren und Abgaben verrechnet oder aufgerechnet, darüberhinausgehende Beträge erstattet.
- (6) Vom Landkreis mit der Wahrnehmung von Abfallentsorgungsaufgaben beauftragte Dritte sind befugt, von Benutzern ihrer Anlage/ Einrichtung die in dieser Satzung festgesetzten Gebühren im Auftrage und Namen des Landkreises zu erheben.

§ 8

Auskunfts- und Mitteilungspflichten

Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, auf Verlangen die zur Festsetzung der Gebühren erforderlichen Auskünfte über Art, Menge, Beschaffenheit und Herkunft des Abfalls zu erteilen. Ändert sich die Person des Gebührenschuldners, ist der Wechsel vom bisherigen auf den neuen Rechtsinhaber der AWIGO, die gem. § 7 Abs. 1 die Gebühren festsetzt, innerhalb eines Monats schriftlich mitzuteilen.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) handelt, wer entgegen § 8 dieser Satzung als Gebührenpflichtiger die verlangten Auskünfte und Mitteilungen nicht, nicht vollständig, nicht rechtzeitig oder unrichtig erteilt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 18 Abs. 3 NKAG mit einer Geldbuße bis zu 10.000 € geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Abfallgebührensatzung vom 18.12.2017 außer Kraft.

Kebschull
Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

90

Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 13 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKoMVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244) und des § 20 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) in der Fassung vom 24.02.2012 (BGBl. I., S.

212), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2020 (BGBl. I. S. 2232), in Verbindung mit § 11 Abs. 1 des Niedersächsischen Abfallgesetzes (NAbfG), in der Fassung vom 14.07.2003 (Nds. GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), wird nach der Beschlussfassung durch den Kreistag des Landkreises Osnabrück vom 14.12.2020 folgende Satzung über die Abfallwirtschaft erlassen:

§ 1

Grundsatz

- (1) Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger entsorgt der Landkreis die in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sowie des Niedersächsischen Abfallgesetzes (NAbfG) und nach Maßgabe dieser Satzung.
- (2) Der Landkreis betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung. Zur Durchführung dieser Aufgabe bedient er sich der Eigengesellschaft „AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH“ (im Folgenden „AWIGO“ genannt) als beauftragtem Dritten. Die AWIGO ist berechtigt, zur Erledigung dieser Aufgabe ganz oder teilweise weitere Dritte zu beauftragen.
- (3) Die öffentliche Einrichtung „Abfallwirtschaft“ besteht aus folgenden wesentlichen Teilen:
 - a) Dem Standort Georgsmarienhütte (Verwaltung, Recyclinghof)
 - b) Den Recyclinghöfen im Landkreis Osnabrück
 - c) Den Grünplätzen im Landkreis Osnabrück
 - d) Trockenstabilatanlage der Helector Recyclingcenter Osnabrück GmbH
 - e) Fuhrpark der beauftragten Unternehmen
 - f) Kompostierungsanlage der AWIGO Biomasse GmbH

sowie weiteren zur Erfüllung der in Absatz 1 beschriebenen Aufgaben notwendigen Einrichtungen und Personen des Landkreises bzw. der AWIGO und deren Beauftragten.

§ 2

Umfang der Abfallentsorgung

- (1) Die Abfallentsorgung umfasst die Verwertung von Abfällen i. S. d. §§ 6 bis 11 KrWG und die Beseitigung i. S. d. §§ 15 und 16 KrWG sowie alle hierzu erforderlichen Maßnahmen. Die Abfallberatung nach § 4 ist Teil der Abfallentsorgung.
- (2) Die Abfallentsorgung umfasst alle angefallenen und zu überlassenden Abfälle aus privaten Haushaltungen und die angefallenen und zu überlassenden Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen (s. Anlage 1, Positivkatalog), soweit und solange diese nicht im Sinne des Absatzes 3 der AWIGO zu überlassen sind. Dazu gehören auch verbotswidrig lagernde Abfälle gem. § 10 Abs. 1 NAbfG, soweit sie nach Art und Menge den in privaten Haushaltungen anfallenden Abfällen entsprechen und die in § 20 Abs. 3 KrWG genannten Kraftfahrzeuge und Anhänger sowie Altfreifen.
- (3) Für den Landkreis besteht keine Entsorgungspflicht für Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit diese Pflichten auf Grund der bestehenden Über-

tragung gem. § 16 Abs. 2 KrW-/ AbfG der AWIGO übertragen worden sind.

- (4) Von der Abfallentsorgung insgesamt sind die in der Anlage 2 (Negativkatalog) zu dieser Satzung aufgeführten Abfälle ausgeschlossen. Gefährliche Abfälle sind nicht ausgeschlossen, soweit sie in privaten Haushaltungen entsprechend § 13 anfallen. Abfallerzeuger / Abfallbesitzer dieser Abfallarten sind verpflichtet, entsprechende Abfallanlieferungen von mehr als 20 kg bei der AWIGO so frühzeitig anzukündigen, dass bereits am Entstehungsort der Abfälle Proben genommen werden können. Die Anlieferung kann erst nach vorherigen Anmeldung und Freigabe durch den Anlagenbetreiber erfolgen.
- (5) Von der Abfallentsorgung insgesamt ausgeschlossen sind
- Verpackungsabfälle im Sinne des Verpackungsgesetzes vom 05.07.2017 (BGBl. I S. 2234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2020 (BGBl. I. S. 1328, 1344),
 - Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen, die nicht Abfälle zur Beseitigung sind,
 - schadstoffhaltige Batterien, Starterbatterien und sonstige Batterien im Sinne des Batteriegesetzes vom 25.6.2009 (BGBl. I S. 1582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.11.2020 (BGBl. I S. 2280),
 - Altfahrzeuge i. S. v. § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Überlassung, Rücknahme und umweltverträgliche Entsorgung von Altfahrzeugen (Altfahrzeugverordnung) vom 05.07.1997 (BGBl. I. S. 1666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2020 (BGBl. I. S. 1328, 1344), Autoteile und Anhänger soweit sie nicht unter § 2 Abs. 2 Satz 2 fallen,
 - Altöle im Sinne der Altölverordnung.
- (6) Im Einzelfall kann der Landkreis darüber hinaus Abfälle von der Entsorgung ausschließen, die nach ihrer Art, Menge und Beschaffenheit nicht mit den in privaten Haushaltungen anfallenden Abfällen entsorgt werden können.
- (7) Soweit Abfälle nach Abs. 4 bis 7 von der Abfallentsorgung ausgeschlossen sind, ist der Besitzer zur Entsorgung dieser Abfälle verpflichtet.

§ 3

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Die Eigentümer bewohnter, gewerblich genutzter, gemischt genutzter oder bebauter Grundstücke sind verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlusszwang). Den Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte gleich.
- (2) Die Anschlusspflichtigen und anderen Abfallbesitzer, insbesondere Mieter und Pächter, sind verpflichtet, die auf dem Grundstück oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle dem Landkreis nach der Maßgabe der §§ 5 bis 17 zu überlassen (Benutzungszwang), soweit die Überlassungspflicht nicht nach § 17 Abs. 2 KrWG entfällt.
- (3) Der Anschluss- und Benutzungszwang erstreckt sich auch auf solche Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, die nicht i. S. d. § 2 Abs. 3 der AWIGO übertragen worden sind.
- (4) Auf schriftliche Anzeige ist der Anschlusspflichtige oder

der Abfallbesitzer vom Benutzungszwang befreit, wenn

- bei privaten Haushalten nachgewiesen wird, dass der Abfall in eigenen Anlagen auf dem angeschlossenen Grundstück oder einem in seinem Besitz befindlichen Grundstück ordnungsgemäß und schadlos verwertet wird oder
 - bei Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen nachgewiesen wird, dass die Beseitigung in eigenen Anlagen erfolgt und überwiegend öffentlichen Interessen eine Überlassung dieser Abfälle nicht erfordern.
- (5) Für die Anzeige und den Nachweis nach Abs. 4 sind die vom Landkreis zur Verfügung gestellten Formulare zu verwenden. Die Befreiung vom Benutzungszwang tritt 14 Tage nach Eingang der Anzeige beim Landkreis ein, es sei denn, der Landkreis widerspricht innerhalb dieser Frist, weil der nach Abs. 4 erforderliche Nachweis nicht geführt wurde oder überwiegende öffentliche Interessen eine Überlassung der Abfälle zu Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen erfordern.
- (6) Vom Benutzungszwang der Biotonne können auf Antrag solche Grundstücke befreit werden, auf denen nachweislich der anfallende Bioabfall (einschließlich Speisereste) ordnungsgemäß kompostiert wird (Eigenkompostierung). Befreiungsanträge können schriftlich beim Landkreis gestellt werden. Eine erteilte Befreiung wird an dem 1. des auf den Antrag folgenden Monats wirksam. Bei nicht ordnungsgemäßer Kompostierung kann die Befreiung nach vorgenommener Prüfung zurückgenommen werden. Für Grundstückneuanschlüsse oder Eigentümerwechsel gelten die Regelungen der Gebührensatzung.
- (7) Der Anschluss- und Benutzungszwang gilt nicht für nach § 2 Abs. 4 bis 7 ausgeschlossene Abfälle und für solche Abfälle, deren Beseitigung außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen durch Rechtsverordnung zugelassen ist.
- (8) Grundstück i. S. dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 4

Abfallberatung

Die AWIGO nimmt diese Aufgabe für den Landkreis wahr und berät die Abfallbesitzer sowie die Anschluss- und Benutzungspflichtigen und informiert sie regelmäßig über Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen sowie über die Verwendung abfallarmer Produkte und Verfahren.

§ 5

Abfalltrennung

- (1) Der Landkreis führt mit dem Ziel einer Abfallverwertung und Schadstoffminimierung eine getrennte Entsorgung folgender Abfälle durch:
- Bioabfall, § 6
 - Altpapier, § 7
 - Grünabfall, § 8
 - Bauschutt, § 9
 - Sperrmüll, § 10
 - Altholz, § 11
 - Elektroaltgeräte (Elektroschrott), § 12
 - Gefährliche Abfälle aus privaten Haushaltungen, § 13
 - Altreifen, Altmetall und Asbestabfälle, § 14
 - Restabfall sowie Bau- und Abbruchabfälle, § 15

- (2) Jeder Abfallbesitzer hat die in Abs. 1 genannten Abfälle getrennt bereitzuhalten und nach Maßgabe der §§ 6 bis 17 zu überlassen.

§ 6 Bioabfall

- (1) Bioabfälle i. S. von § 5 Abs. 1 a) sind bewegliche Sachen nativ-organischen Ursprungs. Dazu gehören z. B. Gemüse, Obst und sonstige Küchen- und Speiseabfälle. Nicht dazu gehören
- a) Fleisch (auch von Fischen) und unbehandelte Knochen sowie
 - b) Exkrementen von Menschen (auch benutzte Einwegwindeln) und von Tieren.
- (2) Bioabfälle aus privaten Haushaltungen sind in den dafür zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen. § 3 Abs. 6 bleibt unberührt. Küchen- und Speiseabfälle dürfen grundsätzlich nur in haushaltsüblichen Mengen eingegeben werden.
- (3) Der Landkreis kann einzelne Grundstücke von Amts wegen von der getrennten Erfassung des Bioabfalls ausschließen, wenn dies aus abfallwirtschaftlichen Gründen geboten ist. In diesen Fällen sind die Bioabfälle selbst zu kompostieren oder dem Restmüllbehälter zuzuführen.

§ 7 Altpapier

- (1) Altpapier i. S. v. § 5 Abs. 1 b) ist Abfall aus Papier, wie Zeitungen, Zeitschriften, Pappe und andere nicht verschmutzte, ausschließlich aus Papier bestehende, bewegliche Sachen.
- (2) Altpapier ist dem Landkreis bzw. der AWIGO an den bekannt gegebenen Abfuhrterminen in den dafür zugelassenen Abfallbehältern zu überlassen.

§ 8 Grünabfall

- (1) Grünabfall i. S. v. § 5 Abs. 1 c) sind Garten- und Parkabfälle wie Grasschnitt (keine Grassoden), Laub, Buschwerk, Heckenschnitt, Baumrückschnitt, und Reisig, soweit darin keine Verunreinigungen oder Beimengungen, wie z. B. Kunststoffe, Steine, Erde oder behandeltes Holz enthalten sind. Zu Grünabfall zählen auch Baumstubben, soweit sie weitestgehend von Erde befreit sind, Stammholz über zehn Zentimeter Durchmesser, jedoch nicht länger als zwei Meter und Weihnachtsbäume. Baumstubben und Stammholz sind getrennt anzuliefern.
- (2) Grünabfall ist dem Landkreis bzw. der AWIGO an den bekannt gegebenen Grünplätzen durch Übergabe zu überlassen. Eine Überlassungspflicht besteht nicht, wenn der Grünabfall auf dem Grundstück, auf dem er anfällt, kompostiert wird. Grünabfall kann zur Auffüllung von Restvolumen in die Biotonne eingegeben werden.

§ 9 Bauschutt

- (1) Bauschutt i. S. v. § 5 Abs. 1 d) sind mineralische Abfälle, die beim Bau, Ausbau oder Abbruch anfallen. Hier zählen

beispielsweise. Beton, Steine, Mauerwerk, Mörtel oder Fliesen. Der Bauschutt ist dem Landkreis bzw. der AWIGO an den bekannten Entsorgungsanlagen durch Übergabe an die von ihr Beauftragten zu überlassen.

- (2) Nicht zum Bauschutt gehören:
- Gipsabfälle
 - Glasbausteine
 - Bodenaushub, Lehm
 - Gas- oder Porenbeton (Ytong)

§ 10 Sperrmüll

- (1) Sperrmüll i. S. v. § 5 Abs. 1 e) sind Abfälle in Form von beweglichen Sachen aus Wohnungen und anderen Teilen des Wohngrundstücks, die selbst nach einer zumutbaren Zerkleinerung wegen ihrer Sperrigkeit, ihres Gewichts oder ihrer Materialbeschaffenheit nicht in die vom Landkreis zur Verfügung gestellten Abfallbehälter passen, diese beschädigen oder das Entleeren erschweren könnten. Dazu gehören beispielsweise: Möbelstücke, Matratzen, Teppiche, Kinderwagen oder Fahrräder.
- (2) Sperrmüll ist dem Landkreis bzw. der AWIGO zu überlassen. Er wird auf Antrag des Abfallbesitzers abgefahren. Der Antrag ist schriftlich oder mündlich bei der AWIGO zu stellen. Die AWIGO legt den Termin fest und gibt ihn dem Abfallbesitzer bekannt. Jeder Haushalt erhält höchstens vier Abholtermine je Kalenderjahr.
- (3) Sperrmüll ist getrennt nach Materialien (Holz, Metall usw.) bereitzustellen. Sperrmüll ist so zu stapeln, zu bündeln oder in sonstiger Weise zu ordnen, dass die Straße nicht verschmutzt wird und ein zügiges Verladen möglich ist. Die Einzelstücke dürfen höchstens ein Gewicht von 75 Kilogramm und eine Größe von 2,20 x 1,50 x 0,75 Meter haben. Die Gewichtsbeschränkung gilt nicht für Haushaltsgroßgeräte (z. B.: Waschmaschine, Elektroherd, Kühlgeräte, Geschirrspüler). Die Abfuhr des Sperrmülls umfasst nur die zulässigen Gegenstände, die im Zuge des Antrages bei der AWIGO angemeldet worden sind. Dabei darf der Umfang des Sperrmülls eine Menge von 1 Kubikmeter nicht unter- und von 6 Kubikmetern nicht überschreiten.
- (4) Haushaltsgroßgeräte sowie elektronische Großgeräte (z. B. Fernseher, PC) zählen ebenfalls zum Sperrmüll, sofern sie aus privaten Haushaltungen stammen. Sie sind jedoch gesondert bereitzustellen und werden auch getrennt vom übrigen Sperrmüll abgeholt. Die Haushaltsgroßgeräte und elektronischen Großgeräte müssen vollständig entleert zur Abfuhr bereitgestellt werden, andernfalls kann die Mitnahme verweigert werden.
- (5) Nicht zum Sperrmüll gehören:
- a) Gegenstände, die von Bau- oder Umbauarbeiten herühren, wie z. B. Steine, Türen, Fenster, Holzgebälk, Ziegel, Fußleisten, Teppichboden, Laminat Deckenver-täfelung
 - b) Öltanks
 - c) Kraftfahrzeugteile, Motorräder, Mopeds, Autowracks
 - d) Gewerbliche Betriebsabfälle aller Art wie z. B. aus Fabriken, Werkstätten oder Gewerbebetrieben
 - e) Sperrmüll aus anderen Herkunftsbereichen
- (6) Für zum Sperrmüll gehörende Abfälle, deren Umfang über den in Abs. 3 genannten hinausgeht, gelten § 3 Abs. 7 und § 17 entsprechend.

§ 11 Altholz

- (1) Altholz i. S. v. § 5 Abs. 1 f) sind Abfälle, die aus Massivholz, Holzwerkstoffen oder aus Verbundstoffen mit einem überwiegenden Holzanteil (mehr als 50 Masseprozent) bestehen.
- (2) Soweit das Altholz nicht als Sperrmüll überlassen wird, ist es dem Landkreis bzw. der AWIGO an den bekannt gegebenen Sammelstellen durch Übergabe an die von ihnen Beauftragten zu überlassen.

§ 12 Elektroaltgeräte (Elektroschrott)

- (1) Elektroschrott i. S. v. § 5 Abs. 1 g) sind Elektro- und Elektronik-Altgeräte, wie z. B. elektrische Küchengeräte, elektrische Handwerksgeräte, elektrische und elektronische Informationstechnik- und Telekommunikationsgeräte sowie Rundfunk- und Fernsehgeräte.
- (2) Elektroschrott ist dem Landkreis bzw. der AWIGO an den bekannt gegebenen Sammelstellen durch Übergabe an die von ihnen Beauftragten zu überlassen. Sperriger Elektroschrott i. S. d. § 10 Abs. 1 wird auf mündlichen oder schriftlichen Antrag, der bei der AWIGO zu stellen ist, abgeholt.

§ 13 Gefährliche Abfälle aus privaten Haushaltungen

- (1) Gefährliche Abfälle i. S. v. § 5 Abs. 1 h) sind schadstoffhaltige Abfälle aus privaten Haushaltungen, die eine umweltschonende Abfallentsorgung erschweren oder gefährden. Dazu zählen z. B. Gifte, Laugen, Säuren, Farben, Reiniger, Polituren, teer- und ölhaltige Rückstände, Pflanzenschutzmittel, Leuchtstoffröhren, Energiesparlampen und sonstige Chemikalien sowie Abfälle, die diese Stoffe enthalten.
Gefährliche Abfälle sind vom Haus- und Sperrmüll getrennt zu halten und dürfen nicht in die Abfallbehälter eingeworfen werden.
- (2) Gefährliche Abfälle bis maximal 20 Kilogramm je Abfallart sind der AWIGO an den bekannt gegebenen Sammelstellen oder an den bekannt gegebenen Terminen und Orten dem Sammelfahrzeug des Landkreises oder eines Beauftragten zu überlassen.

§ 14 Altreifen, Altmetall und asbesthaltige Abfälle

- (1) Altreifen i. S. v. § 5 Abs. 1 i) sind Reifen von Pkw, Lkw und Traktoren, die nicht mehr für den jeweiligen Zweck geeignet oder zugelassen sind. Sie werden mit oder ohne Felge auf den Recyclinghöfen der AWIGO angenommen.
- (2) Altmetall oder Schrott i. S. v. § 5 Abs. 1 i) sind Materialien, die überwiegend aus Eisen oder Metall bestehen.
- (3) Asbesthaltige Abfälle i. S. v. § 5 Abs. 1 i) sind in der Regel Produkte wie Welldachplatten, Tafeln, Rohre, Blumengefäße usw., für deren Herstellung Asbest (Bezeichnung für eine Gruppe von natürlich vorkommenden feinfaserigen Mineralien) verwendet wurden. Es handelt sich um gefährli-

che Abfälle gem. Abfallverzeichnis- Verordnung. Sie werden auf den annahmefähigen Recyclinghöfen der AWIGO angenommen. Sie sind unzerstört in dafür vorgesehene reißfeste und geschlossene Big Bags staubdicht verpackt anzuliefern.

§ 15 Restabfall und Bau- und Abbruchabfälle

- (1) Sonstiger Restabfall sowie Bau- und Abbruchabfälle i. S. v. § 5 Abs. 1 j) sind alle sonstigen angefallenen und zu überlassenden Abfälle von privaten und gemischt genutzten Grundstücken soweit sie nicht unter die §§ 6 bis 14 fallen oder nach § 2 Abs. 4 und 5 von der Entsorgung ausgeschlossen sind (Restabfall).
- (2) Restabfall und Bau- und Abbruchabfälle sind in den nach § 16 zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen oder auf den Recyclinghöfen anzuliefern.

§ 16 Zugelassene Abfallbehälter

- (1) Zugelassene Abfallbehälter sind:
 - a) Restabfall:
 - a. Müllgroßbehälter (MGB), Farbe grau: 30, 60, 120, 180, 240 und 1.100 l
 - b. Abfallsäcke, Farbe weiß, 50 l, als Ersatz für Grundstücke, die nicht mit MGB 30 bis 240 l entsorgt werden können
 - c. Zusatzabfallsäcke, Farbe blau, 70 l, für gelegentliche Mehraufkommen von Abfall
 - b) Bioabfall:
 - a. MGB, Farbe braun: 60, 90, 120 und 240 l
 - b. Abfallsäcke, Farbe braun, 50 l
 - c) Papier:
 - a. MGB, Farbe grün: 120, 240 und 1.100 l
 - b. Abfallsäcke, Farbe weiß, 50 l

Feste Abfallbehälter i. S. dieser Satzung sind die in Satz 1 a) b., a) c., b) b. und c) b. genannten Behälter.

Restabfallbehälter i. S. dieser Satzung sind die in Satz 1 a) genannten Behälter. Wertstoffsammelbehälter i. S. dieser Satzung sind die in Satz 1 b) und c) genannten Behälter.

- (2) Der Landkreis stellt dem Anschluss- und Benutzungspflichtigen die zur Aufnahme des Abfalls vorgeschriebenen Abfallbehälter in ausreichender Zahl zur Verfügung. Sie bleiben Eigentum des Landkreises.

Es ist folgende Regelgestaltung vorgesehen:

Richtwert Personenanzahl	Standardausstattung Tonnengröße in Liter		
	Restmüll	Papier	Bio
1	60	120	60
2	120	120	60
3	120	120	60
4	180	240	60
5	240	240	90
6	240	240	90
7	240	240	120
8	1 x 240 1 x 120	1 x 240 1 x 120	120
9	1 x 240	1 x 240	

	1 x 120	1 x 120	240
10	1 x 240	1 x 240	
	1 x 120	1 x 120	240
11	2 x 240	2 x 240	240
12	2 x 240	2 x 240	240

In den Bereichen, in denen aus abfuhrtechnischen Gründen die Abfuhr mit Säcken erfolgen muss, stellt der Landkreis die entsprechende Anzahl zur Verfügung.

Die zur Verfügung gestellten festen Abfallbehälter sind vom Anschluss- und Benutzungspflichtigen zu übernehmen. Er hat sie schonend und sachgemäß zu behandeln und bei Bedarf zu reinigen. Beschädigungen oder Verluste sind bei der AWIGO unverzüglich anzuzeigen. Für Schäden an Abfallbehältern haftet der Anschluss- und Benutzungspflichtige, falls er nicht nachweist, dass ihn insoweit kein Verschulden trifft. Die zugewiesenen Abfallbehälter sind auf dem angeschlossenen Grundstück so aufzustellen, dass sie allen Benutzungsberechtigten jederzeit zugänglich sind.

- (3) Dass mit der Regelgestaltung für Restmüll und Altpapier vorgehaltene Behältervolumen kann auf formlosen Antrag verändert werden. Es wird ohne weitere Begründung zugunsten eines Behältervolumens verändert, welches unter Berücksichtigung der nach Abs. 1 zugelassenen Abfallbehälter das nächst geringere oder nächst größere Gesamtvolumen vorhält. Eine weitergehende Reduzierung oder Erhöhung ist möglich, wenn im Einzelfall konkrete Umstände dargelegt und auf Verlangen nachgewiesen werden, die eine über die in vorstehendem Satz eröffnete Möglichkeit hinausgehende Veränderung des Behältervolumens rechtfertigen.
- (4) Die vorgesehene Regelgestaltung für Bioabfall kann auf formlosen Antrag verändert werden. Sie ist ohne Begründung möglich, wenn das mit der Regelgestaltung vorgehaltene Volumen reduziert werden soll. Eine Erhöhung des Behältervolumens ist im Einzelfall möglich, wenn die dafür maßgeblichen Umstände konkret dargelegt und auf Verlangen nachgewiesen werden.
- (5) Der Landkreis bestimmt, welche Behälterkapazität für die zu erwartende Abfallmenge als ausreichend anzusehen ist. Bei bewohnten, bebauten oder zu Wohn- und Gewerbebezwecken (gemischt) genutzten Grundstücken müssen mindestens jeweils ein zugelassener fester Abfallbehälter für die kompostierbaren Abfälle und jeweils ein Abfallbehälter für den Restabfall bereitstehen, soweit nicht eine Befreiung nach § 3 Abs. 4 ausgesprochen wurde. Auf nicht zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken muss mindestens ein Restabfallbehälter vorgehalten werden.
- (6) Stellt sich heraus, dass das gewählte Behältervolumen an mehr als drei aufeinander folgenden Abfuhrterminen als nicht ausreichend anzusehen ist, kann der Landkreis das Behältervolumen oder die Anzahl der Abfahren festsetzen.
- (7) Für mehrere benachbarte anschluss- und benutzungspflichtige Grundstücke können auf schriftlichen Antrag ein oder mehrere gemeinsame Behälter entsprechend größerer Kapazität zur Verfügung gestellt oder zugelassen werden. Der Antrag muss die Namen der beteiligten Anschluss- und Benutzungspflichtigen enthalten, das Gesamtvolumen und eine Erklärung aller beteiligten Anschluss- und Benutzungspflichtigen enthalten, gesamtschuldnerisch i. S. v. § 4 Abs. 1 Abfallgebührensatzung zu haften.

- (8) Die Abfallbehälter sind vom Anschluss- und Benutzungspflichtigen in dem Zustand und Erscheinungsbild an die Straße zu stellen, wie sie der Anschluss- und Benutzungspflichtige vom Landkreis erhalten hat. Insbesondere ist es nicht gestattet, die Abfallbehälter als Werbefläche zu nutzen. Darüber hinaus ist es nicht gestattet, die Abfallbehälter mit einem so genannten Tonnenstrumpf zu versehen.

§ 17

Durchführung der Abfuhr

- (1) Der nach dieser Satzung zu entsorgende Restabfall und das Altpapier werden in der Regel vierwöchentlich abgeholt. Die Bioabfälle werden in der Regel 14-täglich abgeholt. Die für die Abholung vorgesehenen Wochentage werden mit dem jährlich herausgegebenen Abfuhrkalender festgelegt. Die AWIGO kann im Einzelfall oder für Abfuhrbereiche im Einvernehmen mit dem Landkreis einen längeren oder kürzeren Zeitraum für die regelmäßige Abfuhr festlegen. Dies gilt entsprechend auch für Satz 2.
- (2) Die Abfallbehälter und der Sperrmüll sind von den Pflichtigen nach § 3 Abs. 2 am Abfuhrtag bis spätestens 6 Uhr so bereit zu stellen, dass der Abfuhrwagen auf öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden privaten Straßen an die Aufstellplätze heranfahren kann und das Laden sowie der Abtransport ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich ist. Im Falle einer Abfuhr mit so genannter Seitenladertechnik sind die Abfallbehälter einer Straße nach Weisung des Landkreises auf einer Straßenseite aufzustellen. Im Falle einer Abfuhr mit so genannter Doppelkammschüttung sind die Abfallbehälter zwingend mit der Deckelöffnung zur Straßenseite aufzustellen. Ebenso sind die Behälter beim Einsatz der Doppelkammschüttung paarweise bereitzustellen, es sei denn der nächstgelegene Behälter befindet sich in unzumutbarer Entfernung. Der Landkreis kann im Einzelfall einen anderen Aufstellort bestimmen, wenn das Einsammeln am Aufstellort entsprechend Satz 1 nicht möglich ist. Die Aufstellung muss so erfolgen, dass Fahrzeuge oder Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden. Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter und eventuelle Abfallreste unverzüglich von der Straße zu entfernen. Weisungen der Mitarbeiter oder Beauftragten des Landkreises oder der AWIGO zu den in den Sätzen 1 bis 4 genannten Verpflichtungen sind zu befolgen.
- (3) Anschlusspflichtige, deren Grundstücke wegen unzureichend befestigter Zufahrten oder wegen entgegenstehender privater Rechte Dritter von den Sammelfahrzeugen nicht angefahren werden können oder bei denen eine ausreichende Wendemöglichkeit nicht gegeben ist, müssen die Abfallbehälter rechtzeitig an der nächstliegenden öffentlichen, von den Sammelfahrzeugen befahrbaren Straße zur Entleerung bereitstellen. Abs. 2 S. 2 gilt entsprechend.
- (4) Die Abfallbehälter sind stets verschlossen zu halten. Die festen Abfallbehälter dürfen nur so gefüllt werden, dass ihre Deckel noch gut zu schließen und eine spätere ordnungsgemäße Entleerung möglich ist, insbesondere ist ein Einstampfen, Einschlämmen oder Verpressen nicht erlaubt. Auch das Vorverpressen und die spätere Eingabe in den Behälter sind nicht gestattet. Bei Zuwiderhandlung kann das mit der Einsammlung beauftragte Personal die Mitnahme verweigern. MGB dürfen nur so befüllt werden, dass sie ein Gewicht von 0,5 Kilogramm je Liter bereitgestelltes Gefäßvolumen nicht überschreiten.

- (5) Können die Abfallbehälter aus einem von dem Anschluss- und Benutzungspflichtigen zu vertretenden Grund nicht entleert oder abgefahren werden, so erfolgt die Entleerung und Abfuhr erst am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag.
- (6) Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr, insbesondere infolge von Betriebsstörungen, behördlichen Anweisungen oder höherer Gewalt hat der Anschlusspflichtige keinen Anspruch auf Schadensersatz oder Entschädigung.
- (7) Die Absätze 1 bis 6 gelten für die Abfuhr der getrennt erfassten Abfälle nach § 5 Abs. 1 a) bis j) entsprechend, soweit sich aus den §§ 6 bis 16 nichts Anderes ergibt.

§ 18

Anlieferung bei den Grünplätzen und Recyclinghöfen

- (1) Besitzer von Abfällen gem. § 2 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 6 und § 10 Abs. 6 haben diese im Rahmen ihrer Verpflichtungen nach § 3 selbst oder durch Beauftragte zu den von der AWIGO betriebenen oder ihr zur Verfügung stehenden Abfallentsorgungsanlagen zu bringen. Der Transport hat in geschlossenen oder gegen Verlust des Abfalls in sonstiger Weise gesicherten Fahrzeugen zu erfolgen. § 53 KrWG ist zu beachten.
- (2) Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen wird durch eine Betriebsordnung geregelt.

§ 19

Modellversuche

Zur Erprobung neuer Einsammelungs-, Beförderungs-, Behandlungs- oder Entsorgungssysteme kann der Landkreis bzw. die AWIGO Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung durchführen.

§ 20

Anzeige-, Auskunft- und Duldungspflicht

- (1) Der Anschlusspflichtige hat der AWIGO als Beauftragter des Landkreises für jedes anschlusspflichtige Grundstück das Vorliegen, den Umfang sowie jede Veränderung der Anschluss- und Benutzungspflicht innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Wechselt der Grundstückseigentümer, sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer zur Anzeige verpflichtet.
- (2) Anschluss- und Benutzungspflichtige sind dem Landkreis oder der AWIGO zur Auskunft über Art, Beschaffenheit, Menge und Herkunft des zu entsorgenden Abfalls verpflichtet und haben über alle Fragen Auskunft zu erteilen, die die Abfallentsorgung betreffen.
- (3) Der Anschlusspflichtige hat das Aufstellen der zugelassenen Behälter sowie das Betreten des Grundstücks zum Zwecke des Einsammelns und der Überwachung der Getrennthaltung von Abfällen nach § 5 Abs. 2 und der Verwertung von Abfällen nach § 3 Abs. 4 durch den Landkreis und die AWIGO zu dulden.

§ 21

Gebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung erhebt der Landkreis zur Deckung des Aufwands Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Satzung (Abfallgebührensatzung).

- (2) Nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung setzt namens und im Auftrag des Landkreises die AWIGO die für die Abfallentsorgung zu erhebenden Benutzungsgebühren fest und zieht sie für diesen ein.

§ 22

Bekanntmachungen

Die in dieser Satzung vorgesehenen Bekanntmachungen erfolgen im Abfuhrkalender des Landkreises Osnabrück (s. § 17 Abs. 1).

§ 23

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig i. S. v. § 10 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) von der Abfallentsorgung nach § 2 ausgeschlossene Abfälle zur Abfuhr bereit stellt,
 - b) der Verpflichtung zum Anschluss- und Benutzungszwang nach § 3 Abs. 1 oder 2 nicht nachkommt,
 - c) den Regelungen der §§ 6 Abs. 2 und 15 Abs. 2 nicht nachkommt,
 - d) entgegen § 5 Abs. 1 und 2 der Trennpflicht nicht nachkommt oder Abfälle zur Beseitigung in Wertstoffsammelbehältern bereitstellt,
 - e) entgegen §§ 13 gefährliche Abfälle in dafür nicht zugelassene Abfallbehälter einwirft,
 - f) der Anzeigepflicht gem. § 16 Abs. 2 zuwider handelt,
 - g) der Regelung in § 16 Abs. 2 letzter Satz zuwider handelt,
 - h) entgegen § 17 Abs. 2 Weisungen hinsichtlich der Aufstellplätze der Abfallbehälter nicht nachkommt,
 - i) entgegen § 17 Abs. 2 Abfallbehälter verkehrsbehindernd aufstellt oder stehen lässt,
 - j) entgegen § 17 Abs. 4 nicht ordnungsgemäß verschlossene, unzulässig befüllte oder das zulässige Gesamtgewicht überschreitende Abfallbehälter zur Abfuhr bereitstellt,
 - k) der Regelung in § 18 Abs. 1 zuwider handelt,
 - l) der Anzeige- bzw. Auskunftspflicht gem. § 20 Abs. 1 zuwider handelt,
 - m) entgegen § 20 Abs. 2 eine Auskunft nicht, nicht rechtzeitig, unvollständig oder nicht richtig erteilt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 24

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung des Landkreises vom 18.12.2017 außer Kraft.

Kebschull
Landrätin

Anlage 1 (Positivkatalog) zur Entsorgungssatzung
Anlage 2 (Negativkatalog) zur Entsorgungssatzung

Anlage 1 gem. § 2 Abs. 2 Entsorgungssatzung					
		(Erläuterung der Spalten und der verwendeten Abkürzungen : siehe Katalogende)			
				Entsorgungspflicht	
				A Ausschluss	
				E Entsorgungspflicht	
				J Einzelfallprüfung	
				§ 15 KrW-/AbfG	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke
				Siedlungsabfalldeponien	Technische Hinweise
Ild. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung			
	01 04	Abfälle aus der physikalischen und chemischen Weiterverarbeitung von nichtmetallhaltigen Bodenschätzen			
16	01 04 13	Abfälle aus Steinmetz- und -sägearbeiten mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 04 07 fallen	E	X	
	01 05	Bohrschlämme und andere Bohrabfälle			#
Ild. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke
	02	ABFÄLLE AUS LANDWIRTSCHAFT, GARTENBAU, TEICHWIRTSCHAFT, FORSTWIRTSCHAFT, JAGD UND FISCHEREI SOWIE DER HERSTELLUNG UND VERARBEITUNG VON NAHRUNGSMITTELN			
26	02 01	Abfälle aus Landwirtschaft, Gartenbau, Teichwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	E		BioAbfV
27	02 01 03	Abfälle aus pflanzlichem Gewebe	E		
32	02 01 04	Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)	E	X	i.d.R. Verwertung
	02 03	Metallabfälle			
42	02 03 04	Abfälle aus der Zubereitung und Verarbeitung von Obst, Gemüse, Getreide, Speiseölen, Kakao, Kaffee, Tee, aus der Konservierherstellung, der Herstellung von Hefe- u. Hefextrakt sowie der Zubereitung und Fermentierung von Melasse	E		TierNeB-G, BioAbfV ¹⁾
	02 04	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe			
45	02 04 01	Abfälle aus der Zuckerherstellung	E	X	i.d.R. Verwertung
	03	Rubenrinde			
	03 01	ABFÄLLE AUS DER HOLZBEARBEITUNG UND DER HERSTELLUNG VON PLATTEN, MÖBELN, ZELBSTOFFEN, PAPIER UND PAPPE			
62	03 01 01	Abfälle aus der Holzbearbeitung und der Herstellung von Platten und Möbeln	E		BioAbfV (Kork nicht kompostierbar)
64	03 01 05	Rinden und Korkabfälle	E		BioAbfV, AltholzV
	03 03	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04 fallen			
72	03 03 01	Abfälle aus der Herstellung und Verarbeitung von Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	E		BioAbfV
75	03 03 07	Rinden- und Holzabfälle	E		
76	03 03 08	mechanisch abgetrennte Abfälle aus der Auflösung von Papier- und Pappabfällen	E		
	04	Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling			
	04 01	ABFÄLLE AUS DER LEDER-, PELZ- UND TEXTILINDUSTRIE			
99	04 01 09	Abfälle aus der Leder- und Pelzindustrie	E		
		Abfälle aus der Zurichtung und dem Finish			

Hd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
04 02		Abfälle aus der Textilindustrie				
91	04 02 09	Abfälle aus Verbundmaterialien (imprägnierte Textilien, Elastomer, Plastomer)	E			
92	04 02 10	organische Stoffe aus Naturstoffen (z. B. Fette, Wachse)	E			
94	04 02 15	Abfälle aus dem Finish mit Ausnahme derjenigen, die unter 04 02 14 fallen	E			
99	04 02 21	Abfälle aus unbehandelten Textilfasern	E		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
100	04 02 22	Abfälle aus verarbeiteten Textilfasern	E			
07		ABFÄLLE AUS ORGANISCH-CHEMISCHEN PROZESSEN				
07 02		Abfälle aus HZVA von Kunststoffen, synthetischem Gummi und Kunstfasern				
193	07 02 13	Kunststoffabfälle	E			
195	07 02 15	Abfälle von Zusatzstoffen mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 02 14 fallen	E	X		TOC / GV
197	07 02 17	siliconhaltige Abfälle, andere als die in 07 02 16 genannten	E	X	Beeinträchtigung Deponiegasnutzung	SiO ₂ , TOC / GV
08		ABFÄLLE AUS HZVA VON BESCHÜTTUNGEN (FARBEN, LACKE, EMAIL), KLEBSTOFFEN, DICHTMASSEN UND DRUCKFARBEN				
08 01		Abfälle aus HZVA und Entfernung von Farben und Lacken				
253	08 01 12	Farb- und Lackabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 11 fallen	E			
255	08 01 14	Farb- oder Lackschlämme mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 13 fallen	E			
259	08 01 18	Abfälle aus der Farb- oder Lackentfernung mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 17 fallen	E			
08 02		Abfälle aus HZVA anderer Beschichtungen (einschließlich keramischer Werkstoffe)				
264	08 02 01	Abfälle von Beschichtungspulver	E			
08 03		Abfälle aus HZVA von Druckfarben				
271	08 03 13	Druckfarbenabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 03 12 fallen	E			
273	08 03 15	Druckfarbenslämme mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 03 14 fallen	E			
276	08 03 18	Tonerabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 03 17 fallen	E			
08 04		Abfälle aus HZVA von Klebstoffen und Dichtmassen (einschließlich wasserabweisender Materialien)				
280	08 04 10	Klebstoff- und Dichtmassenabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 04 09 fallen	E			
09		ABFÄLLE AUS DER FOTOGRAFISCHEN INDUSTRIE				
09 01		Abfälle aus der fotografischen Industrie				
296	09 01 07	Filme und fotografische Papiere, die Silber oder Silberverbindungen enthalten	E			
297	09 01 08	Filme und fotografische Papiere, die kein Silber und keine Silberverbindungen enthalten	E			
298	09 01 10	Entwicklerlösungen ohne Batterien	E			
10		ABFÄLLE AUS THERMISCHEN PROZESSEN				
10 01		Abfälle aus Kraftwerken und anderen Verbrennungsanlagen (außer 19)				
303	10 01 01	Rost- und Kesselasche, Schlacken und Kesselstaub mit Ausnahme von Kesselstaub, der unter 10 01 04 fällt	E	X		#
304	10 01 02	Filterstäube aus Kohlefeuerung	E	X	biologische H ₂ S-Bildung Monodeponie / Verwertung	SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻
305	10 01 03	Filterstäube aus Torffeuerung und Feuerung mit (unbehandeltem) Holz	E	X	biologische H ₂ S-Bildung Monodeponie / Verwertung	SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻
312	10 01 15	Rost- und Kesselasche, Schlacken und Kesselstaub aus der Abfallverbrennung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 01 14 fallen	E	X		#
314	10 01 17	Filterstäube aus der Abfallverbrennung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 01 16 fallen	E	X	biologische H ₂ S-Bildung Monodeponie / Verwertung	SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻
316	10 01 19	Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 01 05, 10 01 07 und 10 01 18 fallen	E	X	biologische H ₂ S-Bildung Monodeponie / Verwertung	SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻
10 11		Abfälle aus der Herstellung von Glas und Glaserzeugnissen				

lfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedlungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
438	10 11 03	Glasfaserabfall	E	X		#
439	10 11 05	Teichen und Stäub	E	X		#
441	10 11 10	Gemengedabfall vor dem Schmelzen mit Ausnahme desjenigen, der unter 10 11 09 fällt	E	X		
443	10 11 12	Glasabfall mit Ausnahme desjenigen, das unter 10 11 11 fällt	E	X		#
445	10 11 14	Glaspolier- und Glaschiefschlamm mit Ausnahme desjenigen, die unter 10 11 13 fallen	E	X		
10 12		Abfälle aus der Herstellung von Keramikerzeugnissen und keramischen Baustoffen wie Ziegeln, Fliesen, Steinzeug				
456	10 12 06	verworfenen Formen	E	X		
457	10 12 08	Abfälle aus Keramikerzeugnissen, Ziegeln, Fliesen und Steinzeug (nach dem Brennen)	E	X		#
10 13		Abfälle aus der Herstellung von Zement, Branntkalk, Gips und Erzeugnissen aus diesen				
464	10 13 01	Abfälle von Rohmenge vor dem Brennen	E	X		#
465	10 13 04	Abfälle aus der Kalzinierung und Hydratisierung von Branntkalk	E	X		#
470	10 13 11	Abfälle aus der Herstellung anderer Verbundstoffe auf Zementbasis mit Ausnahme desjenigen, die unter 10 13 09 und 10 13 10 fallen	E	X		#
473	10 13 14	Betonabfälle und Betonschlamm	E	X		#
12		ABFÄLLE AUS PROZESSEN DER MECHANISCHEN FORMGEBUNG SOWIE DER PHYSIKALISCHEN UND MECHANISCHEN OBERFLÄCHENBEARBEITUNG VON METALLEN UND KUNSTSTOFFEN				
12 01		Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen				
503	12 01 01	Eisen- und -drehspläne	E	X	i.d.R. Verwertung / Verockerung	Öl
504	12 01 02	Eisenstaub und -teile	E	X	i.d.R. Verwertung / Verockerung	Öl
505	12 01 03	NE-Metall- und -drehspläne	E	X	i.d.R. Verwertung	Öl
506	12 01 04	NE-Metallstaub und -teilen	E	X	i.d.R. Verwertung	Öl
507	12 01 05	Kunststoffspäne und -drehspläne	E	X	i.d.R. Verwertung	Öl
518	12 01 17	Strahlmittelabfälle mit Ausnahme desjenigen, die unter 12 01 16 fallen	E	X		TOC / GV
522	12 01 21	gebrauchte Hon- und Schleifmittel mit Ausnahme desjenigen, die unter 12 01 20 fallen	E	X		TOC / GV
13		ÖLABFÄLLE UND ABFÄLLE AUS FLÜSSIGEN BRENNSTOFFEN (AUSSER SPEISEÖLE UND ÖLABFÄLLE, DIE UNTER DIE KAPITEL 05, 12 UND 19 FALLEN)				

lfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedlungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
548	13 05 01	Inhalte von Öl-Wasserabscheidern	J	J		TOC / GV
15		VERPACKUNGSABFALL, AUFSAUGMASSEN, WISCHTÜCHER, FILTERMATERIALIEN UND SCHUTZKLEIDUNG (a. n. g.)				
15 01		Verpackungen (einschließlich getrennt gesammelter kommunaler Verpackungsabfälle)				
565	15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe	E		i.d.R. Verwertung	
566	15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff	E		i.d.R. Verwertung, Altholz	
567	15 01 03	Verpackungen aus Holz	E		i.d.R. Verwertung	
568	15 01 04	Verpackungen aus Metall	E	X	i.d.R. Verwertung	
569	15 01 05	Verbundverpackungen	E		i.d.R. Verwertung	
570	15 01 06	gemischte Verpackungen	E		i.d.R. Verwertung	
571	15 01 07	Verpackungen aus Glas	E	X	i.d.R. Verwertung	
572	15 01 09	Verpackungen aus Textilien	E		i.d.R. Verwertung	
15 02		Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung				
576	15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme desjenigen, die unter 15 02 02 fallen	E			

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
16	16 02	ABFÄLLE, DIE NICHT ANDERSWO IM VERZEICHNIS AUFGEFÜHRT SIND				
600	16 02 12*	Abfälle aus elektrischen und elektronischen Geräten				
		gebrauchte Geräte, die freies Asbest enthalten	E	X	Sonderabfallkemmengensammlung, z. B. Nachspeicheröfen	
17	17 01	BAU- UND ABRUCHABFÄLLE (EINSCHLIESSLICH AUSHUB VON VERUNREINIGTEN STANDORTEN)				
648	17 01 01	Beton, Ziegel, Fliesen und Keramik				
649	17 01 02	Beton	E	X	i.d.R. Verwertung	#
650	17 01 03	Ziegel	E	X	i.d.R. Verwertung	#
651	17 01 06*	Fliesen, Ziegel und Keramik	E	X	i.d.R. Verwertung	#
		Gemische aus oder getrennte Fraktionen von Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik, die gefährliche Stoffe enthalten	J	J		
652	17 01 07	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen	E	X	i.d.R. Verwertung	#
17 02		Holz, Glas und Kunststoff				
653	17 02 01	Holz	E		i.d.R. Verwertung ; AltholzV	
654	17 02 02	Glas	E	X	i.d.R. Verwertung	#
655	17 02 03	Kunststoff	E		i.d.R. Verwertung	
656	17 02 04*	Glas, Kunststoff und Holz, die gefährliche Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	J	J	AltholzV	TOC / GV
17 03		Bitumengemische, Kohlentee und teerhaltige Produkte				
657	17 03 01*	kohleerhaltige Bitumengemische	J	J		lipophile Stoffe, PAK, TOC / GV
658	17 03 02	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 03 01 fallen	E	X	i.d.R. Verwertung, § 6 Abs. 4 DepV	TOC / GV
17 04		Metalle (einschließlich Legierungen)				
660	17 04 01	Kupfer, Bronze, Messing	E		i.d.R. Verwertung	
661	17 04 02	Aluminium	E		i.d.R. Verwertung	
662	17 04 03	Blei	E		i.d.R. Verwertung	
663	17 04 04	Zinn	E		i.d.R. Verwertung	
664	17 04 05	Eisen und Stahl	E		i.d.R. Verwertung	
665	17 04 06	Zinn	E		i.d.R. Verwertung	
666	17 04 07	gemischte Metalle	E		i.d.R. Verwertung	
669	17 04 11	Kabel mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 04 10 fallen	E		i.d.R. Verwertung	
17 05		Boden (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten), Steine und Baggergut				
670	17 05 03*	Boden und Steine, die gefährliche Stoffe enthalten	J	J		
671	17 05 04	Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 05 03 fallen	E	X	i.d.R. Verwertung	#
672	17 05 05*	Baggergut, das gefährliche Stoffe enthält	J	J		
673	17 05 06	Baggergut mit Ausnahme derjenigen, das unter 17 05 05 fällt	E	X	i.d.R. Verwertung	TOC / GV
674	17 05 07*	Geißeischoffer, der gefährliche Stoffe enthält	J	J		
675	17 05 08	Geißeischoffer mit Ausnahme derjenigen, der unter 17 05 07 fällt	E	X	i.d.R. Verwertung	#
17 06		Dämmmaterial und asbesthaltige Baustoffe				
677	17 06 03*	anderes Dämmmaterial, das aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält	J	J	Differenzierung organisch- / mineralischbütiges Material, AltholzV / PCB/PCT-Verordnung	
678	17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme derjenigen, das unter 17 06 01 und 17 06 03 fällt	E	X	Differenzierung organisch- / mineralischbütiges Material	TOC / GV
679	17 06 05*	asbesthaltige Baustoffe	E	X	LAGA-Mitteilung "Asbest"	#

lfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
17 08		Baustoffe auf Gipsbasis				
680	17 08 01*	Baustoffe auf Gipsbasis, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	J	J	biologische H ₂ S-Bildung, möglichst getrennte Ablagerung	SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻
681	17 08 02	Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 08 01 fallen	E	X	biologische H ₂ S-Bildung, möglichst getrennte Ablagerung	# SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻
17 09		Sonstige Bau- und Abbruchabfälle				
684	17 09 03*	sonstige Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich gemischte Abfälle), die gefährliche Stoffe enthalten	J	J		TOC / GV
685	17 09 04	gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen	E	X		
18		ABFÄLLE AUS DER HUMANMEDIZINISCHEN ODER TIERÄRZTLICHEN VERSORGUNG UND FORSCHUNG (OHNE KÜCHEN- UND RESTAURANTABFÄLLE, DIE NICHT AUS DER UNMITTELBAREN KRANKENPFLEGE STAMMEN)				
18 01		Abfälle aus der Geburtshilfe, Diagnose, Behandlung oder Vorbeugung von Krankheiten beim Menschen				
686	18 01 01	spitze oder scharfe Gegenstände (außer 18 01 03)	E		LAGA-Mitteilung 18	
689	18 01 04	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus Infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z. B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln)	E		LAGA-Mitteilung 18, Moorschlamm und Heilerde	
693	18 01 09	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 01 08 fallen	E		freiwillige Rücknahmesysteme	
18 02		Abfälle aus Forschung, Diagnose, Krankenbehandlung und Vorsorge bei Tieren				
695	18 02 01	spitze oder scharfe Gegenstände mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 02 02 fallen	E			
697	18 02 03	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus Infektionspräventiver Sicht keine besondere Anforderungen gestellt werden	E			
701	18 02 08	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 02 07 fallen	E		freiwillige Rücknahmesysteme	
19		ABFÄLLE AUS ABFALLBEHANDLUNGSANLAGEN, ÖFFENTLICHEN ABWASSERBEHANDLUNGSANLAGEN SOWIE DER AUFBEREITUNG VON WASSER FÜR DEN MENSCHLICHEN GEBRAUCH UND WASSER FÜR INDUSTRIELLE ZWECKE				
19 01		Abfälle aus der Verbrennung oder Pyrolyse von Abfällen				
708	19 01 12	Rost- und Kesselaschen sowie Schlacken mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 01 11 fallen	E	X	i.d.R. Verwertung; biologische H ₂ S-Bildung, getrennte Ablagerung von MBA-Abfällen	# SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻ WL
710	19 01 14	Filterstaub mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 01 13 fällt	E	X	i.d.R. Verwertung; biologische H ₂ S-Bildung, getrennte Ablagerung von MBA-Abfällen	# SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻ WL
19 05		Abfälle aus der aeroben Behandlung von festen Abfällen				
735	19 05 01	nicht kompostierte Fraktion von Siedlungs- und ähnlichen Abfällen	E			
737	19 05 03	nicht spezifikationsgerechter Kompost	E			
19 08		Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen a. n. g.				
746	19 08 01	Sieb- und Rechenrückstände	E			
747	19 08 02	Sandfangrückstände	E	X		TOC / GV
19 09		Abfälle aus der Zubereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch oder industriellem Brauchwasser				
759	19 09 01	feste Abfälle aus der Erstfiltration und Siebrückstände	E	X	BioAbfV	
19 10		Abfälle aus dem Shreddern von metallhaltigen Abfällen				
766	19 10 01	Eisen und Stahlabfälle	E	X	i.d.R. Verwertung	#
767	19 10 02	NE-Metall-Abfälle	E	X	i.d.R. Verwertung	#
771	19 10 06	andere Fraktionen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 10 05 fallen	E	X		
lfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
19 12		Abfälle aus der mechanischen Behandlung von Abfällen (z. B. Sortieren, Zerkleinern, Verdichten, Pelletieren) a. n. g.				

lfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KW-/AbfG	Siedlungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
760	19 12 01	Papier und Pappe	E		i.d.R. Verwertung	
761	19 12 02	Eisenmetalle	E	X	i.d.R. Verwertung	
762	19 12 03	Nichteisenmetalle	E	X	i.d.R. Verwertung	
763	19 12 04	Kunststoff und Gummi	E		i.d.R. Verwertung	
764	19 12 05	Glas	E	X	i.d.R. Verwertung	
766	19 12 07	Holz mit Ausnahme derjenigen, das unter 19 12 06 fällt	E		AltholzV	
767	19 12 08	Textilien	E		i.d.R. Verwertung	
768	19 12 09	Mineralien (z. B. Sand, Steine)	E	X	i.d.R. Verwertung	#
769	19 12 10	brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen)	E		i.d.R. Verwertung	
791	19 12 12	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen	E		i.d.R. Verwertung	
20		SIEDLUNGSABFÄLLE (HAUSHALTSABFÄLLE UND ÄHNLICHE GEWERBLICHE UND INDUSTRIELLE ABFÄLLE SOWIE ABFÄLLE AUS EINRICHTUNGEN), EINSCHLIESSLICH GETRENNT GESAMMELTER FRAKTIONEN				
20 01		Getrennt gesammelte Fraktionen (außer 15 01)				
800	20 01 01	Papier und Pappe	E		i.d.R. Verwertung; BioAbfV	
801	20 01 02	Glas	E	X	i.d.R. Verwertung	#
802	20 01 08	biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	E		i.d.R. Verwertung; TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
803	20 01 10	Bekleidung	E		i.d.R. Verwertung	
804	20 01 11	Textilien	E		i.d.R. Verwertung	
805	20 01 13*	Lösemittel	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
806	20 01 14*	Säuren	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
807	20 01 15*	Laugen	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
808	20 01 17*	Fotochemikalien	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
809	20 01 19*	Pestizide	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
810	20 01 21*	Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	E		Sonderabfallkleinmengensammlung / ElektroG	
811	20 01 23*	gebrauchte Geräte, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten	E		2 B. Kühlschränke F690/ ElektroG	
812	20 01 25	Speiseöle und -fette	E		i.d.R. Verwertung; TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
813	20 01 26*	Öle und Fette mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 25 fallen	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
814	20 01 27*	Farben, Druckfarben, Klebstoffe und Kunstharze, die gefährliche Stoffe enthalten	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
815	20 01 28	Farben, Druckfarben, Klebstoffe und Kunstharze mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 27 fallen	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
816	20 01 29*	Reinigungsmittel, die gefährliche Stoffe enthalten	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
817	20 01 30	Reinigungsmittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 29 fallen	E		Sonderabfallkleinmengensammlung	
819	20 01 32	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 31 fallen	E		freiwillige Rücknahmesysteme	
820	20 01 33*	Batterien und Akkumulatoren, die unter 16 06 01, 16 06 02 oder 16 06 03 fallen, sowie gemischte Batterien und Akkumulatoren, die solche Batterien enthalten	E		Batterieverordnung, Sonderabfallkleinmengensammlung	
821	20 01 34	Batterien und Akkumulatoren mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 33 fallen	E		BattV, Sonderabfallkleinmengens.	
822	20 01 35*	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte, die gefährliche Bauteile (6) enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21 und 20 01 23 fallen	E		ElektroG	
823	20 01 36	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21, 20 01 23 und 20 01 35	E		ElektroG	
824	20 01 37*	Holz, das gefährliche Stoffe enthält	E		i.d.R. Verwertung; AltholzV	
825	20 01 38	Holz mit Ausnahme derjenigen, das unter 20 01 37 fällt	E		i.d.R. Verwertung; AltholzV	
826	20 01 39	Kunststoffe	E		i.d.R. Verwertung	TOC / GV

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
827	20 01 40	Metalle	E	X	i.d.R. Verwertung	
lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
828	20 01 41	Abfälle aus der Reinigung von Schornsteinen	E	X		TOC / GV
829	20 01 99	sonstige Fraktionen a. n. g.	E			
20 02		Garten- und Parkabfälle (einschließlich Friedhofsabfälle)				
830	20 02 01	biologisch abbaubare Abfälle	E		i.d.R. Verwertung; BioAbfV	
831	20 02 02	Boden und Steine	E	X	i.d.R. Verwertung	#
832	20 02 03	andere nicht biologisch abbaubare Abfälle	E	X		TOC / GV
20 03		Andere Siedlungsabfälle				
833	20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle	E		TierNebG, BioAbfV ¹⁾ (Biotonne)	
834	20 03 02	Marktabfälle	E		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
835	20 03 03	Straßenkehricht	E	X		TOC / GV
837	20 03 06	Abfälle aus der Kanalreinigung	E	X		TOC / GV
838	20 03 07	Spermüll	E		AltholzV (Mischsortiment)	
839	20 03 99	Siedlungsabfälle a. n. g.	E			
Fußnoten gemäß AVV:						
(1) Für PCB gilt in dieser Abfallliste die Begriffsbestimmung der Richtlinie 95/59/EG.						
(2) Gefährliche Bestandteile elektrischer und elektronischer Geräte umfassen z. B. Akkumulatoren und unter 16 06 aufgeführte und als gefährlich eingestufte Batterien, Quecksilberschalter, Glas aus Kathodenstrahlröhren und sonstiges beschichtetes Glas.						
(3) Übergangsmetalle im Sinne dieses Eintrages sind: Scandium, Vanadium, Mangan, Kobalt, Kupfer, Yttrium, Niob, Hafnium, Wolfram, Titan, Chrom, Eisen, Nickel, Zink, Zirkonium, Molybdän und Tantal. Diese Metalle und ihre Verbindungen werden als gefährlich betrachtet, wenn sie als gefährliche Stoffe eingestuft wurden. Somit entscheidet die Einstufung als gefährliche Stoffe darüber, welche Übergangsmetalle und Übergangsmetallhaltige Verbindungen gefährlich sind.						
(4) Stabilisierungsprozesse ändern die Gefährlichkeit der Bestandteile des Abfalls und wandeln somit gefährlichen Abfall in nicht gefährlichen Abfall um. Verfestigungsprozesse ändern die physikalische Beschaffenheit des Abfalls (z.B. flüssig in fest) durch die Verwendung von Zusatzstoffen, ohne die chemischen Eigenschaften zu berühren.						
(5) Ein Abfall gilt als teilweise stabilisiert, wenn nach erfolgtem Stabilisierungsprozess kurz-, mittel- oder langfristig gefährliche Inhaltsstoffe, die nicht vollständig in nichtgefährliche Inhaltsstoffe umgewandelt wurden, in die Umwelt abgegeben werden könnten.						
(6) Gefährliche Bauteile elektrischer und elektronischer Geräte umfassen z. B. unter 16 06 aufgeführte und als gefährlich eingestufte Akkumulatoren und Batterien, Quecksilberschalter, Glas aus Kathodenstrahlröhren und sonstiges beschichtetes Glas.						
Erläuterungen						
Spalten:						
1		laufende Nummer				
2		Abfallschlüssel gemäß Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) vom 10.12.2001				
3		Abfallbezeichnung gemäß Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) vom 10.12.2001				
4		Entsorgungspflicht der öfE gemäß § 15 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) - Regelfall				
		J: Einzelabfallfraktion				

lfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
	5	Positivkatalog Siedungsabfalldeponien: X: Abfallart kann - vorbehaltlich der Deponieklasse und der konkreten technischen Randbedingungen - in der Regel zur Ablagerung ohne weitergehende Behandlung zugelassen werden. J: Ablagerung nur nach Einzelfallprüfung durch zuständige Behörde MBA-Abfälle: Abfallschlüssel 19 05 99 - Abfälle, a. n. g. (aus der aeroben Behandlung von festen Abfällen) Hinweis auf rechtliche und technische Regelwerke zur Entsorgung bzw. Behandlung: • Abfallabgabungsverordnung (AbfAbV) vom 20. Februar 2001, geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13.12.2006; • Altholzverordnung (AltholzV) vom 15. August 2002, geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 20.10.2006; • Batterieverordnung (BattV) vom 27. März 1998, geändert durch Artikel 7 der Verordnung vom 09.09.2001; • Bioabfallverordnung (BioAbV) vom 21. Sept. 1998, geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 20.10.2006; • 1) AnpassV (Entwurf 06): Abfallart ist Gegenstand des Entwurfes der Verordnung zur Änderung von Verordnungen zur Anpassung an das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vom 26. Mai 2006 • Deponieverordnung (DepV) vom 24. Juli 2002, geändert durch Artikel 2 vom 13.12.2006 • Düngemittelverordnung (DüMV) vom 26. Nov. 2003, geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 27.07.2006; • Elektro- und Elektronikgerätesgesetz (ElektroG) vom 16. März 2005, geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 15.07.2006; • AltfahrzeugV vom 21. Juni 2002, geändert durch Artikel 364 der Verordnung vom 31.10.2006 • LAGA Mitteilung 23 "Entsorgung asbesthaltiger Abfälle (Asbest)" vom 20. Februar 2001 • Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004, geändert durch Artikel 16 b der Verordnung vom 13.04.2006; • Richtlinie der LAGA über die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes (LAGA-Mitteilung 18) von Januar 2002.				
	6					
	7	Hinweise auf mögliche besondere und hervorgehobene chemische und physikalisch-chemische Eigenschaften des Abfalls (a) sowie zum organischen Anteil, gemessen an den Anforderungen der AbfAbV (b) : a) WL: Wasserlöslichkeit, GV: Gähverlust, TOC: Gesamtkohlenstoff des org. Trockenrückstandes, Sulfid/Sulfat, Ölgehalt b) #: Zuordnungskriterien für Deponien Klasse I und II zum organischen Anteil i. d. R. erreicht (GV / TOC)				

Anlage 2 gem § 2 Abs. 4 Entsorgungssatzung									
(Erläuterung der Spalten und der verwendeten Abkürzungen: siehe Katalogende)									
lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Entsorgungspflicht			Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise	
				A	E	J			
1	2	3	4	5	6	7			
01		ABFÄLLE, DIE BEIM AUFSUCHEN, AUSBEUTEN UND GEWINNEN SOWIE BEI DER PHYSIKALISCHEN UND CHEMISCHEN BEHANDLUNG VON BODENSCHÄTZEN ENTSTEHEN							
01 01		Abfälle aus dem Abbau von Bodenschätzen							
1	01 01 01	Abfälle aus dem Abbau von metallhaltigen Bodenschätzen	A						
2	01 01 02	Abfälle aus dem Abbau von nichtmetallhaltigen Bodenschätzen	A						
01 03		Abfälle aus der physikalischen und chemischen Verarbeitung von metallhaltigen Bodenschätzen							
3	01 03 04*	Säure bindende Aufbereitungsrückstände aus der Verarbeitung von sulfidischem Erz	A						
4	01 03 05*	andere Aufbereitungsrückstände, die gefährliche Stoffe enthalten	A						
5	01 03 06	Aufbereitungsrückstände mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 03 04 und 01 03 05 fallen	A						
6	01 03 07*	andere, gefährliche Stoffe enthaltende Abfälle aus der physikalischen und chemischen Verarbeitung von metallhaltigen Bodenschätzen	A						
7	01 03 08	staubende und pulverige Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 03 07 fallen	A						
8	01 03 09	Rotschlamm aus der Aluminiumoxidherstellung mit Ausnahme von Rotschlamm, der unter 01 03 07 fällt	A						
9	01 03 99	Abfälle a. n. g.	A						
01 04		Abfälle aus der physikalischen und chemischen Weiterverarbeitung von nichtmetallhaltigen Bodenschätzen							
10	01 04 07*	gefährliche Stoffe enthaltende Abfälle aus der physikalischen und chemischen Weiterverarbeitung von nichtmetallhaltigen Bodenschätzen	A						
11	01 04 08	Abfälle von Kies- und Gesteinsbruch mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 04 07 fallen	A	X					
12	01 04 09	Abfälle von Sand und Ton	A	X					
13	01 04 10	staubende und pulverige Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 04 07 fallen	A	X					
14	01 04 11	Abfälle aus der Verarbeitung von Kali- und Steinsalz mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 04 07 fallen	A						
15	01 04 12	Aufbereitungsrückstände und andere Abfälle aus der Wäsche und Reinigung von Bodenschätzen mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 04 07 und 01 04 11 fallen	A	X					
17	01 04 99	Abfälle a. n. g.	A						
01 05		Bohrschlämme und andere Bohrabfälle							
18	01 05 04	Schlämme und Abfälle aus Süßwasserbohrungen	A						
19	01 05 05*	ölhaltige Bohrschlämme und -abfälle	A						
20	01 05 06*	Bohrschlamm und andere Bohrabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A						
21	01 05 07	barythaltige Bohrschlämme und -abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 05 05 und 01 05 06 fallen	A						
22	01 05 08	chloridhaltige Bohrschlämme und -abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 05 05 und 01 05 06 fallen	A						
23	01 05 99	Abfälle a. n. g.	A						

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
02		ABFÄLLE AUS LANDWIRTSCHAFT, GARTENBAU, TEICHWIRTSCHAFT, FORSTWIRTSCHAFT, JAGD UND FISCHEREI SOWIE DER HERSTELLUNG UND VERARBEITUNG VON NAHRUNGSMITTELN				
24	02 01 01	Abfälle aus Landwirtschaft, Gartenbau, Teichwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei				
25	02 01 02	Schlamm aus tierischem Gewebe	A	X	TierNebG	TOC / GV
28	02 01 06	tierische Ausscheidungen, Gülle/Lauche und Stallmist (einschließlich verdorbenes Stroh), Abwässer, getrennt gesammelt und extern behandelt	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
29	02 01 07	Abfälle aus der Forstwirtschaft	A		BioAbfV	
30	02 01 08	Abfälle von Chemikalien für die Landwirtschaft, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
31	02 01 09	Abfälle von Chemikalien für die Landwirtschaft mit Ausnahme derjenigen, die unter 02 01 08 fallen	A	X		TOC / GV
33	02 01 99	Abfälle a. n. g.	A		DüMV (Pflanzenschutzrückstände), BioAbfV	#
02 02		Abfälle aus der Zubereitung und Verarbeitung von Fleisch, Fisch und anderen Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs				
34	02 02 01	Schlamm aus Wasch- und Reinigungsvorgängen	A		TierNebG	
35	02 02 02	Abfälle aus tierischem Gewebe	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
36	02 02 03	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
37	02 02 04	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
38	02 02 99	Abfälle a. n. g.	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
02 03		Abfälle aus der Zubereitung und Verarbeitung von Obst, Gemüse, Getreide, Speliseölen, Kakao, Kaffee, Tee, aus der Konservierung, der Herstellung von Hefe- u. Hefeextrakt sowie der Zubereitung und Fermentierung von Melasse				
39	02 03 01	Schlamm aus Wasch-, Reinigungs-, Schäl-, Zentrifugier- und Abtrennprozessen	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
40	02 03 02	Abfälle von Konservierungsstoffen	A			
41	02 03 03	Abfälle aus der Extraktion mit Lösungsmitteln	A			
42	02 03 04	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
43	02 03 05	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
44	02 03 99	Abfälle a. n. g.	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
02 04		Abfälle aus der Zuckerherstellung				
46	02 04 02	nicht spezifikationsgerechter Calciumcarbonatschlamm	A	X	BioAbfV (Zuschlagstoff)	
47	02 04 03	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
48	02 04 99	Abfälle a. n. g.	A			
02 05		Abfälle aus der Milchverarbeitung				
49	02 05 01	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
50	02 05 02	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
51	02 05 99	Abfälle a. n. g.	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
02 06		Abfälle aus der Herstellung von Back- und Süßwaren				
52	02 06 01	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
53	02 06 02	Abfälle von Konservierungsstoffen	A			
54	02 06 03	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
55	02 06 99	Abfälle a. n. g.	A			

Hd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
02 07		Abfälle aus der Herstellung von alkoholischen und alkoholfreien Getränken (ohne Kaffee, Tee und Kakao)				
56	02 07 01	Abfälle aus der Wäsche, Reinigung und mechanischen Zerkleinerung des Rohmaterials	A		BioAbfV	
57	02 07 02	Abfälle aus der Alkoholdestillation	A		BioAbfV	
58	02 07 03	Abfälle aus der chemischen Behandlung	A			
59	02 07 04	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe	A		BioAbfV	
60	02 07 05	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A		TierNebG, BioAbfV ¹⁾	
61	02 07 99	Abfälle a. n. g.	A		BioAbfV	
03		ABFÄLLE AUS DER HOLZBEARBEITUNG UND DER HERSTELLUNG VON PLATTEN, MÖBELN, ZELLSTOFFEN, PAPIER UND PAPPE				
03 01		Abfälle aus der Holzbearbeitung und der Herstellung von Platten und Möbeln				
63	03 01 04*	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere, die gefährliche Stoffe enthalten	A		AltHolzV	
65	03 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
03 02		Abfälle aus der Holzkonservierung				
66	03 02 01*	halogenfreie organische Holzschutzmittel	A			
67	03 02 02*	chlororganische Holzschutzmittel	A			
68	03 02 03*	metallorganische Holzschutzmittel	A			
69	03 02 04*	anorganische Holzschutzmittel	A			
70	03 02 05*	andere Holzschutzmittel, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
71	03 02 99	Holzschutzmittel a. n. g.	A			
03 03		Abfälle aus der Herstellung und Verarbeitung von Zellstoff, Papier, Karton und Pappe				
73	03 03 02	Sulfischlämme (aus der Rückgewinnung von Kochlauge)	A			
74	03 03 05	De-inking-Schlämme aus dem Papierrecycling	A			
77	03 03 09	Kalkschlammabfälle	A	X		
78	03 03 10	Faserabfälle, Faser-, Füller- und Überzugsschlämme aus der mechanischen Abtrennung	A			
79	03 03 11	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 03 10 fallen	A			
80	03 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
04		ABFÄLLE AUS DER LEDER-, PELZ- UND TEXTILINDUSTRIE				
04 01		Abfälle aus der Leder- und Pelzindustrie				
81	04 01 01	Fleischabschabungen und Häuteabfälle	A		TierNebG	
82	04 01 02	geäschertes Leimleder	A			
83	04 01 03*	Entfettungsabfälle, lösemittelhaltig, ohne flüssige Phase	A			
84	04 01 04	chromhaltige Gerbereibruhe	A			
85	04 01 05	chromfreie Gerbereibruhe	A			
86	04 01 06	chromhaltige Schlämme, insbesondere aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A			
87	04 01 07	chromfreie Schlämme, insbesondere aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A			
88	04 01 08	chromhaltige Abfälle aus gegerbtem Leder (Abschnitte, Schiefstaub, Falzspäne)	A			
90	04 01 99	Abfälle a. n. g.	A			

Hfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
04 02		Abfälle aus der Textilindustrie				
93	04 02 14*	Abfälle aus dem Finish, die organische Lösungsmittel enthalten	A			
95	04 02 16*	Farbstoffe und Pigmente, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
96	04 02 17*	Farbstoffe und Pigmente, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
97	04 02 19*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
98	04 02 20*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 04 02 19 fallen	A			
101	04 02 99	Abfälle a. n. g.	A			
05		ABFÄLLE AUS DER ERDÖLRAFFINATION, ERDGASREINIGUNG UND KOHLEPYROLYSE				
05 01		Abfälle aus der Erdölraffination				
102	05 01 02*	Entsalzungsschlämme	A			
103	05 01 03*	Bodenschlämme aus Tanks	A			
104	05 01 04*	saurer Alkylschlamm	A			
105	05 01 05*	verschüttetes Öl	A			
106	05 01 06*	ölhaltige Schlämme aus Betriebsvorgängen und Instandhaltung	A			
107	05 01 07*	Säurefeste	A			
108	05 01 08*	andere Teere	A			
109	05 01 09*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
110	05 01 10*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 05 01 09 fallen	A			
111	05 01 11*	Abfälle aus der Brennstoffreinigung mit Basen	A			
112	05 01 12*	säurehaltige Öle	A			
114	05 01 14*	Abfälle aus Kühltürmen	A	X		#
115	05 01 15*	gebrauchte Filtertüte	A			
116	05 01 16*	schweißhaltige Abfälle aus der Ölschweißung	A			
117	05 01 17*	Blumen	A		i.d.R. Verwertung	
118	05 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
05 06		Abfälle aus der Kohlepyrolyse				
119	05 06 01*	Säurefeste	A			
120	05 06 03*	andere Teere	A			
121	05 06 04*	Abfälle aus Kühltürmen	A	X		#
122	05 06 99	Abfälle a. n. g.	A			
05 07		Abfälle aus Erdgasreinigung und -transport				
123	05 07 01*	quecksilberhaltige Abfälle	A			
124	05 07 02*	schweißhaltige Abfälle	A			
125	05 07 99	Abfälle a. n. g.	A			
06		ABFÄLLE AUS ANORGANISCH-CHEMISCHEN PROZESSEN				
06 01		Abfälle aus Herstellung, Zubereitung, Vertrieb und Anwendung (HZVA) von Säuren				
126	06 01 01*	Schwefelsäure und schweflige Säure	A			
127	06 01 02*	Salzsäure	A			
128	06 01 03*	Flusssäure	A			
129	06 01 04*	Phosphorsäure und phosphorige Säure	A			
130	06 01 05*	Salpetersäure und salpetrige Säure	A			
131	06 01 06*	andere Säuren	A			
132	06 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 02		Abfälle aus HZVA von Basen				

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfälle	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
133	06 02 01*	Calciumhydroxid	A			
134	06 02 03*	Ammoniumhydroxid	A			
135	06 02 04*	Natrium- und Kaliumhydroxid	A			
136	06 02 05*	andere Basen	A			
137	06 02 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 03		Abfälle aus HZVA von Salzen, Salzlösungen und Metalloxiden				
138	06 03 11*	festen Salze und Lösungen, die Cyanid enthalten	A			
139	06 03 13*	festen Salze und Lösungen, die Schwermetalle enthalten	A			
140	06 03 14	festen Salze und Lösungen mit Ausnahme derjenigen, die unter 06 03 11 und 06 03 13 fallen	A			
141	06 03 15*	Metalloxide, die Schwermetalle enthalten	A			
142	06 03 16	Metalloxide mit Ausnahme derjenigen, die unter 06 03 15 fallen	A	X		#
143	06 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 04		Metalhaltige Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 06 03 fallen				
144	06 04 03*	arsenhaltige Abfälle	A			
145	06 04 04*	quecksilberhaltige Abfälle	A			
146	06 04 05*	Abfälle, die andere Schwermetalle enthalten	A			
147	06 04 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 05		Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung				
148	06 05 02*	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
149	06 05 03	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 06 05 02 fallen	A	X		
06 06		Abfälle aus HZVA von schwefelhaltigen Chemikalien, aus Schwefelchemie und Entschwefelungsprozessen				
150	06 06 02*	Abfälle, die gefährliche Sulfide enthalten	A			
151	06 06 03	schmelzhaltige Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 06 06 02 fallen	A			
152	06 06 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 07		Abfälle aus HZVA von Halogenen und aus der Halogenchemie				
153	06 07 01*	asbesthaltige Abfälle aus der Elektrolyse	A			
154	06 07 02*	Aktivkohle aus der Chlorherstellung	A			
155	06 07 03*	quecksilberhaltige Bariumsulfatschlamm	A			
156	06 07 04*	Lösungen und Säuren, z. B. Kontaktsäure	A			
157	06 07 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 08		Abfälle aus HZVA von Silizium und Siliziumverbindungen				
158	06 08 02*	gefährliche Chlorsilane enthaltende Abfälle	A			
159	06 08 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 09		Abfälle aus HZVA von phosphorhaltigen Chemikalien aus der Phosphorchemie				
160	06 09 02	phosphorhaltige Schlacke	A			
161	06 09 03*	Reaktionsabfälle auf Kalziumbasis, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
162	06 09 04	Reaktionsabfälle auf Kalziumbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 06 09 03 fallen	A			
163	06 09 99	Abfälle a. n. g.	A			
06 10		Abfälle aus HZVA von stickstoffhaltigen Chemikalien aus der Stickstoffchemie und der Herstellung von Düngemitteln				
164	06 10 02*	Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
165	06 10 99	Abfälle a. n. g.	A			

Itd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
166	06 11 01	Abfälle aus der Herstellung von anorganischen Pigmenten und Farbbeigern				
167	06 11 01	Reaktionsabfälle auf Kalziumbasis aus der Titandioxidherstellung	A	X		
168	06 11 01	Abfälle a. n. g.	A			
169	06 13 01	Abfälle aus anorganischen chemischen Prozessen a. n. g.				
170	06 13 01	anorganische Pflanzenschutzmittel, Holzschutzmittel und andere Biozide	A			
171	06 13 02	gebrauchte Aktivkohle (außer 06 07 02)	A			
172	06 13 03	Industrieruß	A	X	Schwarzpigmente, Füllstoffe	PAK
173	06 13 04	Abfälle aus der Asbestverarbeitung	A			
174	06 13 05	Ölen- und Kaminruß	A			
175	06 13 99	Abfälle a. n. g.	A			
176	07	ABFÄLLE AUS ORGANISCH-CHEMISCHEN PROZESSEN				
177	07 01	Abfälle aus Herstellung, Zubereitung, Vertrieb und Anwendung (HZVA) organischer Grundchemikalien				
178	07 01 01	wässrige Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
179	07 01 03	halogenorganische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
180	07 01 04	andere organische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
181	07 01 07	halogenierte Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
182	07 01 08	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
183	07 01 09	halogenierte Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
184	07 01 10	andere Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
185	07 01 11	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
186	07 01 12	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 01 11 fallen	A			
187	07 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
188	07 02	Abfälle aus HZVA von Kunststoffen, synthetischem Gummi und Kunstfasern				
189	07 02 01	wässrige Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
190	07 02 03	halogenorganische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
191	07 02 04	andere organische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
192	07 02 07	halogenierte Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
193	07 02 08	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
194	07 02 09	halogenierte Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
195	07 02 10	andere Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
196	07 02 11	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
197	07 02 12	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 02 11 fallen	A			
198	07 02 14	Abfälle von Zusatzstoffen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
199	07 02 16	gefährliche Silicone enthaltende Abfälle	A			
200	07 02 99	Abfälle a. n. g.	A			
201	07 03	Abfälle aus HZVA von organischen Farbstoffen und Pigmenten (außer 06 11)				
202	07 03 01	wässrige Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
203	07 03 03	halogenorganische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
204	07 03 04	andere organische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
205	07 03 07	halogenierte Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
206	07 03 08	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
207	07 03 09	halogenierte Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
208	07 03 10	andere Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
209	07 03 11	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
210	07 03 12	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 03 11 fallen	A			
211	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
212	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
213	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
214	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
215	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
216	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
217	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
218	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
219	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
220	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
221	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
222	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
223	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
224	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
225	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
226	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
227	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
228	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
229	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
230	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
231	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
232	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
233	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
234	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
235	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
236	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
237	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
238	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
239	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
240	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
241	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
242	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
243	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
244	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
245	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
246	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
247	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
248	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
249	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
250	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
251	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
252	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
253	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
254	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
255	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
256	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
257	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
258	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
259	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
260	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
261	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
262	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
263	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
264	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
265	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
266	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
267	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
268	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
269	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
270	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
271	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
272	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
273	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
274	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
275	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
276	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
277	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
278	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
279	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
280	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
281	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
282	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
283	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
284	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
285	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
286	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
287	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
288	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
289	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
290	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
291	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
292	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
293	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
294	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
295	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
296	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
297	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
298	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
299	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
300	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
301	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
302	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
303	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
304	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
305	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
306	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
307	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
308	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
309	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
310	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
311	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
312	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
313	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
314	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
315	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
316	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
317	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
318	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
319	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
320	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
321	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
322	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
323	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
324	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
325	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
326	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
327	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
328	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
329	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
330	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
331	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
332	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
333	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
334	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
335	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
336	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
337	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
338	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
339	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
340	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
341	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
342	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
343	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
344	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
345	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
346	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
347	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
348	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
349	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
350	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
351	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
352	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
353	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
354	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
355	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
356	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
357	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
358	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
359	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
360	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
361	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
362	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
363	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
364	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
365	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
366	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
367	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
368	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
369	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
370	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
371	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
372	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
373	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
374	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
375	07 03 99	Abfälle a. n. g.	A			

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
07 04		Abfälle aus HZVA von organischen Pflanzenschutzmitteln (außer 02 01 08 und 02 01 09), Holzschutzmitteln (außer 03 02) und anderen Bioziden				
209	07 04 01*	wässrige Waschlösungen und Mutterlaugen				
210	07 04 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
211	07 04 04*	andere organische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
212	07 04 07*	halogenierte Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
213	07 04 08*	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
214	07 04 09*	halogenierte Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
215	07 04 10*	andere Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
216	07 04 11*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
217	07 04 12	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 04 11 fallen	A			
218	07 04 13*	festen Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
219	07 04 99	Abfälle a. n. g.	A			
07 05		Abfälle aus HZVA von Pharmazeutika				
220	07 05 01*	wässrige Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
221	07 05 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
222	07 05 04*	andere organische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
223	07 05 07*	halogenierte Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
224	07 05 08*	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
225	07 05 09*	halogenierte Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
226	07 05 10*	andere Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
227	07 05 11*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
228	07 05 12	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 05 11 fallen	A			
229	07 05 13*	festen Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
230	07 05 14	festen Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 05 13 fallen	A		TierNebG, BioAbfV ¹³ (Pflanzm., Trester)	
231	07 05 99	Abfälle a. n. g.	A			
07 06		Abfälle aus HZVA von Fetten, Schmierstoffen, Seifen, Waschmitteln, Desinfektionsmitteln und Körperpflegemitteln				
232	07 06 01*	wässrige Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
233	07 06 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
234	07 06 04*	andere organische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
235	07 06 07*	halogenierte Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
236	07 06 08*	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
237	07 06 09*	halogenierte Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
238	07 06 10*	andere Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
239	07 06 11*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
240	07 06 12	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 06 11 fallen	A			
241	07 06 99	Abfälle a. n. g.	A			
07 07		Abfälle aus HZVA von Feinchemikalien und Chemikalien a. n. g.				
242	07 07 01*	wässrige Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
243	07 07 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
244	07 07 04*	andere organische Lösemittel, Waschlösungen und Mutterlaugen	A			
245	07 07 07*	halogenierte Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
246	07 07 08*	andere Reaktions- und Destillationsrückstände	A			
247	07 07 09*	halogenierte Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			
lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
248	07 07 10*	andere Filterkuchen, gebrauchte Aufbaumaterialien	A			

Hd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
249	07 07 11*	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
250	07 07 12	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 07 11 fallen	A			
251	07 07 99	Abfälle a. n. g.	A			
08		ABFÄLLE AUS HZVA VON BESCHICHTUNGEN (FARBEN, LACKE, EMAIL), KLEBSTOFFEN, DICHTMASSEN UND DRUCKFARBEN				
08 01		Abfälle aus HZVA und Entfernung von Farben und Lacken				
252	08 01 11*	Farb- und Lackabfälle, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten	A			
254	08 01 13*	Farb- oder Lackschlämme, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten	A			
255	08 01 14	Farb- oder Lackschlämme mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 13 fallen	A			
256	08 01 15*	wässrige Schlämme, die Farben oder Lacke mit organischen Lösemitteln oder anderen gefährlichen Stoffen enthalten	A			
257	08 01 16	wässrige Schlämme, die Farben oder Lacke enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 15 fallen	A			Konsistenz
258	08 01 17*	Abfälle aus der Farb- oder Lackentfernung, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten	A			
260	08 01 19*	wässrige Suspensionen, die Farben oder Lacke mit organischen Lösemitteln oder anderen gefährlichen Stoffen enthalten	A			
261	08 01 20	wässrige Suspensionen, die Farben oder Lacke enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 19 fallen	A			
262	08 01 21*	Farb- oder Lackentfernerabfälle	A			
263	08 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
08 02		Abfälle aus HZVA anderer Beschichtungen (einschließlich keramischer Werkstoffe)				
265	08 02 02	wässrige Schlämme, die keramische Werkstoffe enthalten	A	X		Konsistenz
266	08 02 03	wässrige Suspensionen, die keramische Werkstoffe enthalten	A			
267	08 02 99	Abfälle a. n. g.	A			
08 03		Abfälle aus HZVA von Druckfarben				
268	08 03 07	wässrige Schlämme, die Druckfarben enthalten	A			
269	08 03 08	wässrige flüssige Abfälle, die Druckfarben enthalten	A			
270	08 03 12*	Druckfarbenabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
272	08 03 14*	Druckfarbenslämme, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
274	08 03 16*	Abfälle von Azblösungen	A			
275	08 03 17*	Tonerabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
276	08 03 18	Tonerabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 03 17 fallen	A			
277	08 03 19*	Dispensionsöl	A			
278	08 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
08 04		Abfälle aus HZVA von Klebstoffen und Dichtmassen (einschließlich wasserabweisender Materialien)				
279	08 04 09*	Klebstoff- und Dichtmassenabfälle, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten	A			
281	08 04 11*	klebstoff- und dichtmassenhaltige Schlämme, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten	A			
282	08 04 12	klebstoff- und dichtmassenhaltige Schlämme mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 04 11 fallen	A			
283	08 04 13*	wässrige Schlämme, die Klebstoffe oder Dichtmassen mit organischen Lösemitteln oder anderen gefährlichen Stoffen enthalten	A			
284	08 04 14	wässrige Schlämme, die Klebstoffe oder Dichtmassen enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 04 13 fallen	A			Konsistenz
285	08 04 15*	wässrige flüssige Abfälle, die Klebstoffe oder Dichtmassen mit organischen Lösemitteln oder anderen gefährlichen Stoffen enthalten	A			
286	08 04 16	wässrige flüssige Abfälle, die Klebstoffe oder Dichtmassen enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 04 15 fallen	A			
287	08 04 17*	Harzöle	A			
1	2	3	4	5	6	7
288	08 04 99	Abfälle a. n. g.	A			

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	Nicht unter 08 aufgeführte Abfälle	4	5	6	7
289	08 05 01*	Isocyanatabfälle	A			
09		ABFÄLLE AUS DER FOTOGRAFISCHEN INDUSTRIE				
09 01		Abfälle aus der fotografischen Industrie				
290	09 01 01*	Entwickler und Aktivatorlösungen auf Wasserbasis	A			
291	09 01 02*	Offseldruckplatten-Entwicklerlösungen auf Wasserbasis	A			
292	09 01 03*	Entwicklerlösungen auf Lösemittelbasis	A			
293	09 01 04*	Fixierbäder	A			
294	09 01 05*	Bleichlösungen und Bleich-Fixier-Bäder	A			
295	09 01 06*	silberhaltige Abfälle aus der betriebseigenen Behandlung fotografischer Abfälle	A			
299	09 01 11*	Einwegkameras mit Batterien, die unter 10 06 01, 16 06 02 oder 16 06 03 fallen	A			
300	09 01 12	Einwegkameras mit Batterien mit Ausnahme derjenigen, die unter 09 01 11 fallen	A			
301	09 01 13*	wässrige flüssige Abfälle aus der betriebseigenen Silberrückgewinnung mit Ausnahme derjenigen, die unter 09 01 06 fallen	A			
302	09 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
10		ABFÄLLE AUS THERMISCHEN PROZESSEN				
10 01		Abfälle aus Kraftwerken und anderen Verbrennungsanlagen (außer 19)				
306	10 01 04*	Füllstäube und Kesselstaub aus Ölförderung	A			
307	10 01 05	Reaktionsabfälle auf Calciumbasis aus der Rauchgasentschwefelung in fester Form	A		i.d.R. Verwertung	
308	10 01 07	Reaktionsabfälle auf Calciumbasis aus der Rauchgasentschwefelung in Form von Schlämmen	A		i.d.R. Verwertung	
309	10 01 08*	Schwefelsäure	A			
310	10 01 13*	Füllstäube aus emulgierten, als Brennstoffe verwendeten Kohlenwasserstoffen	A			
311	10 01 14*	Rost- und Kesselasche, Schlacken und Kesselstaub aus der Abfallverbrennung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
313	10 01 16*	Füllstäube aus der Abfallverbrennung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
315	10 01 18*	Abfälle aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
317	10 01 20*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A	X		
318	10 01 21	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 01 20 fallen	A			
319	10 01 22*	wässrige Schlämme aus der Kesselreinigung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
320	10 01 23	wässrige Schlämme aus der Kesselreinigung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 01 22 fallen	A		biologische H ₂ S-Bildung Monodeponie / Verwertung	SO ₃ ²⁻ / SO ₄ ²⁻
321	10 01 24	Sande aus der Wirbelschichtfeuerung	A	X		#
322	10 01 25	Abfälle aus der Lagerung und Vorbereitung von Brennstoffen für Kohlekraftwerke	A			
323	10 01 26	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A	X		
324	10 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 02		Abfälle aus der Eisen- und Stahlindustrie				
325	10 02 01	Abfälle aus der Verarbeitung von Schlacke	A	X		
326	10 02 02	unbearbeitete Schlacke	A	X		
327	10 02 07*	feste Abfälle aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
328	10 02 08	Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 02 07 fallen	A	X		
329	10 02 10	Walzrunder	A			
330	10 02 11*	öhlige Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A			
331	10 02 12	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 02 11 fallen	A	X		
332	10 02 13*	Schlämme und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
333	10 02 14	Schlämme und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 02 13 fallen	A	X		
334	10 02 15	andere Schlämme und Filterkuchen	A	X		
335	10 02 99	Abfälle a. n. g.	A			
1	2	Nicht unter 08 aufgeführte Abfälle	4	5	6	7
10 03		Abfälle aus der thermischen Aluminium-Metallurgie				

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
336	10 03 02	Anodenschrott	A	X		
337	10 03 04*	Schlacken aus der Erstschieme	A			
338	10 03 05	Aluminiumabfälle	A			
369	10 03 08*	Salzschlacken aus der Zweitschieme	A			
340	10 03 09*	schwarze Krätze aus der Zweitschieme	A			
341	10 03 15*	Abschäum, der entzündlich ist oder in Kontakt mit Wasser entzündliche Gase in gefährlicher Menge abgibt	A			
342	10 03 16	Abschäum mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 03 15 fällt	A			
343	10 03 17*	teerhaltige Abfälle aus der Anodenerstellung	A			
344	10 03 18	Abfälle aus der Anodenerstellung, die Kohlenstoffe enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 03 17 fallen	A			
345	10 03 19*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	A			
346	10 03 20	Filterstaub mit Ausnahme von Filterstaub, der unter 10 03 19 fällt	A			
347	10 03 21*	andere Teilchen und Staub (einschließlich Kugelmühlstaub), die gefährliche Stoffe enthalten	A			
348	10 03 22	Teilchen und Staub (einschließlich Kugelmühlstaub) mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 03 21 fallen	A			entzündlich
349	10 03 23*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
350	10 03 24	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 03 23 fallen	A	X		
351	10 03 25*	Schlämme und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
352	10 03 26	Schlämme und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 03 25 fallen	A	X		
353	10 03 27*	öhlige Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A			
354	10 03 28	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 03 27 fallen	A	X		
355	10 03 29*	gefährliche Stoffe enthaltende Abfälle aus der Behandlung von Salzsäuren und schwarzen Krätzen	A			
356	10 03 30	Abfälle aus der Behandlung von Salzsäuren und schwarzen Krätzen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 03 29 fallen	A	X		
357	10 03 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 04	Abfälle aus der thermischen Biomethallurgie					
358	10 04 01*	Schlacken (Erst- und Zweitschieme)	A			
359	10 04 02*	Kratzen und Abschäum (Erst- und Zweitschieme)	A			
360	10 04 03*	Calciumarsenat	A			
361	10 04 04*	Filterstaub	A			
362	10 04 05*	andere Teilchen und Staub	A			
363	10 04 06*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung	A			
364	10 04 07*	Schlämme und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung	A			
365	10 04 08*	öhlige Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A			
366	10 04 10	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 04 09 fallen	A	X		
367	10 04 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 05	Abfälle aus der thermischen Zinkmetallurgie					
368	10 05 01	Schlacken (Erst- und Zweitschieme)	A			
369	10 05 03*	Filterstaub	A			
370	10 05 04	andere Teilchen und Staub	A	X		
371	10 05 05*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung	A			
372	10 05 06*	Schlämme und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung	A			
373	10 05 08*	öhlige Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A			
374	10 05 09	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 05 08 fallen	A	X		
375	10 05 10*	Kratzen und Abschäum, die entzündlich sind oder in Kontakt mit Wasser entzündliche Gase in gefährlicher Menge abgeben	A			
376	10 05 11	Kratzen und Abschäum mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 05 10 fallen	A	X		

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
377	10 05 99	Abfälle a. n. g.	A			

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
	10 06	Abfälle aus der thermischen Kupfermetallurgie				
378	10 06 01	Schlacken (Erst- und Zweitschmelze)	A	X		
379	10 06 02	Kratzen und Abschaum (Erst- und Zweitschmelze)	A			
380	10 06 03*	Filterstaub	A			
381	10 06 04	andere Teichen und Staub	A	X		
382	10 06 06*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung	A			
383	10 06 07*	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung	A			
384	10 06 09*	öhlige Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A			
385	10 06 10	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 06 09 fallen	A	X		
386	10 06 99	Abfälle a. n. g.	A			
	10 07	Abfälle aus der thermischen Silber-, Gold- und Platinmetallurgie				
387	10 07 01	Schlacken (Erst- und Zweitschmelze)	A			
388	10 07 02	Kratzen und Abschaum (Erst- und Zweitschmelze)	A			
389	10 07 03	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung	A			
390	10 07 04	andere Teichen und Staub	A	X		
391	10 07 05	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung	A			
392	10 07 07*	öhlige Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A			
393	10 07 08	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 07 07 fallen	A	X		
394	10 07 99	Abfälle a. n. g.	A			

Hd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regularien	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
10 08		Abfälle aus sonstiger thermischer Nichtisenmetallurgie				
395	10 08 04	Teilchen und Staub	A	X		
396	10 08 08*	Salzschlacken (Erst- und Zweitgeschmelze)	A			
397	10 08 09	andere Schlacken	A	X		
398	10 08 10*	Kratzen und Abschaum, die entzündlich sind oder in Kontakt mit Wasser entzündliche Gase in gefährlicher Menge abgeben	A			
399	10 08 11	Kratzen und Abschaum mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 08 10 fallen	A	X		
400	10 08 12*	teerhaltige Abfälle aus der Anodenherstellung	A			
401	10 08 13	kohlensstoffhaltige Abfälle aus der Anodenherstellung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 08 12 fallen	A	X		
402	10 08 14	Anodenschrott	A	X		
403	10 08 15*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	A			
404	10 08 16	Filterstaub mit Ausnahme derjenigen, der unter 10 08 15 fällt	A	X		
405	10 08 17*	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
406	10 08 18	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 08 17 fallen	A	X		
407	10 08 19*	ölhaltige Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung	A			
408	10 08 20	Abfälle aus der Kühlwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 08 19 fallen	A	X		
409	10 08 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 09		Abfälle vom Gießen von Eisen und Stahl				
410	10 09 03	Ofenschlacke	A	X		
411	10 09 05*	gefährliche Stoffe enthaltende Gießformen und -sande vor dem Gießen	A			
412	10 09 06	Gießformen und -sande vor dem Gießen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 05 fallen	A	X		
413	10 09 07*	gefährliche Stoffe enthaltende Gießformen und -sande nach dem Gießen	A			
414	10 09 08	Gießformen und -sande nach dem Gießen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 07 fallen	A	X		
415	10 09 09*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	A			
416	10 09 10	Filterstaub mit Ausnahme derjenigen, der unter 10 09 09 fällt	A	X		
417	10 09 11*	andere Teilchen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
418	10 09 12	Teilchen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 11 fallen	A	X		
419	10 09 13*	Abfälle von Bindemitteln, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
420	10 09 14	Abfälle von Bindemitteln mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 13 fallen	A	X		
421	10 09 15*	Abfälle aus rissanzeigenden Substanzen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
422	10 09 16	Abfälle aus rissanzeigenden Substanzen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 15 fallen	A	X		
423	10 09 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 10		Abfälle vom Gießen von Nichtisenmetallen				
424	10 10 03	Ofenschlacke	A	X		
425	10 10 05*	gefährliche Stoffe enthaltende Gießformen und -sande vor dem Gießen	A			
426	10 10 06	Gießformen und -sande vor dem Gießen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 10 05 fallen	A	X		
427	10 10 07*	gefährliche Stoffe enthaltende Gießformen und -sande nach dem Gießen	A			
428	10 10 08	Gießformen und -sande nach dem Gießen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 10 07 fallen	A	X		
429	10 10 09*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	A			
430	10 10 10	Filterstaub mit Ausnahme derjenigen, der unter 10 10 09 fällt	A	X		
431	10 10 11*	andere Teilchen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
432	10 10 12	Teilchen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 10 11 fallen	A	X		
433	10 10 13*	Abfälle von Bindemitteln, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
434	10 10 14	Abfälle von Bindemitteln mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 10 13 fallen	A	X		
435	10 10 15*	Abfälle aus rissanzeigenden Substanzen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
436	10 10 16	Abfälle aus rissanzeigenden Substanzen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 10 15 fallen	A	X		

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
437	10 10 99	Abfälle a. n. g.	A			

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
10 11	2	3	4	5	6	7
440	10 11 08*	Gemengeabfall mit gefährlichen Stoffen vor dem Schmelzen	A			
442	10 11 11*	Glasabfall in kleinen Teilchen und Glasstaub, die Schwermetalle enthalten (z. B. aus Elektronenstrahlrohren)	A			
444	10 11 13*	Glaspolier- und Glasschleifschlamm, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
446	10 11 15*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
447	10 11 16*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 11 15 fallen	A	X		
448	10 11 17*	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
449	10 11 18*	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 11 17 fallen	A	X		
450	10 11 19*	festen Abfälle aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
451	10 11 20*	festen Abfälle aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 11 19 fallen	A	X		
452	10 11 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 12		Abfälle aus der Herstellung von Keramikzeugnissen und keramischen Baustoffen wie Ziegeln, Fliesen, Steinzeug				
453	10 12 01	Rohmischungen vor dem Brennen	A	X		
454	10 12 03	Teilchen und Staub	A	X		
455	10 12 05	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung	A	X		
458	10 12 09*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
459	10 12 10	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 12 09 fallen	A	X		
460	10 12 11*	Glasurabfälle, die Schwermetalle enthalten	A			
461	10 12 12	Glasurabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 12 11 fallen	A	X		
462	10 12 13	Schlamm aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung	A	X		
463	10 12 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 13		Abfälle aus der Herstellung von Zement, Brannkalk, Gips und Erzeugnissen aus diesen				
466	10 13 06	Teilchen und Staub (außer 10 13 12 und 10 13 13)	A	X		
467	10 13 07	Schlamm und Filterkuchen aus der Abgasbehandlung	A	X		
468	10 13 08*	asbesthaltige Abfälle aus der Herstellung von Asbestzement	A			
469	10 13 10	Abfälle aus der Herstellung von Asbestzement mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 13 09 fallen	A			
471	10 13 12*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
472	10 13 13	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 13 12 fallen	A	X		
474	10 13 99	Abfälle a. n. g.	A			
10 14		Abfälle aus Krenatorien				
475	10 14 01*	quecksilberhaltige Abfälle aus der Gasreinigung	A			

lfd. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KWV-/ AbfG	Siedlungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
11		ABFÄLLE AUS DER CHEMISCHEN OBERFLÄCHENBEARBEITUNG UND BESCHÜTTUNG VON METALLEN UND ANDEREN WERKSTOFFEN; NICHT-EISEN-HYDROMETALLURGIE				
11 01		Abfälle aus der chemischen Oberflächenbearbeitung und Beschichtung von Metallen und anderen Werkstoffen (z. B. Galvanik, Verzinkung, Beizen, Ätzen, Phosphatieren, alkalisches Entfetten und Anodisierung)				
476	11 01 05*	saure Beizlösungen	A			
477	11 01 06*	Säuren a. n. g.	A			
478	11 01 07*	alkalische Beizlösungen	A			
479	11 01 08*	Phosphatierschlamm	A			
480	11 01 09*	Schlamm und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
481	11 01 10	Schlamm und Filterkuchen mit Ausnahme derjenigen, die unter 11 01 09 fallen	A	X		
482	11 01 11*	wässrige Spüflüssigkeiten, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
486	11 01 12	wässrige Spüflüssigkeiten mit Ausnahme derjenigen, die unter 11 01 11 fallen	A			flüssig
484	11 01 13*	Abfälle aus der Entfettung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
485	11 01 14	Abfälle aus der Entfettung mit Ausnahme derjenigen, die unter 11 01 13 fallen	A	X		
486	11 01 15*	Eluate und Schlamm aus Membransystemen oder Ionenaustauschersystemen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
487	11 01 16*	gesättigte oder verbrauchte Ionenaustauscherharze	A			
488	11 01 98*	andere Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
489	11 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
11 02		Abfälle aus Prozessen der Nicht-Eisen-Hydrimetallurgie				
490	11 02 02*	Schlamm aus der Zink-Hydrimetallurgie (einschließlich Jarosä, Goethit)	A			
491	11 02 03	Abfälle aus der Herstellung von Anoden für wässrige elektrolytische Prozesse	A	X		
492	11 02 05*	Abfälle aus Prozessen der Kupfer-Hydrimetallurgie, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
493	11 02 06	Abfälle aus Prozessen der Kupfer-Hydrimetallurgie mit Ausnahme derjenigen, die unter 11 02 05 fallen	A	X		
494	11 02 07*	andere Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
495	11 02 99	Abfälle a. n. g.	A			
11 03		Schlamm und Feststoffe aus Härteprozessen				
496	11 03 01*	cyanidhaltige Abfälle	A			
497	11 03 02*	andere Abfälle	A			
11 05		Abfälle aus Prozessen der thermischen Verzinkung				
499	11 05 02	Zinkasche	A	X		
500	11 05 03*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung	A			
501	11 05 04*	gebrauchte Flussmittel	A			
502	11 05 99	Abfälle a. n. g.	A			
12		ABFÄLLE AUS PROZESSEN DER MECHANISCHEN FORMGEBUNG SOWIE DER PHYSIKALISCHEN UND MECHANISCHEN OBERFLÄCHENBEARBEITUNG VON METALLEN UND KUNSTSTOFFEN				
12 01		Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen				
508	12 01 06*	halogenhaltige Bearbeitungsschlämme (außer Emulsionen und Lösungen)	A			
509	12 01 07*	halogenfreie Bearbeitungsschlämme (außer Emulsionen und Lösungen)	A			
510	12 01 08*	halogenhaltige Bearbeitungsemissionen und -lösungen	A			
511	12 01 09*	halogenfreie Bearbeitungsemissionen und -lösungen	A			
512	12 01 10*	synthetische Bearbeitungsschlämme	A			
513	12 01 12*	gebrauchte Wärsche und Fette	A			
515	12 01 14*	Bearbeitungsschlämme, die gefährliche Stoffe enthalten	A			

Ild. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
516	12 01 15	Bearbeitungsschlämme mit Ausnahme derjenigen, die unter 12 01 14 fallen	A	X		

Ild. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
517	12 01 16*	Strahlmittelabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
519	12 01 18*	ölhaltige Metallschlämme (Schleif-, Hon- und Läppschräume)	A			
520	12 01 19*	biologisch leicht abbaubare Bearbeitungsschlämme	A			
521	12 01 20*	gebrauchte Hon- und Schleifmittel, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
523	12 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
12 03		Abfälle aus der Wasser- und Dampfentfettung (außer 11)				
524	12 03 01*	wässrige Waschlösungen	A			
525	12 03 02*	Abfälle aus der Dampfentfettung	A			
13		ÖLABFÄLLE UND ABFÄLLE AUS FLÜSSIGEN BRENNSTOFFEN (AUSSER SPEISEÖLE UND ÖLABFÄLLE, DIE UNTER DIE KAPITEL 05, 12 UND 19 FALLEN)				
13 01		Abfälle von Hydraulikölen				
526	13 01 01*	Hydrauliköle, die PCB (1) enthalten	A			
527	13 01 04*	chlorierte Emulsionen	A			
528	13 01 05*	nichtchlorierte Emulsionen	A			
529	13 01 08*	chlorierte Hydrauliköle auf Mineralölbasis	A			
530	13 01 10*	nichtchlorierte Hydrauliköle auf Mineralölbasis	A			
531	13 01 11*	synthetische Hydrauliköle	A			
532	13 01 12*	biologisch leicht abbaubare Hydrauliköle	A			
533	13 01 13*	andere Hydrauliköle	A			
13 02		Abfälle von Maschinen-, Getriebe- und Schmierölen				
534	13 02 04*	chlorierte Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle auf Mineralölbasis	A			
535	13 02 05*	nichtchlorierte Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle auf Mineralölbasis	A			
536	13 02 06*	synthetische Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle	A			
537	13 02 07*	biologisch leicht abbaubare Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle	A			
538	13 02 08*	andere Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle	A			
13 03		Abfälle von Isolier- und Wärmeübertragungsölen				
539	13 03 01*	Isolier- und Wärmeübertragungsöle, die PCB enthalten	A			
540	13 03 06*	chlorierte Isolier- und Wärmeübertragungsöle auf Mineralölbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 13 03 01 fallen	A			
541	13 03 07*	nichtchlorierte Isolier- und Wärmeübertragungsöle auf Mineralölbasis	A			
542	13 03 08*	synthetische Isolier- und Wärmeübertragungsöle	A			
543	13 03 09*	biologisch leicht abbaubare Isolier- und Wärmeübertragungsöle	A			
544	13 03 10*	andere Isolier- und Wärmeübertragungsöle	A			
13 04		Bilgenöle				
545	13 04 01*	Bilgenöle aus der Binnenschifffahrt	A			
546	13 04 02*	Bilgenöle aus Molenablaufkanälen	A			
547	13 04 03*	Bilgenöle aus der übrigen Schifffahrt	A			

Itd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfälle	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
13 05		Inhalte von Öl-Wasserabscheidern				
549	13 05 02*	Schlämme aus Öl-Wasserabscheidern	A			
550	13 05 03*	Schlämme aus Einlaufschächten	A			
551	13 05 06*	Öle aus Öl-Wasserabscheidern	A			
552	13 05 07*	Öliges Wasser aus Öl-Wasserabscheidern	A			
553	13 05 08*	Abfallgemische aus Sandfanganlagen und Öl-Wasserabscheidern	A			
13 07		Abfälle aus flüssigen Brennstoffen				
554	13 07 01*	Heizöl und Diesel	A			
555	13 07 02*	Benzin	A			
556	13 07 03*	andere Brennstoffe (einschließlich Gemische)	A			
13 08		Ölabfälle a. n. g.				
557	13 08 01*	Schlämme oder Emulsionen aus Entsalzern	A			
558	13 08 02*	andere Emulsionen	A			
559	13 08 99*	Abfälle a. n. g.	A			
14		ABFÄLLE AUS ORGANISCHEN LÖSEMIDDELN, KÜHLMITTELN UND TREIBGASEN (AUSSER 07 UND 08)				
14 06		Abfälle aus organischen Lösemitteln, Kühlmitteln sowie Schaum- und Aerosoltreibgasen				
560	14 06 01*	Fluorchlorkohlenwasserstoffe, H-FCKW, H-FKW	A			
561	14 06 02*	andere halogenierte Lösemittel und Lösemittelgemische	A			
562	14 06 03*	andere Lösemittel und Lösemittelgemische	A			
563	14 06 04*	Schlämme oder feste Abfälle, die halogenierte Lösemittel enthalten	A			
564	14 06 05*	Schlämme oder feste Abfälle, die andere Lösemittel enthalten	A			
15		VERPACKUNGSABFALL, AUFGANGSMASSEN, WISCHTÜCHER, FILTERMATERIALIEN UND SCHUTZKLEIDUNG (a. n. g.)				
15 01		Verpackungen (einschließlich getrennt gesammelter kommunaler Verpackungsabfälle)				
573	15 01 10*	Verpackungen, die Rückstände gefährlicher Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	A		Altholzv (Munitionskisten)	
574	15 01 11*	Verpackungen aus Metall, die eine gefährliche feste poröse Matrix (z. B. Asbest) enthalten, einschließlich geleiteter Druckbehälter	A			
15 02		Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung				
575	15 02 02*	Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich Ölfiler a. n. g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	A			

Hd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
16		ABFALLE, DIE NICHT ANDERSWO IM VERZEICHNIS AUFGEFÜHRT SIND				
16 01		Altfahrzeuge verschiedener Verkehrsträger (einschließlich mobiler Maschinen) und Abfälle aus der Demontage von Altfahrzeugen sowie der Fahrzeugwartung (außer 13, 14, 16 06 und 16 08)			Bei Altfahrzeugen: AltfahrzeugV beachten § 7 Abs. 1 DepV	
577	16 01 03	Altreifen	A			
578	16 01 04	Altfahrzeuge	A		§ 15 Abs. 4 KrW-/AbfG,	
579	16 01 06	Altfahrzeuge, die weder Flüssigkeiten noch andere gefährliche Bestandteile enthalten	A		§ 15 Abs. 4 KrW-/AbfG,	
580	16 01 07	Ölfiler	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
581	16 01 08	quecksilberhaltige Bestandteile	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
582	16 01 09	Bestandteile, die PCB enthalten	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
583	16 01 10	explosive Bauteile (z. B. aus Airbags)	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
584	16 01 11	asbesthaltige Bremsbeläge	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
585	16 01 12	Bremsbeläge mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 01 11 fallen	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
586	16 01 13	Bremsflüssigkeiten	A	X		#
587	16 01 14	Frostschutzmittel, die gefährliche Stoffe enthalten	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
588	16 01 15	Frostschutzmittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 01 14 fallen	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
589	16 01 16	Flüssiggasbehälter	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
590	16 01 17	Eisenmetalle	A		i.d.R. Verwertung	
591	16 01 18	Nichteisenmetalle	A		i.d.R. Verwertung	
592	16 01 19	Kunststoffe	A		i.d.R. Verwertung	
593	16 01 20	Glas	A	X	i.d.R. Verwertung	#
594	16 01 21	gefährliche Bauteile mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 01 07 bis 16 01 11, 16 01 13 und 16 01 14 fallen	A			
595	16 01 22	Bauteile a. n. g.	A			
596	16 01 99	Abfälle a. n. g.	A			
16 02		Abfälle aus elektrischen und elektronischen Geräten				
597	16 02 09	Transformatoren und Kondensatoren, die PCB enthalten	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
598	16 02 10	gebrauchte Geräte, die PCB enthalten oder damit verunreinigt sind, mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 09 fallen	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
599	16 02 11	gebrauchte Geräte, die teil- und vollhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten	A			
600	16 02 13	gefährliche Bestandteile j' enthaltende gebrauchte Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 09 bis 16 02 12 fallen	A			
601	16 02 14	gebrauchte Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 09 bis 16 02 13 fallen	A		i.d.R. Verwertung	
602	16 02 15	aus gebrauchten Geräten entfernte gefährliche Bestandteile	A			
603	16 02 16	aus gebrauchten Geräten entfernte Bauteile mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 15 fallen	A			
16 03		Fehlgaben und ungebrauchte Erzeugnisse				
604	16 03 03	anorganische Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
605	16 03 04	anorganische Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 03 03 fallen	A	X		
606	16 03 05	organische Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
607	16 03 06	organische Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 03 05 fallen	A			
16 04		Explosivabfälle				
608	16 04 01	Munition	A			
609	16 04 02	Feuerwerkskörperabfälle	A			
610	16 04 03	andere Explosivabfälle	A			
611	16 04 03	andere Explosivabfälle	A			

Ild. Nr.	Abfall- Nr.	Abfall- schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedungs- abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3		4	5	6	7
16 05			Gase in Druckbehältern und gebrauchte Chemikalien				
612	16 05 04*		gefährliche Stoffe enthaltende Gase in Druckbehältern (einschließlich Halonen)	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
613	16 05 05		Gase in Druckbehältern mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 05 04 fallen	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
614	16 05 06*		Laborchemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten, einschließlich Gemische von Laborchemikalien	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
615	16 05 07*		gebrauchte anorganische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
616	16 05 08*		gebrauchte organische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
617	16 05 09		gebrauchte Chemikalien mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 05 05, 16 05 07 oder 16 05 08 fallen	A		Sonderabfallkleinmengensammlung	
16 06			Batterien und Akkumulatoren				
618	16 06 01*		Bleibatterien	A		BattV, Sonderabfallkleinmengens.	
619	16 06 02*		Ni-Cd-Batterien	A		BattV, Sonderabfallkleinmengens.	
620	16 06 03*		Quecksilber enthaltende Batterien	A		BattV, Sonderabfallkleinmengens.	
621	16 06 04		Alkalibatterien (außer 16 06 03)	A		BattV, Sonderabfallkleinmengens.	
622	16 06 05		andere Batterien und Akkumulatoren	A		BattV, Sonderabfallkleinmengens.	
623	16 06 06*		getrennt gesammelte Elektrolyte aus Batterien und Akkumulatoren	A			
16 07			Abfälle aus der Reinigung von Transport- und Lagerlanks und Fässern (außer 05 und 13)				
624	16 07 08*		ölhaltige Abfälle	A			
625	16 07 09*		Abfälle, die sonstige gefährliche Stoffe enthalten	A			
626	16 07 99		Abfälle a. n. g.	A			
16 08			Gebrauchte Katalysatoren				
627	16 08 01		gebrauchte Katalysatoren, die Gold, Silber, Rhodium, Palladium, Indium oder Platin enthalten (außer 16 08 07)	A			
628	16 08 02*		gebrauchte Katalysatoren, die gefährliche Übergangsmetalle (3) oder deren Verbindungen enthalten	A			
629	16 08 03		gebrauchte Katalysatoren, die Übergangsmetalle oder deren Verbindungen enthalten, a. n. g.	A			
630	16 08 04		gebrauchte Katalysatoren von Crackprozessen (außer 16 08 07)	A			
631	16 08 05*		gebrauchte Katalysatoren, die Phosphorsäure enthalten	A			
632	16 08 06*		gebrauchte Flüssigkeiten, die als Katalysatoren verwendet wurden	A			
633	16 08 07*		gebrauchte Katalysatoren, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	A			
16 09			Oxidierende Stoffe				
634	16 09 01*		Permanganate, z. B. Kaliumpermanganat	A			
635	16 09 02*		Chromate, z. B. Kaliumchromat, Kalium- oder Natriumchromat	A			
636	16 09 03*		Peroxide, z. B. Wasserstoffperoxid	A			
637	16 09 04*		oxidierende Stoffe a. n. g.	A			
16 10			Wässrige flüssige Abfälle zur externen Behandlung				
638	16 10 01*		wässrige flüssige Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
639	16 10 02		wässrige flüssige Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 10 01 fallen	A			flüssig
640	16 10 03*		wässrige Konzentrate, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
641	16 10 04		wässrige Konzentrate mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 10 03 fallen	A			flüssig
16 11			Gebrauchte Auskleidungen und feuerfeste Materialien				
642	16 11 01*		Auskleidungen und feuerfeste Materialien auf Kohlenstoffbasis aus metallurgischen Prozessen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
643	16 11 02		Auskleidungen und feuerfeste Materialien auf Kohlenstoffbasis aus metallurgischen Prozessen mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 11 01 fallen	A	X		
644	16 11 03*		andere Auskleidungen und feuerfeste Materialien aus metallurgischen Prozessen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
645	16 11 04		Auskleidungen und feuerfeste Materialien aus metallurgischen Prozessen mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 11 03 fallen	A	X		

Ifd. Nr.	Abfall- schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedungs- abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
646	16 11 05*	Auskleidungen und feuerfeste Materialien aus nichtmetallurgischen Prozessen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
647	16 11 06	Auskleidungen und feuerfeste Materialien aus nichtmetallurgischen Prozessen mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 11 05 fallen	A	X		
17		BAU- UND ABRUCHABFÄLLE (EINSCHLIESSLICH AUSHUB VON VERUNREINIGTEN STANDORTEN)				
17 03		Bitumengemische, Kohlentee und teerhaltige Produkte				
659	17 03 03*	Kohlenteer und teerhaltige Produkte	A			
17 04		Metalle (einschließlich Legierungen)				
667	17 04 08*	Metallabfälle, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	A			
668	17 04 10*	Kabel, die Öl, Kohlentee oder andere gefährliche Stoffe enthalten	A		i.d.R. Verwertung	
17 06		Dämmmaterial und asbesthaltige Baustoffe				
676	17 06 01*	Dämmmaterial, das Asbest enthält				
17 09		Sonstige Bau- und Abbruchabfälle				
682	17 09 01*	Bau- und Abbruchabfälle, die Quecksilber enthalten	A	X	LAGA-Merkblatt "Asbest"	
683	17 09 02*	Bau- und Abbruchabfälle, die PCB enthalten (z.B. PCB-haltige Dichtungsmassen, PCB-haltige Bodenbeläge auf Harzbasis, PCB-haltige Isolierverglasungen, PCB-haltige Kondensatoren)	A			
18		ABFÄLLE AUS DER HUMANMEDIZINISCHEN ODER TIERÄRZTLICHEN VERSORGUNG UND FORSCHUNG (OHNE KÜCHEN- UND RESTAURANTABFÄLLE, DIE NICHT AUS DER UNMITTELBAREN KRANKENPFLEGE STAMMEN)				
18 01		Abfälle aus der Geburtshilfe, Diagnose, Behandlung oder Vorbeugung von Krankheiten beim Menschen				
687	18 01 02	Körperteile und Organe, einschließlich Blutbeutel und Blutkonserven (außer 18 01 03)	A		LAGA-Mitteilung 18	
688	18 01 03*	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht besondere Anforderungen gestellt	A		LAGA-Mitteilung 18	
690	18 01 06*	Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten	A			
691	18 01 07	Chemikalien mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 01 06 fallen	A			
692	18 01 08*	zytotoxische und zytostatische Arzneimittel	A			
694	18 01 10*	Amalgamabfälle aus der Zahnmedizin	A			
18 02		Abfälle aus Forschung, Diagnose, Krankenbehandlung und Vorsorge bei Tieren				
696	18 02 02*	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht besondere Anforderungen gestellt werden	A			
698	18 02 05*	Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten	A			
699	18 02 06	Chemikalien mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 02 05 fallen	A			
700	18 02 07*	zytotoxische und zytostatische Arzneimittel	A			
19		ABFÄLLE AUS ABFALLBEHANDLUNGSANLAGEN, ÖFFENTLICHEN ABWASSERBEHANDLUNGSANLAGEN SOWIE DER AUFBEREITUNG VON WASSER FÜR DEN MENSCHLICHEN GEBRAUCH UND WASSER FÜR INDUSTRIELLE ZWECKE				
19 01		Abfälle aus der Verbrennung oder Pyrolyse von Abfällen				
702	19 01 02	Eisenteile, aus der Rost- und Kesselasche entfernt	A	X	i.d.R. Verwertung	#
703	19 01 05*	Filterkuchen aus der Abgasbehandlung	A			
704	19 01 06*	wässrige flüssige Abfälle aus der Abgasbehandlung und andere wässrige flüssige Abfälle	A			
705	19 01 07*	festen Abfälle aus der Abgasbehandlung	A			
706	19 01 10*	gebrauchte Aktivkohle aus der Abgasbehandlung	A			
707	19 01 11*	Rost- und Kesselaschen sowie Schlacken, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
709	19 01 13*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	A			
711	19 01 15*	Kesselstaub, der gefährliche Stoffe enthält	A			
712	19 01 16	Kesselstaub mit Ausnahme derjenigen, der unter 19 01 15 fällt	A	X		
713	19 01 17*	Pyrolyseabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			

Hfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	Pyrolyseabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 01 17 fallen	4	5	6	7
714	19 01 18		A	X		
Hfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	Sande aus der Wirbelschichtfeuerung	4	5	i.d.R. Verwertung: biologische H ₂ S-Bildung, getrennte Ablagerung von MBA-Abfällen	# SO ₂ / SO ₄ ²⁻ WL
715	19 01 19		A	X		
716	19 01 99	Abfälle a. n. g.				
19 02		Abfälle aus der physikalisch-chemischen Behandlung von Abfällen (einschließlich Dechromatisierung, Cyanidentfernung, Neutralisation)				
717	19 02 03	vorgemischte Abfälle, die ausschließlich aus nichtgefährlichen Abfällen bestehen	A	X		
718	19 02 04	vorgemischte Abfälle, die wenigstens einen gefährlichen Abfall enthalten	A			
719	19 02 05	Schlämme aus der physikalisch-chemischen Behandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
720	19 02 06	Schlämme aus der physikalisch-chemischen Behandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 02 05 fallen	A	X		
721	19 02 07	Öl und Konzentrate aus Abtrennprozessen	A			
722	19 02 08	flüssige brennbare Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
723	19 02 09	feste brennbare Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
724	19 02 10	brennbare Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 02 08 und 19 02 09 fallen	A			
725	19 02 11	sonstige Abfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
726	19 02 99	Abfälle a. n. g.	A			
19 03		Stabilisierte und verfestigte Abfälle (4)				
727	19 03 04	als gefährlich eingestufte teilweise stabilisierte (5) Abfälle	A			
728	19 03 05	stabilisierte Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 03 04 fallen	A	X		
729	19 03 06	als gefährlich eingestufte verfestigte Abfälle	A			
730	19 03 07	verfestigte Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 03 06 fallen	A	X		
19 04		Verglaste Abfälle und Abfälle aus der Verglasung				
731	19 04 01	verglaste Abfälle	A	X		#
732	19 04 02	Filterstaub und andere Abfälle aus der Abgasbehandlung	A			
733	19 04 03	nicht verglaste Festphase	A			
734	19 04 04	wässrige flüssige Abfälle aus dem Tempern	A			
19 05		Abfälle aus der aeroben Behandlung von festen Abfällen				
736	19 05 02	nicht kompostierte Fraktion von tierischen und pflanzlichen Abfällen	A		ggf. TierNebG	
738	19 05 99	Abfälle a. n. g.	A	X	mechan.-biolog. behandelter Abfall	#
19 06		Abfälle aus der anaeroben Behandlung von Abfällen				
739	19 06 03	Flüssigkeiten aus der anaeroben Behandlung von Siedlungsabfällen	A		Abwasserbeseitigung	
740	19 06 04	Gärückstand-schlamm aus der anaeroben Behandlung von Siedlungsabfällen	A	X	mechan.-biolog. behandelter Abfall, Konsistenz	TOC / GV
741	19 06 05	Flüssigkeiten aus der anaeroben Behandlung von tierischen und pflanzlichen Abfällen	A		Abwasserbeseitigung	
742	19 06 06	Gärückstand-schlamm aus der anaeroben Behandlung von tierischen und pflanzlichen Abfällen	A			
743	19 06 99	Abfälle a. n. g.	A			
19 07		Deponiesickerwasser				
744	19 07 02	Deponiesickerwasser, das gefährliche Stoffe enthält	A		Abwasserbehandlung nach Anhang 51 - AbwV	
745	19 07 03	Deponiesickerwasser mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 07 02 fällt	A		Abwasserbehandlung nach Anhang 51 - AbwV	
19 08		Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen a. n. g.				
748	19 08 05	Schlämme aus der Behandlung von kommunalem Abwasser	A		i.d.R. Verwertung	
749	19 08 06	gesättigte oder verbrauchte Ionenaustauscherharze	A			
750	19 08 07	Lösungen und Schlämme aus der Regeneration von Ionenaustauschern	A			
751	19 08 08	schwermetallhaltige Abfälle aus Membransystemen	A			

Ild. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	Fett- und Ölmischungen aus Ölabscheidern, die ausschließlich Speiseöle und -fette enthalten	4	5	6	7
752	19 08 09		A			
Ild. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	Fett- und Ölmischungen aus Ölabscheidern, die ausschließlich Speiseöle und -fette enthalten	4	5	6	7
753	19 08 10*	Fett- und Ölmischungen aus Ölabscheidern mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 08 09 fallen	A			
754	19 08 11*	Schlämme aus der biologischen Behandlung von industriellem Abwasser, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
755	19 08 12	Schlämme aus der biologischen Behandlung von industriellem Abwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 08 11 fallen	A			
756	19 08 13*	Schlämme, die gefährliche Stoffe aus einer anderen Behandlung von industriellem Abwasser enthalten	A			
757	19 08 14	Schlämme aus einer anderen Behandlung von industriellem Abwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 08 13 fallen	A			
758	19 08 99	Abfälle a. n. g.	A			
19 09 Abfälle aus der Zubereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch oder industriellem Brauchwasser						
760	19 09 02	Schlämme aus der Wasserklärung	A	X		#
761	19 09 03	Schlämme aus der Dekarbonatisierung	A	X	BioAbfV (Zuschlagstoff)	#
762	19 09 04	gebrauchte Aktivkohle	A	X		
763	19 09 05	gesättigte oder gebrauchte Ionenaustauscherharze	A			
764	19 09 06	Lösungen und Schlämme aus der Regeneration von Ionenaustauschern	A			
765	19 09 99	Abfälle a. n. g.	A			
19 10 Abfälle aus dem Shreddern von metallhaltigen Abfällen						
768	19 10 03*	Schredderleichtfraktionen und Staub, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
769	19 10 04	Schredderleichtfraktionen und Staub mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 10 03 fallen	A			
770	19 10 05*	andere Fraktionen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
19 11 Abfälle aus der Altoläufbereitung						
772	19 11 01*	gebrauchte Filtertöne	A			
773	19 11 02*	Sauretere	A			
774	19 11 03*	wässrige flüssige Abfälle	A			
775	19 11 04*	Abfälle aus der Brennstoffreinigung mit Bäten	A			
776	19 11 05*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
777	19 11 06	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 11 05 fallen	A			
778	19 11 07*	Abfälle aus der Abgasreinigung	A			
779	19 11 99	Abfälle a. n. g.	A			
19 12 Abfälle aus der mechanischen Behandlung von Abfällen (z. B. Sortieren, Zerkleinern, Verdichten, Pelletieren)						
785	19 12 06*	Holz, das gefährliche Stoffe enthält	A		AltholzV	
790	19 12 11*	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
19 13 Abfälle aus der Sanierung von Böden und Grundwasser						
792	19 13 01*	festes Abfälle aus der Sanierung von Böden, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
793	19 13 02	festes Abfälle aus der Sanierung von Böden mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 13 01 fallen	A	X		
794	19 13 03*	Schlämme aus der Sanierung von Böden, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
795	19 13 04	Schlämme aus der Sanierung von Böden mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 13 03 fallen	A	X		
796	19 13 05*	Schlämme aus der Sanierung von Grundwasser, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
797	19 13 06	Schlämme aus der Sanierung von Grundwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 13 05 fallen	A	X		TOC / GV
798	19 13 07*	wässrige flüssige Abfälle und wässrige Konzentrate aus der Sanierung von Grundwasser, die gefährliche Stoffe enthalten	A			
799	19 13 08	wässrige flüssige Abfälle und wässrige Konzentrate aus der Sanierung von Grundwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 13 07 fallen	A			

lfd. Nr.	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/AbfG	Siedlungsabfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	20	3 SIEDLUNGSABFÄLLE (HAUSHALTSABFÄLLE UND ÄHNLICHE GEWERBLICHE UND INDUSTRIELLE ABFÄLLE SOWIE ABFÄLLE AUS EINRICHTUNGEN), EINSCHLIESSLICH GETRENNT GESAMMELTER FRAKTIONEN	4	5	6	7
636	20 03	Andere Siedlungsabfälle				
	20 03 04	Falkenschlämm	A		Abwasserbeseitigung	
		Fußnoten gemäß AVV:				
		(1) Für PCB gilt in dieser Abfallliste die Begriffsbestimmung der Richtlinie 96/59/EG.				
		(2) Gefährliche Bestandteile elektrischer und elektronischer Geräte umfassen z. B. Akkumulatoren und unter 16 06 aufgeführte und als gefährlich eingestufte Batterien, Quecksilberschalter, Glas aus Kathodenstrahlröhren und sonstiges beschichtetes Glas.				
		(3) Übergangsmetalle im Sinne dieses Eintrages sind: Scandium, Vanadium, Mangan, Kobalt, Kupfer, Yttrium, Niob, Hafnium, Wolfram, Titan, Chrom, Eisen, Nickel, Zink, Zirkonium, Molybdän und Tantal. Diese Metalle und ihre Verbindungen werden als gefährlich betrachtet, wenn sie als gefährliche Stoffe eingestuft wurden. Somit entscheidet die Einstufung als gefährliche Stoffe darüber, welche Übergangsmetalle und übergangsmetallhaltige Verbindungen gefährlich sind.				
		(4) Stabilisierungsprozesse ändern die Gefährlichkeit der Bestandteile des Abfalls und wandeln somit gefährlichen Abfall in nicht gefährlichen Abfall um. Verfestigungsprozesse ändern die physikalische Beschaffenheit des Abfalls (z.B. flüssig in fest) durch die Verwendung von Zusatzstoffen, ohne die chemischen Eigenschaften zu berühren.				
		(5) Ein Abfall gilt als teilweise stabilisiert, wenn nach erfolgtem Stabilisierungsprozess kurz-, mittel- oder langfristig gefährliche Inhaltsstoffe, die nicht vollständig in nichtgefährliche Inhaltsstoffe umgewandelt wurden, in die Umwelt abgegeben werden können.				
		(6) Gefährliche Bauteile elektrischer und elektronischer Geräte umfassen z. B. unter 16 06 aufgeführte und als gefährlich eingestufte Akkumulatoren und Batterien, Quecksilberschalter, Glas aus Kathodenstrahlröhren und sonstiges beschichtetes Glas.				
		Erläuterungen				
	Spalten:					
	1	laufende Nummer				
	2	Abfallschlüssel gemäß Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) vom 10.12.2001				
	3	Abfallbezeichnung gemäß Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) vom 10.12.2001				
	4	Entsorgungspflicht der öfE gemäß § 15 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) - Regelfall J: Einzelfallprüfung				
	5	Positivkatalog Siedlungsabfalldeponien: X: Abfallart kann - vorbehaltlich der Deponieklasse und der konkreten technischen Randbedingungen - in der Regel zur Ablagerung ohne weitergehende Behandlung zugelassen werden. J: Ablagerung nur nach Einzelfallprüfung durch zuständige Behörde MBA-Abfälle: Abfallschlüssel 19 05 99 - Abfälle, a. n. (aus der aeroben Behandlung von festen Abfällen)				

Ild. Nr.	Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	§ 15 KrW-/ AbfG	Siedlungs-abfalldeponien	Bemerkungen sowie spezielle rechtliche und technische Regelwerke	Technische Hinweise
1	2	3	4	5	6	7
	6	Hinweis auf rechtliche und technische Regelwerke zur Entsorgung bzw. Behandlung: • Abfallablagerverschönerung (AbfAbV) vom 20. Februar 2001, geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13.12.2006; • Altholzverordnung (AltholzV) vom 15. August 2002, geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 20.10.2006; • Batterieverordnung (BattV) vom 27. März 1998, geändert durch Artikel 7 der Verordnung vom 09.09.2001; • Bioabfallverordnung (BioAbfV) vom 21. Sept. 1998, geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 20.10.2006; • 1) AnpassV (Entwurf 06): Abfallart ist Gegenstand des Entwurfes der Verordnung zur Änderung von Verordnungen zur Anpassung an das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vom 26. Mai 2006 • Deponieverordnung (DepV) vom 24. Juli 2002, geändert durch Artikel 2 vom 13.12.2006 • Düngemittelverordnung (DüMV) vom 26. Nov. 2003, geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 27.07.2006; • Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) vom 16. März 2005, geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 15.07.2006; • AltfahrzeugV vom 21. Juni 2002, geändert durch Artikel 364 der Verordnung vom 31.10.2006 • LAGA Mitteilung 23 "Entsorgung asbesthaltiger Abfälle (Asbest)" vom 20. Februar 2001 • Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004, geändert durch Artikel 15 b der Verordnung vom 13.04.2006; • Richtlinie der LAGA über die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes (LAGA-Mitteilung 18) vom Januar 2002.				
	7	Hinweise auf mögliche besondere und hervorgehobene chemische und physikalisch-chemische Eigenschaften des Abfalls (a) sowie zum organischen Anteil, gemessen an den Anforderungen der AbfAbV (b) : a) WL: Wasserlöslichkeit, GV: Glühverlust, TOC: Gesamtkohlenstoff des org. Trockenrückstandes, Sulfat/Sulfat, Ölgehalt b) # : Zuordnungskriterien für Deponien Klasse I und II zum organischen Anteil i. d. R. erreicht (GV / TOC)				

Standortbezogene Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 5 Abs. 1 i. V. m. Nr. 1 c) der Anlage 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG), das zuletzt durch Gesetz vom 18.12.2019 (Nds. GVBl. S. 437) geändert worden ist, geprüft:

Es ist eine Erweiterung der Abbaufäche um 4,6 ha im bereits genehmigten Bodenabbau in der Gemeinde Bippin, Gemarkung Dalum, geplant.

Nach der standortbezogenen Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Das Abbaugelände liegt im Bereich eines Dünengeländes, das als „Sandberge“ bezeichnet wird. In westlicher und südöstlicher Nachbarschaft des geplanten Abbaus befinden sich außerdem mehrere vorgeschichtliche Grabhügel. Eventuell könnte es sich bei einzelnen Sanddünen der „Sandberge“ also ebenfalls um Grabhügel handeln, die bislang noch nicht als solche erkannt wurden. Unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen (Abtrag des Oberbodens auf den Erweiterungsflächen mittels Baggers mit breiter, zahlloser Grabenräumschaufel sowie Begutachtung der Erweiterungsflächen und der Abgrabungsarbeiten durch Mitarbeiter der Archäologischen Denkmalpflege Osnabrück), können erhebliche Auswirkungen auf Denkmäler ausgeschlossen werden.

Das Vorhaben liegt im Landschaftsschutzgebiet. Im Rahmen der Festlegung der Fläche als Rohstoffsicherungsgebiet erfolgte eine Abwägung mit den Schutzziele der LSG-Verordnung. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das LSG können ausgeschlossen werden.

Im Übrigen sind keine Umweltauswirkungen denkbar. Weitere besonders geschützte Gebiete sind vom Vorhaben nicht betroffen.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 01.12.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. L. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes im Landkreis Osnabrück

Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds.

GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244), §§ 1,2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. 309), und § 16 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) in der Fassung vom 02.10.2007 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 16.05.2018 (Nds. GVBl. S. 66) - hat der Kreistag des Landkreises Osnabrück in seiner Sitzung am 14.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgabenträger und Anwendungsbereich

- (1) Der Landkreis Osnabrück ist gem. § 3 Abs. 1 NRettDG Träger des Rettungsdienstes. Der Landkreis Osnabrück betreibt den Rettungsdienst als öffentliche Einrichtung, für dessen Inanspruchnahme Gebühren nach dieser Satzung zur Deckung der Kosten erhoben werden.
- (2) Solange und soweit zwischen dem Landkreis Osnabrück als Träger des Rettungsdienstes und den Kostenträgern der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung eine wirksame Entgeltvereinbarung i.S.d. § 15 NRettDG besteht, werden Einsätze für deren Mitglieder nicht nach dieser Satzung, sondern nach Maßgabe der Entgeltvereinbarung mit den Kostenträgern abgerechnet.

§ 2

Abrechnung der Gebühren

- (1) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt.
- (2) Die Ermittlung der Berechnungsgrundlagen, die Gebührenberechnung, die Ausfertigung und Versendung der Gebührenbescheide sowie die Entgegennahme der zu entrichtenden Gebühren werden gem. § 16 NRettDG i.V.m § 12 Abs. 1 NKAG durch den DRK-Rettungsdienst und Krankentransport im Landkreis Osnabrück e.V. vorgenommen. Die Gebührenbescheide ergehen im Namen und im Auftrag des Landkreises Osnabrück.

§ 3

Gebührenmaßstab und Gebührensätze

- (1) Der Landkreis Osnabrück erhebt für Leistungen nach § 2 NRettDG folgende Gebühren:

a. Notfalleinsatz

Das Mindestentgelt beträgt: 432,00 €
Für jeden Beförderungskilometer zusätzlich: 6,00 €

b. Qualifizierter Krankentransport:

Das Mindestentgelt beträgt: 171,00 €
Für jeden Beförderungskilometer zusätzlich: 3,50 €

c. Notarzteeinsatzfahrzeug:

Für den Einsatz des Notarzteeinsatzfahrzeuges wird eine Pauschale in Höhe von 483,00 € (ohne Entgelt für den Notarzt) berechnet.

d. Notarzt

Für den Einsatz des Notarztes wird für die Versorgung eines Verletzten oder Erkrankten eine Pauschale von 258,00 € berechnet.

e. Sachtransporte

Für den Transport von Arzneimitteln, Blutkonserven, Organen und ähnlichen Gütern nach § 2 Abs. 2 S. 2. NRettDG werden 50% des Entgelts für einen entsprechenden qualifizierten Krankentransporteinsatz nach § 3 Abs. 1 Buchstabe b berechnet.

f. Sanitätsdienste

Nicht Gegenstand dieser Gebührensatzung sind Hilfeleistungen durch die Sanitätsdienste bei Veranstaltungen, bei denen der Veranstalter den Sanitätsdienst bereitstellt oder bereitzustellen hat.

g. Begleitpersonen

Die Mitfahrt von Begleitpersonen ist kostenfrei.

Die unter e. genannten Leistungen werden nicht nach dem bundeseinheitlichen Positionsnummernverzeichnis verschlüsselt und nicht mit den Kostenträgern, sondern mit der jeweils anfordernden Stelle abgerechnet.

- (2) Werden im Einsatz gleichzeitig mehrere Patienten versorgt bzw. transportiert, so fallen die in Absatz 1 genannten Gebühren für jeden Patienten gesondert an.

§ 4

Entstehung der Gebührenpflicht

- (1) Die sachliche Gebührenpflicht entsteht mit Inanspruchnahme einer Leistung des Rettungsdienstes im Sinne des § 2 Abs. 2 NRettDG. Eine Inanspruchnahme des Rettungsdienstes liegt auch dann vor, wenn die Rettungskräfte am Einsatzort eine medizinische Hilfeleistung erbringen, ein anschließender Transport aber nicht erfolgt. Nicht jedoch bei Einsätzen ohne jede medizinische Hilfeleistung am Einsatzort und Todesfeststellungen ohne vorherige medizinische Hilfeleistung.
- (2) Im Falle einer missbräuchlichen Alarmierung entsteht die sachliche Gebührenpflicht bereits mit Beginn des Einsatzes nach Anordnung durch die Rettungsleitstelle des Landkreises Osnabrück.
- (3) Die Rettungsleitstelle bestimmt die Einsatzart und das einzusetzende Rettungsmittel. Die Anordnung der Rettungsleitstelle ist für die Festsetzung der zu erhebenden Gebühr maßgebend.
- (4) Die persönliche Gebührenpflicht entsteht mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides.

§ 5

Gebührenpflichtiger

- (1) Gebührenpflichtiger ist, wer eine Leistung des Rettungsdienstes im Sinne des § 2 Abs. 2 NRettDG in Anspruch nimmt.
- (2) Bei einer Rettungsmittelanforderung im Falle der berechtigten Geschäftsführung ohne Auftrag ist Gebührenpflichtiger der Geschäftsherr.
- (3) Bei missbräuchlicher Alarmierung ist jene Person, die den Rettungsdienst missbräuchlich alarmiert, Gebührenpflichtiger.

§ 6

Fälligkeit der Gebühr

Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 7

Inkrafttreten, Gültigkeit

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes im Landkreis Osnabrück vom 16.12.2019 außer Kraft.

Osnabrück, den 14.12.2020

Landkreis Osnabrück

Kebschull
Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

93

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 22 G vom 13.05.2019 (BGBl. I S. 706) geprüft.

Aktenzeichen: 11-mel-07144-19
Antragsteller: Christof Diekmann
Baugrundstück: Melle, Ausberger weg 3
Gemarkung: Dratum-Ausbergen
Flur: 10
Flurstück(e): 62/1

Änderungsanzeige nach § 15 BImSchG, Standortänderung des Ferkelstalles (BE 6) und der Futtermittelsilos (BE 9) inkl. Reduzierung der Anzahl sowie die Vergrößerung des Güllehochbehälters (BE 8) (Haupt-AZ 5116-11)

Herr Christof Diekmann plant die Standortänderung des Ferkelstalles (BE 6) und der Futtermittelsilos (BE 9) inkl. der Reduzierung der Anzahl von 17 auf 9 Stück sowie die Vergrößerung des Güllehochbehälters (BE 8) inkl. der Errichtung eines Schutzwalles in der Stadt Melle, Gemarkung Dratum-Ausbergen, Flur 10, Flurstück 62/1. Zudem soll der Güllehochbehälter (BE 4) am Königsbach stillgelegt und zurückgebaut werden. Bei dem Standort des Vorhabens handelt es sich planungsrechtlich um Außenbereich.

Mit immissionsschutzrechtlichem Genehmigungsbescheid vom 31.07.2012 wurde Herrn Christof Diekmann die Errichtung und den Betrieb eines Sauenstalles, eines Ferkelstalles, von 17 Futtermittelsilos, eines Güllehochbehälters sowie die Nutzungsänderung bestehender Stallanlagen als Erweiterung eines bestehenden Betriebes in der Stadt Melle genehmigt. Mit Bescheid vom 16.07.2015 wurde die vorgenannte Genehmigung erstmals bis zum 15.07.2018 und mit Bescheid vom 20.08.2019 bis zum 21.07.2021 verlängert.

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 UVPG ist bei der Änderung eines Vorhabens, für das keine UVP durchgeführt worden ist, eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat aus folgenden Gründen ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Gemäß der Nr. 3 Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPG) sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen.

Für das Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben zu erwarten. Durch die Änderung des Vorhabens entstehen auf dieses Schutzgut keine geänderten Auswirkungen, als die bereits im ursprünglichen Genehmigungsverfahren betrachteten. Auf das benachbarte denkmalgeschützte Objekt wirken keine unzulässigen negativen Umweltauswirkungen ein.

Ebenso sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, Klima und Luft zu erwarten. Das Vorhaben erfolgt direkt auf der Hofstelle und der bestehende Güllehochbehälter (BE 4) am Königsbach wird stillgelegt und zurückgebaut, sobald der neue Güllehochbehälter (BE 8) errichtet und in Betrieb genommen wurde. Durch diese emissionsmindernden Maßnahmen sind keine relevanten unzulässigen Emissionen und Immissionen zu erwarten.

Auf die Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser, Landschaft sowie Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind ebenfalls keine erheblichen Auswirkungen durch die Änderung des Vorhabens zu erwarten, da die zusätzliche Versiegelung im Hofbereich bereits intensiver landwirtschaftlicher Nutzung unterliegt. Zudem werden durch die Stilllegung und den Rückbau des bestehenden Güllehochbehälters (BE 4) am Königsbach und den Aufbau des Schutzwalles am neuen Güllehochbehälter (BE 8) negative Umweltauswirkungen auf das FFH-Gebiet „Else und obere Hase“ (Natura 2000 Gebiete) sowie das Gewässer ausgeschlossen.

Es liegen insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 31.12.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

94

**Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit
(Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für
Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück)**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde im Rahmen der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens (§ 38 Niedersächsisches Straßengesetz i.V.m. § 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz)

setzt) die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der Fassung vom 18. Dezember 2019 (Nds. GVBl. 2019, 437) i.V.m. dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) zu-letzt geändert durch Artikel 117 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geprüft:

Aktenzeichen: FD 9.1 – 542-1011 – UVP-VP L 83/L 95
Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück
Baugrundstück: Stadt Melle, Landesstraße L 83 und L 95, Gemarkung Schiplage, Flur 2, Flurstück 369/167 und 370/168

L 83/ L 95 – Umbau der Einmündung Schiplage/St. Annen in der Stadt Melle

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Umweltauswirkungen sind denkbar in den Bereichen Boden- und Wassernutzung, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt. In Bezug auf den Standort des Vorhabens ist eine potentielle Betroffenheit bei den Qualitätskriterien in den Bereichen Boden sowie Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu besorgen.

Im Übrigen sind keine Umweltauswirkungen erkennbar. Es handelt sich lediglich um eine kleinräumige Veränderung des Straßenverlaufs. Auswirkungen auf das Grundwasser sind nicht zu erwarten. Ggf. anfallende Abfälle werden ordnungsgemäß entsorgt oder verwertet.

Einzelne Alleeebäume müssen für das Vorhaben gerodet werden. Weitere geschützte Landschaftsbestandteile oder besonders geschützte Gebiete sind vom Vorhaben nicht betroffen.

Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:
Im Zuge der Maßnahme müssen einzelne Alleeebäume gerodet werden. Diese werden jedoch nachgepflanzt und der Alleecharakter bleibt erhalten. Es kommt nicht zu einer Überplanung von besonders wertvollen Lebensräumen. Insgesamt sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt unter Beachtung der Verminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen als unerheblich anzusehen.

Schutzgut Boden:
Es werden 0,7 ha Fläche versiegelt. Bei den vom Vorhaben betroffenen Flächen handelt es sich um Straßenverkehrsflächen, Straßenseitenraumflächen und landwirtschaftliche Nutzflächen. Teilweise sind die Flächen im Straßenbereich bereits versiegelt. Die übrigen Flächen sind anthropogen geprägt, insbesondere der Straßenseitenraum, der in der Regel in wiederkehrenden Abständen abgefräst wird. Der Boden auf den betroffenen Flächen weist daher zu einem großen Teil aufgrund der deutlichen anthropogenen Überprägung keine oder nur sehr eingeschränkte natürliche Eigenschaften auf. Es ist daher von keinen erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden auszugehen.

Schutzgut Wasser:
Die zusätzliche Versiegelung fällt in Bezug auf das Schutzgut Wasser nicht relevant ins Gewicht. Eine Schad bringende Veränderung des Oberflächenwassers bei Eintritt in den Vorfluter ist nicht zu erwarten. Insgesamt sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPg nicht selbstständig anfechtbar.

Osnabrück, den 01.12.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Straßen
Die Landrätin
i. A. Bergmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

270

**Friedhofsgebührensatzung
der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald**

Auf Grund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) in Verbindung mit den §§ 1, 2, 4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKA) und des Niedersächsischen Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestG) in der jeweils derzeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Allgemeines**

Für die Benutzung der kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald und ihrer Einrichtungen werden Gebühren nach den §§ 4 - 6 dieser Satzung erhoben.

**§ 2
Gebührenschilder**

(1) Gebührenschilder der Nutzungsgebühren ist derjenige, der die gebührenpflichtige Leistung in Anspruch nimmt und der jeweilige Nutzungsberechtigte.

(2) Mehrere Gebührenschilder haften als Gesamtschilder.

**§ 3
Entstehung der Gebührenschild und Fälligkeit**

(1) Die Gebührenschild für Grabnutzungsgebühren nach § 4 entsteht mit dem Erwerb bzw. der Verlängerung des Nutzungsrechtes an einer Grabstelle. Die Gebühren werden zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

(2) Die Gebührenschild für die Nutzungsgebühren nach § 5 und für die Bestattungsgebühren nach § 6 entsteht mit der Anmeldung der Inanspruchnahme der jeweiligen Leistung. Die Gebühren werden zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

(3) Für die Berechnung der Verlängerungsgebühren gelten angefangene Jahre als volle Jahre.

**§ 4
Gebühren für Grabstellen**

- | | |
|--|------------------------|
| 1. Erwerb eines Nutzungsrechtes für eine Reihengrabstelle für Personen bis 6 Jahre | 200,- €/Grabstelle |
| 2. Erwerb eines Nutzungsrechtes für eine Reihengrabstelle für Personen ab 6 Jahre | 600,- €/Grabstelle |
| 3. Erwerb eines Nutzungsrechtes für eine Wahlgrabstelle mit einer Urnenbeisetzung | 800,- €/Grabstelle |
| 4. Erwerb eines Nutzungsrechtes für ein Urnenwahlgrab für zwei Urnengrabstellen | 600,- €/Grab |
| 5. Erwerb eines Nutzungsrechtes für ein Urnenwahlgrab für vier Urnengrabstellen | 1.000,- €/Grab |
| 6. Erwerb eines Nutzungsrechtes für eine Urnenreihengrabstelle | 400,- €/Grabstelle |
| 7. Erwerb eines Nutzungsrechtes für ein Stelendoppelgrab in der Urnengemeinschaftsgrabanlage | 600,- €/Grab |
| 8. Erwerb eines Nutzungsrechtes für ein anonymes Urnenwahlgrab in der Urnengemeinschaftsgrabanlage | 300,- €/Grab |
| 9. Verlängerung des Nutzungsrechtes für eine Wahlgrabstelle mit Urnenbeisetzung | 27,- €/Grabstelle/Jahr |
| 10. Verlängerung des Nutzungsrechtes für eine Urnenwahlgrabstelle für zwei Urnen | 30,- €/Grabstelle/Jahr |
| 11. Verlängerung des Nutzungsrechtes für eine Urnenwahlgrabstelle für vier Urnen | 50,- €/Grabstelle/Jahr |
| 12. Verlängerung des Nutzungsrechtes für ein Stelendoppelgrab in der Urnengemeinschaftsgrabanlage | 30,- €/Grab/Jahr |

**§ 5
Benutzungsgebühren**

- (1) Für die Benutzung der Friedhofskapellen wird eine Gebühr von 350,- € je Benutzung festgesetzt.
- (2) Für weitere in dieser Gebührensatzung nicht geregelte Benutzungs- und Unterhaltungsleistungen der Gemeinde werden privatrechtliche Entgelte nach dem tatsächlichen Aufwand im Einzelfall erhoben.

**§ 6
Bestattungsgebühren**

- (1) Für das Ausheben und Füllen eines Reihen- oder Wahlgrabes für Personen über 6 Jahre wird eine Gebühr von 468,- € festgesetzt.

- (2) Für das Ausheben und Füllen eines Urnengrabes wird eine Gebühr von 93,50 € festgesetzt.
- (3) Sarg- und Urnenumbettungen werden nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet.

§ 7

Beitreibung/ Billigkeitsregelung

- (1) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren begetrieben.
- (2) Die Gebühren können entsprechend § 11 Abs. 1 Nr. 5a NKAG i.V.m. § 222 AO bei Vorliegen einer erheblichen Härte für den Abgabenschuldner ganz oder teilweise gestundet werden.
- (3) Die Gebühren können entsprechend § 11 Abs. 1 Nr. 5a NKAG i.V.m. § 227 AO bei Vorliegen einer unbilligen Härte für den Abgabenschuldner ganz oder teilweise erlassen werden.

§ 8

Sonstige Gebühren

Die Gebühr für die Genehmigung von Grabmalen (Grabmalgebühr) wird auf 40,- € festgesetzt.

§ 9

Rechtsmittel

Gegen die Festsetzung und Heranziehung auf Grund dieser Gebührensatzung kann der Gebührenschuldner innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten eingelegt werden. Die Erhebung der Klage befreit nicht von der fristgerechten Zahlung nach § 80 Abs. 2 VwGO.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald tritt am 01.01.2021 in Kraft. Die Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 31.10.2013 tritt zum 31.12.2020 außer Kraft.

Hilter a.T.W., den 11.12.2020

Gemeinde Hilter a.T.W.

(Siegel)

Schewski
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

271

10. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 09.11.1993 Wasserabgabensatzung

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) und der §§ 5, 6 und 8 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes in den jeweils zurzeit geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. in seiner Sitzung am 10. Dezember 2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 15 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

§ 15

Gebührensätze

- (2) Die Wassergebühr beträgt 1,10 € je m³ (1,18 € einschl. USt.).

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2021 in Kraft.

Hilter a.T.W., den 11. Dezember 2020

Gemeinde Hilter a.T.W.

Schewski
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

272

12. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 09.11.1993 Abwasserbeseitigungsabgabensatzung

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), der §§ 5, 6 und 8 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes und des § 6 Abs. 1 des Nieders. Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz in den jeweils zurzeit geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 15 erhält folgende Fassung:

§ 15

Gebührensätze

Die Abwassergebühr beträgt:

- a) bei der Schmutzwasserentsorgung 3,33 € / m³
- b) bei der Niederschlagswasserbeseitigung 14,70 € / 50 m²

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

(Siegel) **Gemeinde Hilter a.T.W.**
Schewski
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

273

**8. Änderungssatzung
zur Satzung über die Erhebung von Gebühren
für die dezentrale Abwasserbeseitigung
der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald
vom 19.10.1995**

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), der §§ 5, 6 und 8 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes und des § 6 Abs. 1 des Nieders. Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz in den jeweils zurzeit geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 3 erhält folgende Fassung:

**§ 3
Gebührensätze**

Die Abwassergebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung aus

- | | |
|--|---------|
| I. Hauskläranlagen und abflusslose Gruben
je m ³ entnommenen Fäkalschlammes bzw.
Abwasser | 38,53 € |
| II. Je Grube wird zusätzlich eine Grundgebühr
von
erhoben. | 50,00 € |

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Hilter a.T.W., den 11.12.2020

(Siegel) **Gemeinde Hilter a.T.W.**
Schewski
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

274

**20. Änderungssatzung
zur Satzung über die Erhebung
von Beiträgen und Gebühren für
die öffentliche Wasserversorgung der
Stadt Dissen am Teutoburger Wald vom 21.05.2001**

Wasserabgabensatzung (WAS)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nieders. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2019 (Nieders. GVBl. S. 70) und der §§ 5, 6 und 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nieders. GVBl. S. 121), hat der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald in seiner Sitzung am 14.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 15 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

**§ 15
Gebührensätze**

- (2) Die Verbrauchsgebühr beträgt für das Jahr 2021 für jeden vollen cbm Wasser:

Nettobetrag	Betrag einschl. Ust.
1,08 EUR	1,16 EUR

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Dissen am Teutoburger Wald, 14.12.2020

Stadt Dissen am Teutoburger Wald
(Siegel) Eugen Görlitz
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

275

**21. Änderungssatzung
zur Satzung über die Erhebung der Abgaben
für die Abwasserbeseitigung
der Stadt Dissen am Teutoburger Wald
vom 21.05.2001**

Abwasserbeseitigungsabgabensatzung (ABAS)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nieders. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2019 (Nieders. GVBl. S. 70), der §§ 5, 6 und 8 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nieders. GVBl. S. 121) und des § 6 Abs. 1 des Nieders. Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (Nieders. AG AbwAG) in der Fassung vom 24.03.1989 (Nieders. GVBl. S. 69) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2001 (Nieders. GVBl. S. 701) hat der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald in seiner Sitzung am 14.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 15 erhält folgende Fassung:

§ 15 Gebührensätze

Die Abwassergebühr beträgt für das Jahr 2021 bei der

1. Schmutzwasserentsorgung als
 - a) Schmutzwasserleitungsgebühr 0,68 EUR/m³
 - b) Kläranlagengebühr 0,55 EUR/m³
2. Gebühr für die Niederschlagswasserbeseitigung 0,48 EUR/m² bzw. m³

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Dissen am Teutoburger Wald, 14.12.2020

Stadt Dissen am Teutoburger Wald
(Siegel) Eugen Görlitz
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

276

Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Niedersachsenpark GmbH

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KMP Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Osnabrück, hat mit Datum vom 18. April 2019 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der Niedersachsenpark GmbH, Neuenkirchen-Vörden, -bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Niedersachsenpark GmbH, Neuenkirchen-Vörden, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Kenntnisse

1. entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie die ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
2. vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft. In allen wesentli-

chen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmertätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmertätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmertätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche und rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die

sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Webseite des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter

<https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie>

eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

Osnabrück, den 18. April 2019

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, den 02.05.2019

Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück

i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der Niedersachsenpark GmbH hat in der Sitzung am 13.05.2019 den Jahresabschluss zum 31.12.2018 festgestellt. Der entstandene Bilanzgewinn wird auf das Jahr 2019 vorgetragen. Dem Geschäftsführer Uwe Schumacher wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlassung erteilt.

Gemäß § 34 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetr.VO) vom 27. Januar 2011 in der z. Z. gültigen Fassung werden der

Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2018 öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Niedersachsenpark GmbH für das Geschäftsjahr 2018 liegt vom Tage der Veröffentlichung für 7 Tage bei der Niedersachsenpark GmbH, Braunschweiger Straße 15, 49434 Neuenkirchen-Vörden, während der Geschäftszeiten aus.

Neuenkirchen-Vörden, den 24.11.2020

Niedersachsenpark GmbH
Uwe Schumacher
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

277

Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Niedersachsenpark GmbH

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KMP Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Osnabrück, hat mit Datum vom 17. April 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der Niedersachsenpark GmbH, Neuenkirchen-Vörden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Niedersachsenpark GmbH, Neuenkirchen-Vörden, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnen Kenntnisse

1. entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen (EigBetrVO Nds) i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie die ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 11. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
2. vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der EigBetrVO Nds. i. v. m. den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Kapitalgesellschaften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und den §§157 f. NKomVG i. V. m. § 29 EigBetrVo Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der EigBetrVo Nds. i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmertätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmertätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmertätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche und rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der EigBetrVo Nds. i. v. m. den einschlägigen deutschen Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der EigBetrVo Nds. zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des

Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der EigBetrVo i. v. m. den einschlägigen deutschen Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157 f. NKomVG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Webseite des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter

<https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie>

eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

Osnabrück, den 17. April 2020

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, den 18.05.2020

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafter der Niedersachsenpark GmbH haben im Mai 2020 im schriftlichen Verfahren den Jahresabschluss zum 31.12.2019 festgestellt. Der entstandene Bilanzgewinn wird auf das Jahr 2020 vorgetragen. Dem Geschäftsführer Uwe Schumacher wurde für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Gemäß § 34 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetr.VO) vom 27. Januar 2011 in der z. Z. gültigen Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2019 öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Niedersachsenpark GmbH für das Geschäftsjahr 2019 liegt

Neuenkirchen-Vörden, den 24.11.2020

Niedersachsenpark GmbH
Uwe Schumacher
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

278

**10. Änderungssatzung
zur Satzung
über die Erhebung der Abgaben für die
Abwasserbeseitigung der Gemeinde Bad Rothenfelde
(Abwasserbeseitigungsabgabensatzung)
vom 17. Dezember 2020**

Auf Grund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (Nds. GVBl. S. 244), der §§ 5, 6 und 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 309) und des § 6 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (Nds. AG AbwAG) in der Fassung vom 24. März 1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 41 des Gesetzes vom 20. November 2001 (Nds. GVBl. S. 701) hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde in seiner Sitzung am 17.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 15 - Gebührensätze -

Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

- (1) Die Abwassergebühr für Schmutzwasser beträgt 2,10 €/m³.
- (2) Die Abwassergebühr für die Beseitigung von Niederschlagswasser beträgt je Berechnungseinheit jährlich 24,50 €.

Artikel II

Die 10. Änderungssatzung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Bad Rothenfelde, 17. Dezember 2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Rothenfelde**
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

279

**Jahresabschluss 2019
des Abwasserbeseitigungsbetriebes
der Gemeinde Bad Rothenfelde**

Der Jahresabschluss 2019 sowie der Lagebericht 2019 des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde und seine ordnungsgemäße Geschäftsführung wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Möntermann + Partner GmbH Osnabrück, gem. §§ 30 ff EigBetrVO Nds. geprüft. Nach dem Ergebnis ihrer Prüfung hat sie mit Datum vom 28. August 2020 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat den Bericht über die Jahresabschlussprüfung des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde mit folgendem Feststellungsvermerk versehen:

Feststellungsvermerk

Ergänzende Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 17. Nov. 2020

(Siegel) **Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in der Sitzung am 17. Dezember 2020 folgenden Beschluss gefasst:

„ Nach § 35 der Eigenbetriebsverordnung werden

⇒ der Jahresabschluss 2019 und der Lagebericht 2019 festgestellt.

⇒ Der Betriebsleitung für das Jahr 2019 Entlastung erteilt.

⇒ Der Jahresgewinn im Bereich „Schmutzwasser“ lautet zunächst über 154.007,26 €. Von der Summe sind folgende Beträge abzuziehen:
Eigenkapitalzinsen 82.609,03 €,
Zuführung zur Erneuerungsrücklage 73.794,05 €,
Der verbleibende Betrag von -2.395,82 € wird in die Gebührenaufgleichsrücklage eingestellt.

⇒ Der Jahresgewinn „Niederschlagswasser“ lautet zunächst über 60.928,52 €. Von der Summe sind folgende Beträge abzuziehen:
Eigenkapitalzinsen 7.984,20 €,
Zuführung zur Erneuerungsrücklage 61.750,34 €,
Der verbleibende Betrag von - 8.806,02 € wird in die Gebührenaufgleichsrücklage eingestellt.

Die Eigenkapitalzinsen von insgesamt 90.593,23 € werden an den Haushalt der Gemeinde abgeführt.“

Gem. § 36 EigBetrVO werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Rates über den Jahresabschluss hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen in der Zeit vom 04. Januar bis 13. Januar 2021 einschließlich zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Zimmer 71, öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 17. Dezember 2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Rothenfelde**
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

280

**Jahresabschluss 2019
des Wasserwerkes
der Gemeinde Bad Rothenfelde**

Der Jahresabschluss 2019 sowie der Lagebericht 2019 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde und seine ordnungsgemäße Geschäftsführung wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH Osnabrück, gem. §§ 30 ff EigBetrVO Nds. geprüft. Nach dem Ergebnis ihrer Prüfung hat sie mit Datum vom 28. August 2020 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat den Bericht über die Jahresabschlussprüfung des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde mit folgendem Feststellungsvermerk versehen:

Feststellungsvermerk

Ergänzende Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 17. Nov. 2020

(Siegel) **Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in der Sitzung am 17. Dezember 2020 folgenden Beschluss gefasst:

„Nach § 35 der Eigenbetriebsverordnung werden der Jahresabschluss des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde vom 31. Dezember 2019 in der Fassung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Osnabrück, vom 28. August 2020 sowie der Lagebericht 2019

⇒ vom Rat festgestellt.

⇒ Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2019 Entlastung erteilt.

⇒ Der Mindestgewinn von 57.456,85 €
wird in die allgemeine Rücklage eingestellt.
Die Differenz zum Jahresgewinn
= 91.074,11 € von 33.617,26 €
wird dem Sonderposten für den
Gebührenausschlag zugewiesen“

Gem. § 36 EigBetrVO werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Rates über den Jahresabschluss hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen in der Zeit vom 04. Januar bis 13. Januar 2021 einschließlich zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Zimmer 71, öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 17. Dezember 2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Rothenfelde**
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

281

**5. Satzung
zur Änderung der Gebührensatzung
für die Straßenreinigung
in der Gemeinde Bad Rothenfelde
(Straßenreinigungsgebührensatzung)
vom 17.12.2020**

Auf Grund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244), des § 52 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStG) in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 112) und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde in seiner Sitzung am 17.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

§ 4 erhält folgende Fassung:

Die Straßenreinigungsgebühr beträgt jährlich 1,80 € je Meter Straßenfront.

Bei Hinterliegergrundstücken beträgt die Gebühr 1,56 € pro laufenden Meter Frontlänge.

Artikel II

Die Satzung tritt zum 01.01.2021 in Kraft.

Bad Rothenfelde, 17.12.2020

Gemeinde Bad Rothenfelde
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

282

**Satzung
der Gemeinde Bad Laer über die Umlegung**

von Beiträgen für den Unterhaltungsverband Nr. 96 "Hase-Bever"

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. Seite 244), sowie des § 65 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19.02.2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. Seite 88), hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Bad Laer ist gemäß den §§ 63 und 64 NWG Mitglied des Unterhaltungsverbandes Nr. 96 "Hase-Bever".
- (2) Gemäß §§ 28 ff. Wasserverbandsgesetz (WVG) vom 12.02.1991, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.05.2002 (BGBl. I S. 1578) ist die Gemeinde Bad Laer verpflichtet, an den Verband Beiträge zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu leisten.
- (3) Der Verband erhebt diese Beiträge nach Maßgabe seiner Satzung und seiner Veranlagungsregeln.
- (4) Die von der Gemeinde an den Verband zu zahlenden Beiträge gliedern sich auf in Flächenbeiträge und in Erschwernisbeiträge. Der Satz für den Flächenbeitrag wird in der Einheit Euro/ha (Hektarsatz) ausgedrückt. Der Satz für den Erschwernisbeitrag und den Ersatz der Mehrkosten hat die Einheit Euro/ha-Gleichwert.

§ 2 Gegenstand der Umlage

- (1) Die von der Gemeinde Bad Laer an den Unterhaltungsverband zu entrichtenden Flächenbeiträge werden nach folgenden Bestimmungen auf die Eigentümer der im Gemeindegebiet gelegenen und zum Verbandsgebiet gehörenden Grundstücke, die nicht an die gemeindliche Regenwasserkanalisation angeschlossen sind, umgelegt.
- (2) Erschwernisbeiträge werden nicht umgelegt. Die Gemeinde Bad Laer trägt diese Erschwernisbeiträge selbst.

§ 3 Umlageschuldner

- (1) Zur Zahlung der Umlage ist jeder Eigentümer eines im Gemeindegebiet gelegenen und zum Verbandsgebiet gehörenden Grundstücks verpflichtet.
- (2) Gehört das Grundstück mehreren Eigentümern, so haften diese als Gesamtschuldner.
- (3) Für die Eigentumsverhältnisse ist der 1. Januar des Jahres maßgebend, für den die Umlage erhoben wird.
- (4) Eine Vereinbarung zwischen dem Eigentümer und dem zur Benutzung des Grundstücks Berechtigten (z. B. Erbbauberechtigter, Nießbrauchberechtigter, Pächter, Mieter), nach der der Berechtigte die Umlage tragen soll, befreit

den Grundstückseigentümer gegenüber der Gemeinde Bad Laer nicht von seiner Zahlungsverpflichtung.

§ 4 Umlagehöhe

- (1) Die Beiträge, die die Gemeinde Bad Laer an den Unterhaltungsverband zu zahlen hat, werden von diesem jährlich je Hektar festgesetzt (Hektarsatz).
- (2) Der auf den jeweiligen Grundstückseigentümer nach dieser Satzung entfallende Umlagebetrag wird mit 13,00 Euro je Hektar Grundstücksfläche, mindestens jedoch 6,00 Euro je Grundstückseigentümer festgesetzt.

§ 5 Fälligkeit der Umlage

Die Umlage ist jeweils zum 1. Juli eines jeden Jahres für das gesamte Jahr zu entrichten. Voraussetzung ist, dass die Gemeinde Bad Laer dem Grundstückseigentümer bis zu diesem Zeitpunkt einen Umlagebescheid zugestellt hat. Rückständige Umlagen werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 6 Billigkeitsmaßnahmen

Stellt die Erhebung der Umlage im Einzelfall für die betroffenen Grundstückseigentümer eine besondere Härte dar, so kann die Gemeinde Bad Laer dem Grundstückseigentümer die Umlage aus Billigkeitsgründen stunden, ermäßigen oder erlassen.

§ 7 Datenverarbeitung

- (1) Die zur Ermittlung der Umlagepflicht, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung des Beitrags nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Gemeinde Bad Laer gemäß Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 3 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDG) in Verbindung mit § 11 Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung (AO) erhoben und verarbeitet. Eine Datenerhebung beim Finanzamt, beim Vollstreckungsgericht, beim Amtsgericht (Handelsregister und Grundbuch), beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (Katasteramt), bei den Sozialversicherungsträgern, der Rentenversicherung und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Dienststellen der Gemeinde Bad Laer und anderer Städte und Gemeinden erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch den Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Abs. 1 S. 3 AO).
- (2) Erhobene Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Beitragsfestsetzung, -erhebung und -vollstreckung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabenvorgangs, das dieselbe/denselben Abgabepflichtige/n betrifft, verarbeitet werden. Technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach Artikel 25 und 32 DSGVO sind getroffen worden.

(3) Die personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gemäß der AO, dem NKAG bzw. der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (KomHKVO) in der Regel nach zehn Jahren gelöscht.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung ersetzt die bisherige Satzung in der Fassung der 6. Änderungssatzung vom 13.12.2012 und tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bad Laer, 10.12.2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Der Bürgermeister
Tobias Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

283

1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Bad Laer vom 27.11.2019 - Wasserabgabensatzung -

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244), und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 20.04.2017, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende 1. Änderungssatzung zur Wasserabgabensatzung vom 27.11.2019 beschlossen:

Artikel 1

§ 14 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die verbrauchsabhängige Leistungsgebühr beträgt 1,47 Euro je Kubikmeter (m³) zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer.

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bad Laer, 10.12.2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Der Bürgermeister
Tobias Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

284

18. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Abgaben für die Abwasserbeseitigung (Schmutzwasser) der Gemeinde Bad Laer - Abwasserbeseitigungsabgabensatzung Schmutzwasser -

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244), und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 20.04.2017, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende 18. Änderungssatzung zur Abwasserbeseitigungsabgabensatzung Schmutzwasser vom 04.07.1994 beschlossen:

Artikel 1

§ 15 - Gebührensatz - erhält folgende Fassung:

Die Abwassergebühr beträgt 3,20 Euro je Kubikmeter (m³).

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bad Laer, 10.12.2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Der Bürgermeister
Tobias Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

285

17. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Abgaben für die Abwasserbeseitigung (Niederschlagswasser) der Gemeinde Bad Laer - Abwasserbeseitigungsabgabensatzung Niederschlagswasser -

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244), und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 20.04.2017, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 10.12.2020 folgende 17. Änderungssatzung zur Abwasserbeseitigungsabgabensatzung Niederschlagswasser vom 04.07.1994 beschlossen:

Artikel 1

§ 15 erhält folgende Fassung:

Die Abwassergebühr beträgt 17,96 Euro je 50 Quadratmeter (m²).

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Gemeinde Bad Laer

Der Bürgermeister

(Siegel)

Tobias Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

286

**Bekanntmachung
des Jahresabschlusses
der Gemeinde Wallenhorst
für das Haushaltsjahr 2019**

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüft. Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgenden Beschluss zum Endergebnis gefasst:

a) Ergebnisrechnung

jeweils Gesamtbetrag

der ordentlichen Erträge	43.198.302,03
der ordentlichen Aufwendungen	40.962.250,83

<i>ordentliches Ergebnis</i>	2.236.051,20
------------------------------	---------------------

der außerordentlichen Erträge	434.694,56
der außerordentlichen Aufwendungen	0,00

<i>außerordentliches Ergebnis</i>	434.694,56
-----------------------------------	------------

Jahresergebnis	2.670.745,76
-----------------------	---------------------

b) Finanzrechnung

jeweils Gesamtbetrag

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	41.255.260,14
--	---------------

Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	35.155.420,65
--	---------------

Saldo lfd. Verwaltungstätigkeit	6.099.839,49
---------------------------------	--------------

Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.064.303,40
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.551.433,57

Saldo Investitionstätigkeit	-9.487.130,17
-----------------------------	---------------

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.844.000,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.182.714,91

Saldo Finanzierungstätigkeit	1.661.285,09
------------------------------	--------------

haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.087.074,63
haushaltsunwirksame Auszahlungen	2.399.547,34

Saldo haushaltsunwirksame Vorgänge	-312.472,71
------------------------------------	-------------

Anfangsbestand Zahlungsmittel	5.446.409,52
Endbestand Zahlungsmittel	3.407.931,22

c) Bilanz zum 31.12.2019**I. Aktiva**

1. Immaterielles Vermögen	6.590.909,16
2. Sachvermögen	124.338.881,78
3. Finanzvermögen	7.396.052,78
4. Liquide Mittel	3.407.931,22
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>273.845,09</u>
	142.007.620,03

II. Passiva

1. Nettoposition	101.850.781,84
2. Schulden	21.653.189,93
3. Rückstellungen	18.308.839,00
4. Passive Rechnungsabgrenzung	<u>194.809,26</u>
	142.007.620,03

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.236.051,20 € wird der Überschussrücklage für das ordentliche Ergebnis zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 434.694,56 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Aufgrund des § 129 I 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird dem Bürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2019 erteilt.

Ich gebe diesen Beschluss öffentlich bekannt.

Der Jahresabschluss 2019 und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 04. Januar 2021 bis 14. Januar 2021 im Rathaus, Rathausallee 1, 49134 Wallenhorst, Zimmer 2.30, zur Einsicht öffentlich aus.

(Siegel) Steinkamp
Der Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

287

**Änderungssatzung
(16. Änderung)**

**zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und
Gebühren für die Abwasserbeseitigung der
Gemeinde Wallenhorst, Landkreis Osnabrück,
(Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)
vom 27. November 1990**

Aufgrund der §§ 10, 13, 58 und 111 des Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 zuletzt geändert am 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244) und der §§ 1, 2, 5 und 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 zuletzt geändert am 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Gemeinde Wallenhorst in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel III

§ 13 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die Niederschlagswassergebühr setzt sich aus einer Grundgebühr und einer Benutzungsgebühr zusammen. Die Grundgebühr wird für überbaute Grundstücksfläche bis 200 m² in Höhe von 22,50 € / Jahr und je weitere angefangene 20 m² überbaute Grundstücksfläche zuzüglich 2,25 € / Jahr festgesetzt.

Die Benutzungsgebühr wird für eine überbaute Grundstücksfläche bis 200 m² auf 11,50 € / Jahr und je weitere angefangene 20 m² überbaute Grundstücksfläche auf zusätzlich 1,15 € / Jahr festgesetzt.

Artikel IV

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2021 in Kraft.

Wallenhorst, 03.12.2020

Gemeinde Wallenhorst

(Siegel)

Steinkamp
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

288

Verordnung über die Festsetzung der Marktwaren auf den Wochenmärkten der Stadt Bramsche

Aufgrund der § 58 Abs. 1 Ziffer 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Seite 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (Nds. GVBl. Seite 244), § 67 Absatz 2 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1403) und § 1 Absatz 1 der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts sowie in anderen Rechtsgebieten vom 18. November 2004 (Nds. GVBl. S. 482), zuletzt geändert am 03. Februar 2020 (Nds. GVBl. S. 23) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 03. Dezember 2020 die folgende Verordnung beschlossen:

§ 1

(1) Zur Anpassung des Wochenmarktes der Stadt Bramsche an die wirtschaftliche Entwicklung die örtlichen Bedürfnisse der Verbraucher wird bestimmt, dass auf dem Wochenmarkt über die in § 67 Abs. 1 der Gewerbeordnung genannten Waren hinaus folgende Waren feilgeboten werden dürfen:

1. Oberbekleidung,
2. Lederwaren,
3. Korb-, Bürsten- und Holzwaren,
4. Haushaltswaren des täglichen Bedarfs,
5. Reinigungs- und Putzmittel,
6. Kurzwaren,
7. Toilettenartikel einfacher Art,
8. Blumenarrangements und Kränze,
9. Bäume und Sträucher in Töpfen nur bis zu 80 cm Höhe,
10. Kleingartenbedarf und Blumenpflegemittel,
11. künstliche Blumen,
12. Kleintextilien,
13. Hausschuhe, Sandalen und Badeschuhe,
14. Modeschmuck, soweit er durch die Gewerbeordnung im Reisegewerbe zugelassen ist,
15. Kleinspielwaren.

Daneben sind ausnahmsweise Imbissstände mit Ausschank alkoholfreier Getränke zugelassen.

(2) Andere als die vorstehend aufgeführten Gegenstände dürfen weder ausgelegt noch feilgeboten oder verkauft werden.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bramsche, den 03.12.2020

Stadt Bramsche

(Siegel)

Pahlmann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

289

Satzung der Stadt Bramsche über den Wochenmarkt und die Jahrmärkte (Marktsatzung)

Aufgrund der §§ 10,11 und 58 Abs. 1 Ziffer 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Seite 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (Nds. GVBl. Seite 244) und § 18 Absatz 1 Satz 2 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 112) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 03. Dezember 2020 die folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Standorte und Zeiten der Märkte

- (1) Die Stadt Bramsche betreibt den Wochenmarkt sowie den Frühjahrs- und Herbstjahrmärkte (Kirmessen) als öffentliche Einrichtungen.
- (2) Für den Wochenmarkt sowie den Frühjahrs- und Herbstjahrmärkte gelten die von der Stadt Bramsche gemäß § 69 der Gewerbeordnung festgesetzten Markttage, Öffnungszeiten und Marktplätze.

§ 2

Markthoheit

- (1) Der Gemeingebrauch an den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen auf den Märkten wird während der Marktzeiten einschließlich der Auf- und Abbauzeiten so weit eingeschränkt, wie es für den Betrieb der Märkte nach den Bestimmungen dieser Marktsatzung erforderlich ist.
- (2) Der Fahrzeug- und Fußgängerverkehr auf den Märkten geht während der Marktzeiten, einschließlich der Auf- und Abbauzeiten, den übrigen öffentlichen Verkehrsbelangen vor.

§ 3

Marktbehörde

Marktbehörde ist die Stadt Bramsche. Den Beauftragten der

Marktbehörde ist jederzeit Zutritt zu den Geschäften zu gestatten. Den Anordnungen der Beauftragten der Marktbehörde hat jeder am Marktverkehr Beteiligte Folge zu leisten.

§ 4 Wochenmarkt

- (1) Der Wochenmarkt soll sich durch ein vielfältiges Angebot der zugelassenen Waren auszeichnen.
- (2) Auf dem Wochenmarkt ist der Verkauf der in § 67 Abs. 1 GewO aufgeführten sowie der nachfolgenden Waren zugelassen:
- Oberbekleidung,
 - Lederwaren,
 - Korb-, Bürsten- und Holzwaren,
 - Haushaltswaren des täglichen Bedarfs,
 - Reinigungs- und Putzmittel,
 - Kurzwaren,
 - Toilettenartikel einfacher Art,
 - Blumenarrangements und Kränze,
 - Bäume und Sträucher in Töpfen nur bis zu 80 cm Höhe,
 - Kleingartenbedarf und Blumenpflegemittel,
 - künstliche Blumen,
 - Kleintextilien,
 - Hausschuhe, Sandalen und Badeschuhe,
 - Modeschmuck, soweit er durch die Gewerbeordnung im Reisegewerbe zugelassen ist,
 - Kleinspielwaren.

Daneben sind ausnahmsweise Imbissstände mit Ausschank alkoholfreier Getränke zugelassen.

- (3) Speisen und Getränke dürfen nur in wiederverwendbaren Verpackungen und Behältnissen (z.B. Porzellan, Glas, Mehrwegkunststoffe usw.) oder in Holzwarenpressgeschirr, Papptägern mit und ohne Pergamentbeschichtung oder Pergamenttüten abgegeben werden. Milch, Zucker, Senf u.a. dürfen nicht in Einportionspackungen, sondern nur in Spendern zur Verfügung gestellt werden. Einwegbehältnisse und -geschirr wie Getränkedosen und -flaschen, Kunststoff- oder folienbeschichtetes Geschirr, Büchsen, Becher und Teller aus Polystyrol sowie Getränke aus Verbundverpackungen (Tüten und Kartons) dürfen nicht angeboten bzw. verwendet werden, sofern dieses wirtschaftlich zumutbar ist. Die Stadt kann Ausnahmen von diesen Beschränkungen zulassen, sofern das mit Rücksicht auf besondere Anforderungen an Hygienebedingungen angezeigt ist.

§ 5 Jahrmärkte

Auf den Jahrmärkten sind der Verkauf und die Tätigkeiten nach § 68 Abs. 2 und 3 GewO zulässig.

§ 6 Zulassung zu den Märkten, Anträge und Verfahren

- (1) Jede Person, die auf einem der zugelassenen Märkte Waren oder Leistungen anbieten will (Marktbesucherinnen und Marktbesucher), bedarf hierzu einer Erlaubnis der Stadt. Diese ist nicht übertragbar.
- (2) In der Bewerbung auf Zulassung zum Wochenmarkt sind

die Art und die Größe des Geschäftes anzugeben und ein Lichtbild des Geschäftes beizufügen.

- (3) Für das Bewerbungsverfahren bzgl. der Jahrmärkte wird auf die jeweils gültigen Richtlinien der Stadt Bramsche über die Zulassung zu den Kirmessen verwiesen.
- (4) Die Zuweisung eines Standplatzes für den Wochenmarkt kann für einen Markttag (Tageserlaubnis) oder für einen bestimmten Zeitraum (Dauererlaubnis) beantragt werden.
- (5) Die Zuweisung eines Standplatzes kann aus sachlich gerechtfertigten Gründen versagt werden. Ein Grund zur Versagung liegt insbesondere dann vor, wenn
- a) der zur Verfügung stehende Platz nicht ausreicht
 - b) das Waren- und Leistungsangebot nicht den Voraussetzungen des § 4 entspricht
 - c) Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Bewerber die für die Teilnahme an Märkten erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt
- (6) Die Erlaubnis kann jederzeit aus wichtigem Grund widerrufen oder zurückgenommen werden. Sie kann insbesondere widerrufen oder zurückgenommen werden,
- a) festgesetzte Gebühren nicht gezahlt wurden
 - b) die Nutzung des Marktstandes die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder andere öffentliche Interessen gefährden würde,
 - c) nachträglich die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis entfallen bzw. im Nachhinein bekannt wird, dass die Voraussetzungen bei der Erteilung nicht vorlagen,
 - d) Bedingungen und Auflagen nicht erfüllt werden,
 - e) gegen die Bestimmungen dieser Marktsatzung (insbesondere zur pfleglichen Behandlung und Reinhaltung des Marktes) verstoßen wird.
- (7) Marktbesucherinnen und Marktbesucher, deren Erlaubnis widerrufen oder zurückgenommen wurde, haben den eingenommenen Standplatz unverzüglich zu räumen. Über den Standplatz darf die Stadt sofort anderweitig verfügen.

§ 7 Standplätze auf den Märkten

- (1) Die Stadt weist den Marktbesucherinnen und Marktbesuchern einen Standplatz zu. Es besteht kein Anspruch auf die Zuweisung eines bestimmten Standplatzes.
- (2) Für die Jahrmärkte wird vor Marktbeginn von der Stadt ein Belegungsplan aufgestellt. Die konkrete Platzverteilung wird vor Ort durchgeführt.
- (3) Marktbesucherinnen und Marktbesucher dürfen nur die zugewiesenen Flächen nutzen. Dies gilt sowohl für den Verkauf, als auch die Lagerung. Durchgangsflächen müssen freigehalten werden.
- (4) Marktbesucherinnen und Marktbesucher müssen den Marktstand während der Marktzeit durchgehend geöffnet halten und bei Dunkelheit beleuchten.

§ 8 Aufbau und Abbau der Märkte

- (1) Die Geschäfte dürfen erst nach Zuweisung des Standplatzes

zes aufgebaut werden. Mit dem Aufbau darf auf den Wochenmärkten frühestens eine Stunde vor Beginn des Marktes und auf den Jahrmärkten frühestens nach der Platzverteilung begonnen werden.

- (2) Während der Marktzeiten sind Auf- und Abbauten nicht gestattet. Fahrzeuge, die nicht unmittelbar dem Geschäftsbetrieb dienen, insbesondere PKW, Zug- und Lieferfahrzeuge, dürfen während des Marktes nicht auf dem Marktgelände abgestellt werden.
- (3) Die Standplätze sind bei dem Wochenmarkt unverzüglich nach Beendigung der Marktzeit, bei Jahrmärkten spätestens am zweiten Tage danach, zu räumen. Ist dieser Tag bei Jahrmärkten ein gesetzlicher Feiertag, so verschiebt sich diese Frist entsprechend. Die Durchführung von Abbauarbeiten ist bei Jahrmärkten nach 23.00 Uhr untersagt. Die Standplätze sind in dem Zustand zu verlassen, in dem sie übernommen worden sind.
- (4) In begründeten Ausnahmefällen kann die Marktbehörde Ausnahmen von den vorstehenden Regelungen zulassen.
- (5) Ist bis zum Marktbeginn ein Standplatz nicht bezogen worden oder wird er nach Marktbeginn geräumt, kann die Stadt über den Standplatz anderweitig verfügen. Erstattungsansprüche können in diesen Fällen nicht geltend gemacht werden.

§ 9

Anforderungen an die Geschäftseinrichtungen

- (1) Vor Marktbeginn ist an den Marktständen ein deutlich sichtbares Schild in der Mindestgröße von 20 cm x 30 cm anzubringen, aus dem in lesbarer Schrift Vor- und Zuname sowie Wohnort der Marktbesickerin oder des Marktbesickers hervorgeht.
- (2) Vordächer von Verkaufseinrichtungen dürfen den zugewiesenen Standplatz nur nach der Verkaufsseite und nur höchstens 1,50 m überragen. Sie müssen eine lichte Höhe von mindestens 2,20 m, gemessen ab Platzoberkante, haben.
- (3) Alle Betriebseinrichtungen müssen standfest sein und dürfen nur so aufgestellt werden, dass die Platzoberfläche nicht beschädigt wird. Sie dürfen ohne Erlaubnis der Bauauftrag der Marktbehörde weder an Bäumen und Schutzvorrichtungen noch an Verkehrs-, Energie-, Fernsprech- oder ähnlichen Einrichtungen befestigt werden. Sie müssen während der Marktzeit geöffnet und bei Dunkelheit beleuchtet sein.
- (4) In den Gängen und Durchfahrten sowie zwischen den Marktständen dürfen Leergut, Waren, Gerätschaften und ähnliches nicht abgestellt werden. Stapel von Waren, Kisten und ähnliches dürfen nicht höher als 1,40 m sein.
- (5) Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber fliegender Bauten müssen im Besitz der vorgeschriebenen Bauscheine und gültigen Prüfbücher sein. Fahrgeschäfte aller Art müssen vor Beginn des Marktes durch die Bauaufsichtsbehörde abgenommen werden. Die Betriebsinhaberin oder der Betriebsinhaber müssen bei der Bauabnahme zugegen sein.
- (6) Das Anbringen von Schildern, Anschriften und Plakaten sowie sonstige Reklame ist nur soweit gestattet, als die

Reklame mit dem jeweiligen Geschäftsbetrieb in Verbindung steht und dem Charakter der Veranstaltung entspricht.

§ 10

Verhalten auf den Märkten

- (1) Jede Person auf dem Markt hat sich an diese Marktsatzung und die sonstigen geltenden Bestimmungen zu halten. Anordnungen der Stadt auf den Märkten ist unverzüglich Folge zu leisten.
- (2) Fahrzeuge sind grundsätzlich außerhalb des Marktes abzustellen. Ausnahmen können zugelassen werden, insbesondere, wenn die Verkehrslage dies vor Ort erfordert und wenn eine Zuweisung auf die entsprechende Fläche erfolgt ist.
- (3) Fahrräder dürfen auf dem Markt nur geschoben werden.
- (4) Hunde sind auf dem Wochenmarkt nicht zugelassen. Ausgenommen sind Blindenführhunde sowie Behindertenbegleithunde. Auf den Jahrmärkten und dem Wochenmarkt sind sie stets an der Leine zu führen.

§ 11

Reinigung

- (1) Die zugewiesenen Standplätze sind besenrein zu verlassen. Auch der entstehende Kehrricht der Schlussreinigung ist von den Marktbesickerinnen und Marktbesickern zu entsorgen.
- (2) Abfälle jeglicher Art – insbesondere auch Kisten/Kartons mit ganz oder teilweise nicht mehr marktfähigen Waren – dürfen weder auf die Märkte gebracht, noch dort zurückgelassen werden.

§ 12

Haftung

- (1) Das Betreten und die Benutzung der Märkte erfolgt auf eigene Gefahr. Eine besondere Eigenschaft des zur Verfügung gestellten Standplatzes wird nicht zugesichert. Die Stadt Bramsche haftet für Schäden, die auf den Plätzen aus Anlaß der Märkte eintreten, nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit ihrer Bediensteten.
- (2) Mit der Zuweisung eines Standplatzes übernimmt die Stadt Bramsche keinerlei Haftung, insbesondere auch nicht für die Sicherheit der von den Marktbesickerinnen oder den Marktbesickern eingebrachten Waren, Geräte, Fahrzeuge und dergleichen.
- (3) Die Marktbesickerinnen und die Marktbesicker haften der Stadt Bramsche für sämtliche im Zusammenhang mit der Standbenutzung verursachten Schäden. Hierzu rechnen selbst verursachte Schäden, sowie diejenigen, die von eingesetztem Personal und/oder Lieferanten verursacht werden.
- (1) Sollten durch den Marktstand bzw. durch den Betrieb Dritte geschädigt werden, stellen die Marktbesickerinnen und Marktbesicker die Stadt Bramsche im Innenverhältnis von der Haftung frei.
- (2) Zur Deckung von Haftpflichtschäden haben die Marktbe-

schickerinnen und Marktbeschicker auf Verlangen der Marktbehörde den Abschluß einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

§ 13 Marktgebühren

Für die Inanspruchnahme von Standplätzen auf den Märkten werden Gebühren nach Maßgabe einer Gebührensatzung erhoben.

§ 14 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 52 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes handelt,

wer vorsätzlich oder fahrlässig auf den Märkten

1. andere als die in § 4 zugelassenen Waren verkauft,
2. entgegen einer Verfügung nach § 6 Abs. 7, die auch mündlich erteilt werden kann, den Standplatz auf dem Markt nicht gemäß § 6 Abs. 7 unverzüglich räumt,
3. einen anderen als den zugewiesenen Standplatz gem. § 7 Abs. 1 belegt,
4. die Auf- und Abbauzeiten des § 8 Abs. 1 - 3 nicht einhält,
5. während des Marktes Fahrzeuge entgegen § 8 Abs. 2 und § 10 Abs. 2, 3 bewegt,
6. entgegen § 11 Abs. 1 den Standplatz nach dem Markt nicht besenrein hinterlässt, Abfälle mitbringt oder zurücklässt oder die Straßenfläche oder sonstige Flächen der Stadt beschädigt, ohne die Schäden wieder zu beseitigen,
7. die Anordnungen der Stadt aufgrund von § 10 Abs. 1 nicht befolgt,
8. die Vorschrift über das Mitführen von Hunden gem. § 10 Abs. 4 nicht beachtet,
9. insbesondere nicht marktfähige Waren gem. § 11 Abs. 2 zum Markt mitbringt oder dort zurücklässt,
10. Werbematerial ohne Zulassung verteilt oder weggeworfenes Werbematerial nicht wieder beseitigt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße in Höhe bis zu 5.000 € geahndet werden.

§ 15 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bramsche, den 03.12.2020

(Siegel) **Stadt Bramsche**
Pahlmann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

290

1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Stadt Bramsche (Marktgebührensatzung)

Auf Grund der §§ 10, 11 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Seite 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (Nds. GVBl. Seite 244, des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. Seite 121), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. Seite 309) und des § 71 der Gewerbeordnung (GewO) in der Fassung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I Seite 202), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I Seite 1403) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 03. Dezember 2020 die folgende Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

§ 4 Absatz 3 erhält die folgende Fassung:

Die Gebühren für Wochenmärkte werden am Ende eines Quartals erhoben.

Die Gebühren für die Kirmessen und bei sonstigen Veranstaltungen werden im Voraus berechnet und durch Vertrag festgesetzt. Sie sind an die mit der Erhebung beauftragten Bediensteten der Stadt Bramsche zu entrichten.

§ 5 entfällt

Nr. 1.1 des Gebührentarifs zur Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Stadt Bramsche vom 25. März 2004 erhält die folgende Fassung:

Die Gebühr für einen Standplatz beträgt täglich je angefangenen laufenden Meter Frontlänge des Verkaufsstandes 1,66 Euro.

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bramsche, den 03. Dezember 2020

(Siegel) **Stadt Bramsche**
Pahlmann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

291

Jahresabschluss 2019 der Stadt Bramsche

Der Rat der Stadt Bramsche hat in seiner Sitzung am 03.12.2020 gemäß § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) über den Jahresabschluss 2019 wie folgt beschlossen:

„Der Rat der Stadt Bramsche beschließt gem. § 129 NKomVG über den Jahresabschluss 2019 und erteilt dem Bürgermeister für den Vollzug der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2019 die Entlastung.

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.202.751,93 € ist gem. § 123 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG der

Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 885.306,54 € ist gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG der Rücklage für Überschüsse des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.“

Der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2019, der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2019 mit der Stellungnahme des Bürgermeisters liegen in der Zeit vom 04.01.2021 bis zum 15.01.2021 im Rathaus, Hasestraße 11, Zimmer O.05, während der Öffnungszeiten (nach telefonischer Anmeldung unter 05461-83121) öffentlich aus.

Bramsche, 31. Dezember 2020

Stadt Bramsche
Der Bürgermeister
Pahlmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

292

2. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bad Iburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung (Schmutzwasserbeseitigungsabgabensatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S.576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02. März 2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 48) und der §§ 1, 2, 5, 6 u. 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 41), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), hat der Rat in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Satzung zur Änderung der Schmutzwasserbeseitigungsabgabensatzung vom 24.06./11.12.2014 beschlossen:

§ 1

§ 16 Abs. 3 (Erhöhte Gebühr) erhält folgende Fassung:

Die erhöhte Schmutzwassergebühr für die Einleitung von Schmutzwasser i.S. von Abs. (2) errechnet sich pro m³ eingeleitetem Schmutzwasser nach der Formel

$$G^* (x^* \frac{\text{festgestellter CSB}}{700} + y)$$

wobei G die Schmutzwassergebühr nach § 15, x der schmutzfrachtabhängige und y der mengenabhängige Gebührenanteil für die öffentliche Schmutzwasseranlage bedeuten (x = 0,374, y = 0,626).

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2021 in Kraft, frühestens jedoch mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück.

Bad Iburg, den 04.12.2020

(Siegel) **Stadt Bad Iburg**
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

293

1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bad Iburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung (Niederschlagswasserbeseitigungsabgabensatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S.576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02. März 2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 48) und der §§ 1, 2, 5, 6 u. 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 41), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), hat der Rat in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Satzung zur Änderung der Niederschlagswasserbeseitigungsabgabensatzung vom 24.06./11.12.2014 beschlossen:

§ 1

§ 15 (Gebührensätze) erhält folgende Fassung:

Die Niederschlagswassergebühr beträgt 0,40 € / m².

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2021 in Kraft, frühestens jedoch mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück.

Bad Iburg, den 04.12.2020

(Siegel) **Stadt Bad Iburg**
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

294

2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Bad Iburg

(dezentrale Abwasserbeseitigungsabgabensatzung)

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), des § 96 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in den zur Zeit gültigen Fassungen hat der Rat der Stadt Bad Iburg in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung beschlossen:

§ 1

§ 2 Abs. 2 (Gebührenmaßstab und Gebührensatz) erhält folgende Fassung:

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) **51,86 € / m³**
- b) Die Kosten des Transportes sind mit dieser Gebühr nicht abgegolten und werden entsprechend dem tatsächlichen Aufwand des von der Stadt Bad Iburg beauftragten Unternehmers zusätzlich berechnet.

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2021 in Kraft, frühestens jedoch mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück.

Bad Iburg, den 04.12.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

295

3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bad Iburg über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Wasserversorgung (Wasserabgabensatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S.576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02. März 2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 48) und der §§ 1, 2, 5, 6 u. 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), hat der Rat in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Satzung zur Änderung der Wasserabgabensatzung vom 24.06./11.12.2014 beschlossen:

§ 1

§ 15 Abs. 2 (Gebührensätze) erhält folgende Fassung:

Die Zusatzgebühr (Verbrauchsgebühr) beträgt

**1,82 Euro je m³ Wasser
(zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer).**

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2021 in Kraft, frühestens jedoch mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück.

Bad Iburg, den 04.12.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

296

Satzung über die Erhebung von Gästebeiträgen (Gästebeitragsatzung) der Stadt Bad Iburg

Der Rat der Stadt Bad Iburg hat auf der Grundlage der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), und § 10 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Stadt Bad Iburg ist als Kneippkurort staatlich anerkannt. Sie erhebt zur Deckung ihres Aufwandes
 - a) für Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung, Erneuerung, Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung ihrer Einrichtungen, die dem Tourismus und Gesundheitswesen dienen,
 - b) für die zu Zwecken des Tourismus durchgeführten Veranstaltungen sowie
 - c) für die den beitragspflichtigen Personen (§ 2) eingeräumte Möglichkeit, Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr kostenlos in Anspruch zu nehmen, auch wenn die Verkehrsleistungen im Rahmen eines übergemeindlichen Verkehrsverbunds angeboten werden,einen Gästebeitrag nach Maßgabe dieser Satzung. Der Gästebeitrag ist unabhängig davon zu zahlen, ob und in welchem Umfang die Einrichtungen und Veranstaltungen genutzt werden. Die Erhebung von Gebühren und Entgelten für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen und Veranstaltungen nach besonderen Vorschriften bleibt unberührt.
- (2) Der Gesamtaufwand nach Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gedeckt
 - zu 72,37 v.H. durch Gästebeiträge,
 - zu 00,00 v.H. durch Tourismusbeiträge,
 - zu 03,11 v.H. durch Gebühren und sonstige Entgelte.Bei der Ermittlung des Gästebeitrags bleibt ein dem besonderen Vorteil der Stadt entsprechender Teil des Aufwandes außer Ansatz.
- (3) Das Gebiet der Stadt Bad Iburg wird für die Erhebung der Gästebeiträge in Kurbezirke eingeteilt.
 - a) Der Kurbezirk I umfasst den Stadtteil Bad Iburg.
 - b) Der Kurbezirk II umfasst die Stadtteile Glane, Ostenfelde und Sentrup

Die einzelnen Kurbezirke ergeben sich aus der als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Karte.

§ 2 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig sind die Personen, die in der Stadt Bad Iburg Unterkunft nehmen und dort weder eine alleinige Wohnung noch eine Hauptwohnung im Sinne des Bundesmeldegesetzes haben und denen die Möglichkeit
- a) zur Benutzung der Einrichtungen, die dem Tourismus dienen,
 - b) zur Teilnahme an den zu Zwecken des Tourismus durchgeführten Veranstaltungen oder
 - c) zur kostenlosen Inanspruchnahme von Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr geboten wird.
- (2) Beitragspflichtig sind nicht Personen, die sich nur zur Berufsausübung oder Ausbildung in der Stadt Bad Iburg aufhalten sowie Zivildienstleistende, Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Teilnehmer am Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ), die sich zu diesem Zweck in der Stadt Bad Iburg aufhalten und diese Zeit bei einem Arbeitgeber in Bad Iburg ableisten.

§ 3 Beitragshöhe

- (1) Der Gästebeitrag wird nach der Dauer des Aufenthaltes in der Stadt Bad Iburg bemessen. Die Dauer des Aufenthalts berechnet sich nach der Anzahl der Übernachtungen.
- (2) Der Gästebeitrag im Kurbezirk I beträgt inklusive Mehrwertsteuer je Übernachtung:
- a) für jede Einzelperson nach Vollendung des 18. Lebensjahres 1,84 €
 - b) für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres jeweils 0,34 €
- (3) Der Gästebeitrag im Kurbezirk II beträgt inklusive Mehrwertsteuer je Übernachtung:
- a) für jede Einzelperson nach Vollendung des 18. Lebensjahres 0,46 €
 - b) für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres jeweils 0,09€
- (4) Bei einer Familie werden höchstens vier Personen der Berechnung des Gästebeitrags zugrunde gelegt. Als Person in einer Familie im Sinne dieser Satzung gelten die Ehegatten und Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, die dem Haushalt angehörige Kinder bis zum 18. Lebensjahr bzw. bis zum 27. Lebensjahr, wenn sie in Schul- oder Berufsausbildung stehen, sowie die ständig in der Familie lebenden Verwandten ohne eigenes Einkommen. Wird die maximale Anzahl der Beitragspflichtigen einer Familie gemäß diesem Absatz überschritten, werden jeweils die jüngsten Familienmitglieder befreit.
- (5) Der Gästebeitrag für Vertragsgäste der Rentenversicherungsträger richtet sich nach dem Ergebnis der Verhandlung der Kleinen Kommission der Norddeutschen Rentenversicherungsträger. Andere Kostenträger können einen Rabatt auf die Gästebeitragssätze dieser Satzung erhalten, wenn hierüber ausdrücklich schriftliche Vereinbarungen getroffen wurden.

Soweit für Vertragsgäste eine Tagespauschale vereinbart ist, ist sie sinngemäß anzuwenden.

§ 4 Befreiungen

- (1) Von der Zahlung des Gästebeitrags sind befreit:
- a) Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres,
 - b) jede fünfte und weitere Person einer Familie gemäß § 3 Abs. 4 Satz 2,
 - c) Verwandtenbesuche (Ehegatten, Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, Partner in eheähnlicher Gemeinschaft, Eltern, Großeltern, Kinder, Geschwister, Enkelkinder und Nefen/Nichten sowie den Ehepartner der Kinder, Geschwister, Enkelkinder, Nefen/Nichten der Personen mit Hauptwohnsitz in der Stadt Bad Iburg im Sinne des Bundesmeldegesetzes oder der Personen, die in einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis in der Stadt Bad Iburg stehen sowie der Personen, die sich nur zur Berufsausübung oder -ausbildung in der Stadt Bad Iburg aufhalten, der Teilnehmer eines freiwilligen sozialen/ökologischen Jahres und des Zivildienstes), wenn die Besucher unentgeltlich im Hause ihrer Verwandten aufgenommen werden und sofern Aufenthalts- und Kurkosten nicht von einer Behörde, Firma oder von anderen Stellen gegen Bescheinigung vergütet werden,
 - d) Teilnehmer an den von der Stadt anerkannten Kongressen, Tagungen und Lehrgängen für die Dauer der Veranstaltung,
 - e) Blinde und 100%ig erwerbunfähige Schwerbehinderte sowie deren erforderliche Begleitpersonen, soweit sie selbst die Kosten des Aufenthaltes und der Kur in voller Höhe tragen,
 - f) Begleitpersonen von Schwerbehinderten, die laut amtlichem Ausweis völlig auf ständige Begleitung angewiesen sind,
 - g) bettlägerig Kranke und solche Personen, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes nicht in der Lage sind, die Tourismuseinrichtungen zu benutzen sowie an den zu Zwecken des Tourismus durchgeführten Veranstaltungen teilzunehmen und Verkehrsleistungen kostenlos in Anspruch zu nehmen.
- (2) Die Voraussetzungen für die Befreiung von der Zahlung des Gästebeitrags sind von der berechtigten Person nachzuweisen.
- (3) In Einzelfällen ist eine Befreiung von der Zahlung des Gästebeitrags möglich, wenn es das Interesse der Stadt Bad Iburg rechtfertigt oder wenn eine soziale Härte vorliegt.

§ 5 Ermäßigungen und Ehrengästekarte

- (1) Der Gästebeitrag wird auf Antrag ermäßigt,
- a) für die Träger der Sozialhilfe und die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die von ihnen entsandten Personen um 25 v.H., sofern die Aufenthaltsdauer mindestens 7 Tage beträgt,
 - b) für Schwerbehinderte, die nicht ohnehin nach § 4 Abs. 1 lit. f) befreit sind, wenn sie mindestens 70 v.H. erwerbsgemindert sind, um 40 v.H., soweit sie selbst die Kosten des Aufenthaltes und der Kur in voller Höhe tragen.

- (2) Teilnehmer von Gruppenreisen erhalten eine Ermäßigung von 50 v.H. auf den Gästebbeitrag. Diese Ermäßigung ist auf einen Aufenthalt von bis zu drei Tagen begrenzt. Diese Ermäßigung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn der Antrag vor Antritt der Reise gestellt wird.
- (3) Die Voraussetzungen für eine Ermäßigung sind mit dem Antrag von der berechtigten Person nachzuweisen.
- (4) Die Stadt Bad Iburg kann Ehrengästekarten ausgeben. Sie werden namentlich ausgestellt und sind nicht übertragbar.

§ 6

Entstehen der Beitragspflicht und -schuld

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit der Ankunft in der Stadt Bad Iburg und endet mit dem Tag der Abreise.
- (2) Die Beitragsschuld entsteht dem Grunde nach mit der Ankunft und der Höhe nach mit dem Tag der Abreise.

§ 7

Beitragserhebung

- (1) Der Gästebbeitrag ist spätestens am 1. Werktag nach der Ankunft in der Stadt Bad Iburg durch den Beitragspflichtigen bei der Erhebungsstelle der Stadt Bad Iburg zu entrichten oder durch den Wohnungsgeber eingezogen (§ 8). Der Beitragspflichtige hat der Erhebungsstelle die zur Feststellung eines für die Beitragserhebung erheblichen Sachverhalts erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Als Zahlungsnachweis gibt die Stadt Bad Iburg eine auf den Namen des Beitragspflichtigen ausgestellte Gästekarte aus.
- (3) Die Gästekarte ist nicht übertragbar und bei der Benutzung von Tourismuseinrichtungen, dem Besuch von Veranstaltungen oder der kostenlosen Nutzung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr auf Verlangen vorzuzeigen.
- (4) Rückständige Gästebbeiträge werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 8

Pflichten des Wohnungsgebers

- (1) Personen, die in der Stadt Bad Iburg
 - a) andere Personen beherbergen,
 - b) anderen Personen Wohnraum zur vorübergehenden Nutzung überlassen oder
 - c) einen Campingplatz, Standplatz für Wohnwagen oder Wohnmobile oder Wochenendplatz betreiben und dort Plätze andere Personen zur vorübergehenden Nutzung überlassen, (Wohnungsgeber) sind verpflichtet, den bei ihnen gegen Entgelt oder Kostenerstattung verweilenden beitragspflichtigen Personen bei Ankunft eine Gästekarte auszustellen, den Gästebbeitrag gleichzeitig einzuziehen und der Erhebungsstelle der Stadt Bad Iburg die Personen spätestens am 1. Werktag nach deren Ankunft zu melden. Für die Meldung ist ein von der Stadt herausgegebener Vordruck zu verwenden. Der eingezogene Gästebbeitrag ist innerhalb von 14 Tagen nach Zahlungsaufforderung durch die Stadt Bad Iburg abzuführen.

- (2) Die Pflichten nach Abs. 1 obliegen auch den Leitern von Jugendherbergen, Jugend- und Schullandheimen, soweit keine Jahrespauschale für die beherbergten Personen vereinbart ist.
- (3) Der Wohnungsgeber ist verpflichtet, ein Gästeverzeichnis zu führen, in das alle Gäste am Tage der Ankunft mit Namen, Alter, Anschrift, Ankunfts- und Abreisetag einzutragen sind. Das Gästeverzeichnis ist der Stadt Bad Iburg auf Verlangen vorzulegen, spätestens am Ende eines jeden Quartals.
- (4) Die in Abs. 1 und 3 genannten Pflichten obliegen Reiseunternehmen, wenn der Gästebbeitrag in dem Entgelt enthalten ist, das die Reisetilnehmer an die Reiseunternehmen zu entrichten haben.
- (5) Die Pflichten nach Abs. 1 und 3 gelten auch für die Betreiber von Sanatorien, Kuranstalten und ähnlichen Einrichtungen in Bezug auf den Gästebbeitrag von Personen, die diese Einrichtungen benutzen, ohne in der Stadt Bad Iburg eine alleinige Wohnung oder eine Hauptwohnung im Sinne des Bundesmeldegesetzes zu haben. Mit den Betreibern können Vereinbarungen über eine pauschale Berücksichtigung der Personen, für die eine Befreiung nach § 4 Abs. 1 besteht, getroffen werden.
- (6) In den Fällen, in denen Wohnungsgeber oder die sonst durch diese Satzung Verpflichteten mit der Abwicklung der Beherbergung, Nutzungsüberlassung oder Beförderung Dritte beauftragen, die gewerbsmäßig derartige Abwicklungen übernehmen, obliegt auch den beauftragten Dritten die in Abs. 1 und 3 genannten Pflichten.
- (7) Der Einziehungsverpflichtete haftet für die rechtzeitige Einziehung und vollständige Ablieferung des Gästebbeitrages. Der Beitragspflichtige und der Einziehungsverpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 9

Rückerstattung von Gästebbeiträgen

- (1) Bei vorzeitigem Abbruch des vorgesehenen Aufenthalts wird der nach Übernachtungen berechnete und zu viel gezahlte Gästebbeitrag auf Antrag erstattet. Die Rückzahlung erfolgt an den Gast gegen Rückgabe der Gästekarte oder an den Wohnungsgeber gegen Bestätigung des Einzugs der Gästekarte. Der Wohnungsgeber hat die vorzeitige Abreise des Gastes zu bescheinigen.
- (2) Je Erstattungsfall wird eine Bearbeitungsgebühr von 1,50 Euro erhoben und einbehalten.
- (3) Der Anspruch auf Rückzahlung erlischt einen Monat nach der Abreise.

§ 10

Datenverarbeitung

- (1) Die zur Ermittlung der Beitragspflichtigen, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung des Gästebbeitrages nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Stadt Bad Iburg gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. e) der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz in Verbindung mit § 11 NKAG und den Bestimmungen der Abgabenordnung, auf die dort verwiesen wird, erhoben und verarbeitet. Die Stadt Bad

Iburg darf insoweit Daten beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Handelsregister), beim Katasteramt und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Stellen der Stadt erheben. Das kann auch im Wege des automatisierten Abrufverfahrens geschehen.

- (2) Es gilt im Übrigen die Datenschutzerklärung der Stadt Bad Iburg, welche auf der Homepage der Stadt Bad Iburg (www.badiburg.de) abrufbar ist.

§ 11 Ordnungswidrigkeiten

Wer gegen § 7 Abs. 1 oder Abs. 3 oder § 8 dieser Satzung verstößt, handelt ordnungswidrig nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG.

§ 11 Inkrafttreten

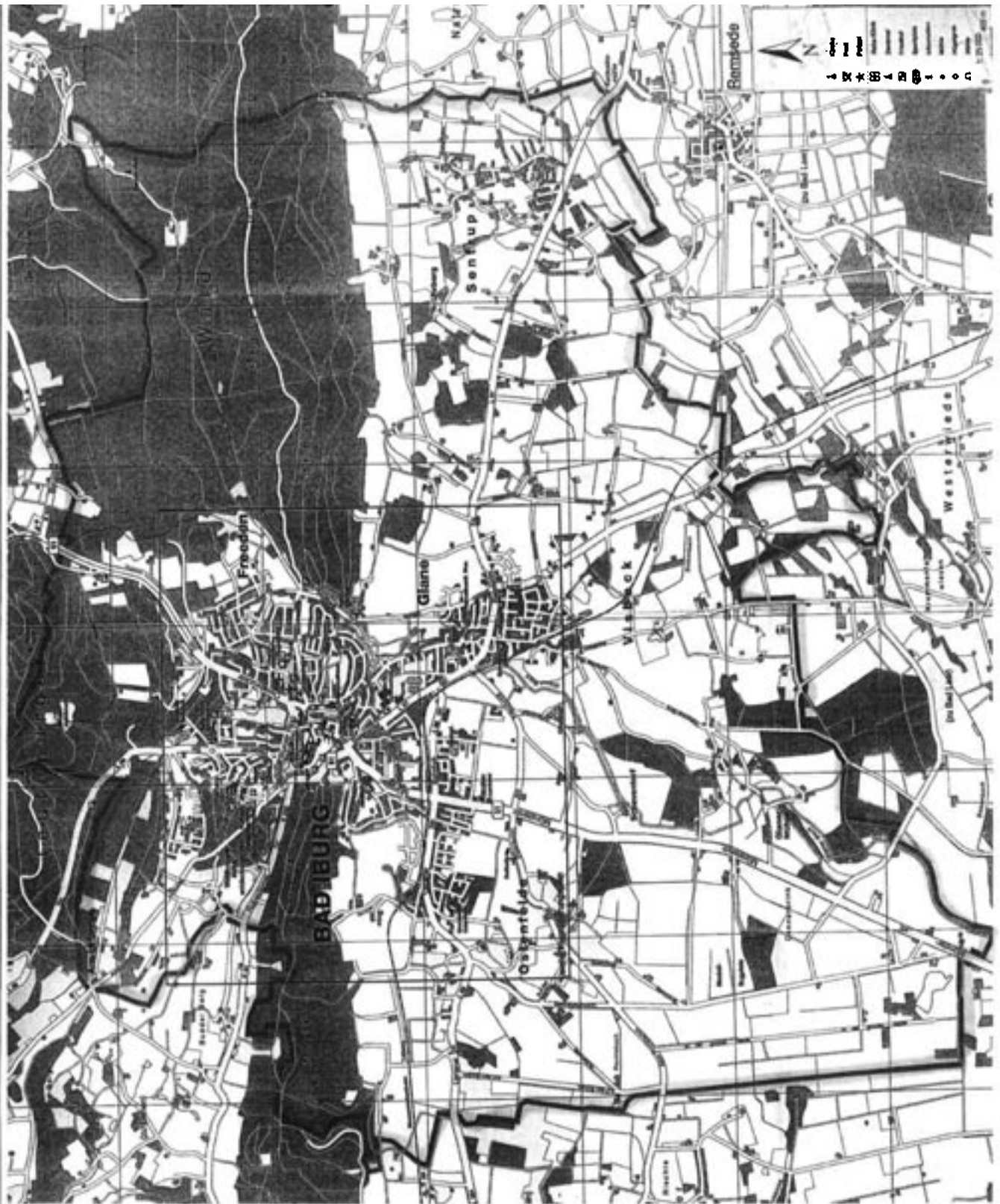
Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrags vom 01.01.2002 außer Kraft.

Bad Iburg, den 04.12.2020

(Siegel) **Stadt Bad Iburg**
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

Anlage 1.1. - Seite 550
Anlage 1.2. - Seite 551

Anlage 1.1



Anlage 1.2



--- Kurgebiet Bad Iburg

Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Stadt Bad Iburg (Katzenschutzverordnung)

Aufgrund des § 13 b des Tierschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), zuletzt geändert durch Artikel 101 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) i. V. m. § 7 Nr. 6 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen aufgrund bundesgesetzlicher Vorschriften (Subdelegationsverordnung) vom 09.12.2011 zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 17.03.2017 (Nds. GVBl. S. 65) und aufgrund der §§ 1 und 55 Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz (NPOG) vom 19.01.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2019 (Nds. GVBl. S.428), hat der Rat der Stadt Bad Iburg in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Zweck der Verordnung, Geltungsbereich

- (1) Zweck dieser Verordnung ist es, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, die mit der Übertragung von Krankheiten und andere Gefahren durch freilebende und freilaufende Katzen verbunden sind, sowie eine Reduzierung der Anzahl und eine Begrenzung der unkontrollierten Vermehrung von freilebenden Katzen aus Gründen des Tierschutzes.
- (2) Diese Verordnung gilt im Gebiet der Stadt Bad Iburg.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten ausschließlich für männliche und weibliche Katzen der Gattung *Felis silvestris catus*, der sowohl Hauskatzen, wie sämtliche Rassekatzen und Mischlinge daraus angehören (im nachfolgenden Katze genannt).
- (2) Freilebende so genannte verwilderte Katzen sind entlaufene, ausgesetzte, zurückgelassene oder vernachlässigte Katzen und deren Nachwuchs, die den Bezug zur menschlichen Obhut verloren haben.
- (3) Freilaufende Katzen sind Katzen, die in menschlicher Obhut gehalten werden und denen dauernd, regelmäßig oder unregelmäßig die Möglichkeit gewährt wird, sich im Freien unkontrolliert zu bewegen. Unkontrollierten freien Auslauf hat eine Katze, wenn sie sich frei bewegen kann und wenn weder der Halter noch eine von ihm beauftragte oder für ihn handelnde Person unmittelbar auf sie einwirken kann.
- (4) Kastration: Unter einer Kastration versteht man die Entfernung oder Außerfunktionssetzung der Keimdrüsen (Gonaden), die beide Geschlechter besitzen (Hoden oder Eierstöcke).
- (5) Katzenhalter/Haltungsperson: Katzenhalter/Haltungsperson ist derjenige, dem aus eigenem Interesse und auf längere Zeit die Bestimmungsmacht über das Tier zusteht, für dessen Kosten er aufkommt und der das wirtschaftliche Risiko des Verlustes des Tieres trägt.

§ 3

Allgemeine Kastrationspflicht

- (1) Die Halterin oder der Halter von freilaufenden Katzen mit ungehindertem Auslauf ins freie sind verpflichtet, die Katzen von einem Tierarzt oder einer Tierärztin kastrieren zu lassen.
- (2) Von der allgemeinen Kastrationspflicht ausgenommen sind Katzen bis zu einem Alter von fünf Monaten.
- (3) Für die Zucht von Katzen können auf Antrag Ausnahmen von der Kastrationspflicht genehmigt werden, sofern eine gezielte Verpaarung von bekannten Elterntieren erfolgt und die Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft versichert werden kann. Die Ausnahmegenehmigung kann befristet und unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt, sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Auflagen können auch nachträglich aufgenommen, geändert oder ergänzt werden.
- (4) Der Nachweis der Kastration ist den zuständigen Behörden oder einer von ihr beauftragten Person auf Verlangen vorzulegen.

§ 4

Kennzeichnung und Registrierung

- (1) Die Halterin oder der Halter von freilaufenden Katzen mit ungehindertem Auslauf ins freie ist verpflichtet, die Katzen, die älter als fünf Monate sind, spätestens zum Zeitpunkt der Kastration mittels Mikrochip von einem Tierarzt oder einer Tierärztin kennzeichnen und eigenständig in einem Register gemäß Abs. 2 registrieren zu lassen. Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf eine Meldung zur Änderung bzw. Löschung der Daten, sobald die Voraussetzungen der Registrierung sich geändert haben bzw. weggefallen sind und bei einem Halterwechsel.
- (2) Die Registrierung erfolgt in einem öffentlichen oder privat geführten Register, das der Behörde zugänglich ist, (z. B. TASSO e.V. oder Findex). Neben den Daten des Mikrochips sind zumindest ein äußerliches Erkennungsmerkmal des Tieres, z.B. Fellfarbe oder -zeichnung, sowie der Name und die Anschrift der Halterin oder des Halters zu registrieren.
- (3) Die Daten des Registers dienen der Aufgabenerfüllung der Ordnungsbehörde. Die Datenaufnahme ist daher vom Katzenhalter zu dulden.

§ 5

Duldungs- und Mitwirkungspflichten

Soweit es zur Durchführung dieser Verordnung erforderlich ist, haben Halterinnen und Halter von Katzen und Personen, die freilebenden Katzen regelmäßig Futter an bestimmten Stellen anbieten, auf Verlangen der Stadt Bad Iburg und der von ihr beauftragten Personen die für die Katze/n betreffenden Feststellungen zu ermöglichen, Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen.

§ 6

Ausnahmen

Auf schriftlichen Antrag können von der der Stadt Bad Iburg

Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zugelassen werden, wenn die Interessen der Antragstellerin oder des Antragstellers die durch diese Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen. Die Ausnahmegenehmigung kann befristet und unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Auflagen können auch nachträglich aufgenommen, geändert oder ergänzt werden.

§ 7

Maßnahmen gegenüber freilebenden Katzen

- (1) Die Stadt Bad Iburg oder ein von ihr Beauftragter kann freilebende Katzen kennzeichnen, registrieren und kastrieren lassen. Zu diesen Zwecken darf die freilebende Katze in Obhut genommen werden. Nach der Kennzeichnung und Kastration kann die Katze wieder in die Freiheit entlassen werden. Die Entlassung in die Freiheit soll an der Stelle erfolgen, wo die Katze aufgegriffen worden ist.
- (2) Ist für Maßnahmen nach Absatz 1 das Betreten eines Privat- oder Betriebsgeländes erforderlich, ist der Eigentümer oder Pächter verpflichtet, dies zu dulden und die Stadt Bad Iburg oder den von ihr Beauftragten bei einem Zugriff auf die freilebenden Katzen zu unterstützen.

§ 8

Aufgefundene Katzen

- (1) Aufgefundene Katzen sollten nicht unmittelbar angefüttert, sondern grundsätzlich ein paar Tage beobachtet werden, ob sie zu ihrem Halter zurückkehren.
- (2) Dauerhaft bleibende Katzen sind dann unverzüglich der zuständigen Behörde zu melden.
- (3) Abs. 1 gilt nicht, wenn es sich um verletzte oder verwahrloste Katzen handelt, die schnell versorgt werden müssen. In dem Fall ist sofort die zuständige Behörde zu informieren. Bei verletzten Tieren außerhalb der Sprechstunde der Behörde ist die Polizei zu informieren.
- (4) Freilaufende Katzen (Freigängerkatzen), welche die Stadt Bad Iburg oder von ihr Beauftragte im Stadtgebiet aufgreifen, dürfen zum Zweck der Ermittlung der Haltungsperson in Obhut genommen werden. Mit der Ermittlung der Haltungsperson soll unmittelbar nach dem Aufgreifen der Katze begonnen werden.
- (5) Ist die Haltungsperson ermittelt und die Katze noch nicht kastriert, so kann die Stadt Bad Iburg anordnen, die Katze kastrieren zu lassen. Vor Gewährung eines weiteren Auslaufs hat die Haltungsperson eine schriftliche Bestätigung ihres Tierarztes oder ihrer Tierärztin, dass die Katze kastriert worden ist, vorzulegen.
- (6) Ist eine im Stadtgebiet Bad Iburg angetroffene Freigängerkatze nicht gekennzeichnet oder nicht registriert und eine Ermittlung der Haltungsperson zeitnah nicht möglich, so kann die Stadt Bad Iburg oder von ihm Beauftragte die Katze in Gewahrsam nehmen. Ist eine solche Katze noch fortpflanzungsfähig, so kann unverzüglich ein Tierarzt / eine Tierärztin mit der Kastration beauftragt werden. Bei Halterfeststellung sind die entstandenen Kosten vom Halter zu tragen.
- (7) Ein von der Haltungsperson personenverschiedener Ei-

gentümer hat die Maßnahmen nach Absatz 4 bis 6 zu dulden.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne § 59 Abs. 1 NPOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 3 Abs. 1 Katzen von einem Tierarzt oder einer Tierärztin nicht kastrieren lässt
 2. gegen Auflagen der gem. § 3 Abs. 3 erteilten Ausnahmegenehmigung verstößt,
 3. entgegen § 3 Abs. 4 den Nachweis der Kastration nicht vorlegt,
 4. entgegen § 4 Abs. 1 Katzen nicht kennzeichnen oder registrieren lässt,
 5. einer Duldungs- oder Mitwirkungspflicht nach § 5 zuwiderhandelt oder
 6. gegen Auflagen der gem. § 6 erteilten Ausnahmegenehmigung verstößt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 können gemäß § 59 Abs. 2 NPOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 10

Übergangsvorschriften

Katzen, die bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung kastriert, durch eine individuelle und gut lesbare Tätowierung gekennzeichnet worden sind und bei einem in § 4 Abs. 2 genannten Register registriert sind, müssen nicht mittels Mikrochip gekennzeichnet werden.

§ 11

Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt gemäß § 60 Satz 1 NPOG am Tage nach ihrer Veröffentlichung im „Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück“ in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt gemäß § 61 Satz 3 Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz spätestens 10 Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft, soweit sie nicht vorher durch eine andere Verordnung ersetzt wird.

Bad Iburg, den 03.12.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

298

Friedhofssatzung der Stadt Bad Iburg vom 03.12.2020

Aufgrund der §§ 10, 13 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch das

Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), sowie des Gesetzes über Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) für das Land Niedersachsen vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117) hat der Rat der Stadt Bad Iburg in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

1. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für alle im Gebiet der Stadt Bad Iburg gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe.

§ 2 Friedhofszweck

Die Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Bad Iburg. Sie dienen der Bestattung aller Personen, die bei Ihrem Ableben Einwohner der Stadt Bad Iburg waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer Ausnahmegenehmigung.

§ 3 Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus wichtigem öffentlichen Interesse geschlossen oder entwidmet werden. Durch Schließung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Die Absicht der Schließung, die Schließung selbst und die Entwidmung sind jeweils öffentlich bekanntzumachen.
- (3) Die Stadt Bad Iburg kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen.
- (4) Die Stadt Bad Iburg kann die Entwidmung verfügen, wenn alle Nutzungsrechte und Ruhefristen abgelaufen sind.
- (5) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte aufgehoben oder im Einvernehmen mit den Berechtigten abgelöst werden sollen, sind unter ersatzweiser Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.

2. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhöfe sind während der an den Eingängen bekanntgegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- (2) Die Stadt kann das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Alle Personen haben sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes und den Empfindungen anderer Friedhofsbesucher entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- (2) Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung und unter Verantwortung Erwachsener betreten.
- (3) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,
 1. Flächen und die Wege mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Kinderwagen und Krankenfahrstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibende, zu befahren,
 2. Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen und gewerbliche Dienste anzubieten oder hierfür zu werben,
 3. an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung Arbeiten auszuführen,
 4. ohne schriftliche Zustimmung der Angehörigen die Trauergemeinde bei der Durchführung von Bestattungs- und Trauerritualen gewerbsmäßig zu fotografieren oder zu filmen,
 5. Druckvorschriften zu verteilen, sofern diese nicht für die Durchführung der Bestattung erforderlich sind,
 6. Abraum und Abfall außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
 7. den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedigungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (soweit sie nicht als Zuwegung dienen), Grabstätten und Grabumfassungen zu betreten,
 8. zu lärmern und zu spielen, zu lagern und Alkohol zu trinken,
 9. Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenführhunde,
 10. Mit Rollschuhen, Inlineskates, Skateboards oder ähnlichem auf Wegen sowie auf gefrorenen Wasserflächen, z. B. mit Schlittschuhen, zu laufen.

Die Stadt kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

- (4) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Stadt, sie sind spätestens sieben Tage vorher zu beantragen.

§ 6 Gewerbetreibende

- (1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für Tätigkeiten auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Stadt, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeit festlegt.
- (2) Zuzulassen sind Gewerbetreibende, die
 1. in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und
 2. selbst oder deren fachliche Vertreter in die Handwerksrolle eingetragen sind oder über die notwendige Sachkunde verfügen und
 3. Mitglied in der für das jeweilige Gewerbe zuständigen Berufsgenossenschaft sind und
 4. eine ausreichende Berufs-Haftpflicht-Versicherung nachweisen können.
- (3) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die

Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen verursachen.

- (4) Unbeschadet § 6 dürfen gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen nur während der von der Stadt festgesetzten Zeiten durchgeführt werden. In den Fällen des § 5 sind gewerbliche Arbeiten untersagt.
- (5) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur vorübergehend und nur an der Stelle gelagert werden, an denen sie nicht behindern. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeiten sind die Arbeits- und die Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen. Die Gewerbetreibenden dürfen die auf den Friedhöfen Wertstoffe und Restabfälle nicht in die Abfallbehälter, sondern nur an den dafür vorgesehenen Sammelplätzen auf den Werkhöfen entsorgen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.
- (6) Gewerbetreibende, die trotz schriftlicher Abmahnung gegen die Vorschriften der Nr. 3 bis 6 verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen der Nr. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Stadt die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine vorherige Abmahnung entbehrlich.

3. Bestattungsvorschriften

§ 7 Allgemeines

- (1) Bestattungen sind unverzüglich bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen; bei Urnenbeisetzungen zusätzlich der Einäscherungsnachweis. Wird eine Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (2) Die Stadt setzt Ort und Zeit der Bestattung fest. Bestattungen und Einäscherungen sollen in der Regel spätestens innerhalb von acht Tagen nach Eintritt des Todes erfolgen. Leichen, die nicht binnen 14 Tage nach Eintritt des Todes und Aschen, die nicht binnen drei Monaten nach Einäscherung beigesetzt sind, werden auf Kosten des Bestattungspflichtigen von Amts wegen in einer Reihengrabstätte beigesetzt.

§ 8 Beschaffenheit von Särgen

- (1) Säрге für Erdbestattungen müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit bis zur Beisetzung ausgeschlossen ist. Säрге müssen so beschaffen sein, dass
 1. Die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert wird,
 2. Die Verwesung der Leiche innerhalb der Ruhezeit ermöglicht wird.

Für die Bestattung sind zur Vermeidung von Umweltbelas-

tungen nur Säрге aus leicht abbaubarem Material (Vollholz oder vergleichbare umweltverträgliche Materialien) erlaubt, die keine umweltgefährdenden Lacke oder Zusätze enthalten. Säрге, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoff oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein. Die Grundierung und alle folgenden Beschichtungen der Sargoberfläche müssen frei von umweltgefährdenden Stoffen, insbesondere von Nitocellulose- und PVC-/PCP-Bestandteilen sein.

- (2) Für Innenausbettungen von Särgen dürfen nur Holzwolle, Hobelspäne und geschnitztes Papier als saugfähige Materialien verwendet werden. Kissen, Decken, Bspannung, Wäsche und sonstige Kleidung einer Leiche und andere Bestattungsmaterialien dürfen nur aus leicht verrottbarem Material wie natürliche Fasern, Baumwolle, Viskose oder Papier bestehen.
- (3) Die Säрге dürfen höchstens 2,05 m lang und 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Säрге erforderlich, ist die Zustimmung der Stadt bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

§ 9 Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von den Beauftragten der Stadt Bad Iburg ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Vor einer Beisetzung in ein bestehendes Wahlgrab hat der Nutzungsberechtigte Grabzubehör (z. B. Liegeplatten, Grabmale Bepflanzung) entfernt zu lassen. Sofern beim Ausheben Grabzubehör entfernt werden muss, hat der Nutzungsberechtigte die der Stadt dadurch entstehende Kosten zu erstatten.

§ 10 Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt 20 Jahre.
- (2) Die Frist beginnt am Tag der Beisetzung und soll eine ausreichende Verwesung sowie eine angemessene Totenehrung gewährleisten.

§ 11 Umbettung

- (1) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Stadt und/oder Gesundheitsbehörde. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschereste können mit vorheriger Zustimmung der Stadt auch in belegte Grabstätten aller Art umgebettet werden.

- (3) Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten jeder Angehörige des Verstorbenen mit Zustimmung der Verfügungsberechtigten, bei Umbettungen aus Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte. In den Fällen des § 30 Abs. 1 Satz 3 und bei Entziehung von Nutzungsrechten gemäß § 30 Abs. 1 Satz 4 können Leichen oder Aschen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten umgebettet werden.
- (4) Alle Umbettungen werden von den Beauftragten der Stadt durchgeführt.
- (5) Neben der Zahlung der Gebühren für die Umbettung haben die Antragsteller Ersatz für die Schäden zu leisten, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung zwangsläufig entstehen.
- (6) Der Ablauf der Ruhe- und Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (7) Leichen und Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken wieder auszugraben, bedarf einer behördlichen oder richterlichen Anordnung.
- (8) Die Stadt bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.

4. Grabstätten

§ 12

Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum der Stadt. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in
 1. Reihengrabstätten
 - a) Reihengrab (individuell gepflegt)
 - b) anonymes Reihengrab
 - c) Reihengrab als Wiesengrab
 2. Wahlgrabstätten (individuell gepflegt)
 3. Urnengrabstätten
 - a) Urnenwahlgrab (individuell gepflegt)
 - b) Urnenreihengrab (individuell gepflegt)
 - c) anonymes Urnenreihengrab
 - d) Urnenreihengrab als Wiesengrab

§ 13

Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer von 20 Jahren (Dauer der Ruhezeit) des zu Bestattenden abgegeben werden. Die Lage der Reihengrabstätte bestimmt die Stadt.
- (2) Es werden zur Verfügung gestellt:
 1. Reihengräber für Personen über 6 Jahre
 2. Reihengräber für Personen unter 6 Jahren
 3. anonyme Reihengräber
 4. Reihengräber als Wiesengräber
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden.

§ 14

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für die Beisetzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Der Ersterwerb ist grundsätzlich nur bei Eintritt eines Bestattungsfalles möglich.
- (2) Es werden unterschieden ein- und mehrstellige Grabstätten als Einfach- oder Tiefgräber. In einem Tiefgrab sind bei gleichzeitig laufender Ruhezeit nur 2 Beisetzungen übereinander zulässig.
- (3) Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der fälligen Gebühr mit Aushändigung der Verleihungsurkunde.
- (4) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird der jeweilige Nutzungsberechtigte 3 Monate vorher schriftlich oder - falls er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln ist, durch eine öffentliche Bekanntmachung - hingewiesen.
- (5) Eine Beisetzung darf nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht übersteigt oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben ist.
- (6) Der Erwerber ist der Nutzungsberechtigte. Er kann seine Rechte mit Genehmigung der Stadt einem beisetzungsberechtigten Angehörigen übertragen oder – bei einer nicht belegten Grabstätte – die Stadt gegenüber auf die Rechte verzichten.
- (7) Verstirbt der Nutzungsberechtigte ohne eine Regelung gemäß Abs. 6, so kann gegenüber der Stadt als neuer Nutzungsberechtigter eingetragen werden:
 1. zunächst: der Ehegatte/die Ehegattin bzw. der eingetragene Lebenspartner, die eingetragene Lebenspartnerin,
 2. dann in der vorgegebenen Reihenfolge: Kinder, Eltern, Großeltern, Enkelkinder und Urenkel,
 3. danach: die Ehegatten bzw. die eingetragenen Lebenspartner der unter Nr. 2 genannten Personen.
- (8) Innerhalb der einzelnen Gruppen zu Nr. 2 wird der Älteste Nutzungsberechtigter. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten innerhalb eines Jahres seit der Beisetzung übernimmt.
- (9) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des in Absatz 7 Satz 1 übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Stadt.
- (10) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
- (11) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätten zu entscheiden.
- (12) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.

(13) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Ein Verzicht ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.

(14) Das Ausmauern von Grabstätten ist nicht zulässig.

§ 15

Urnenreihengrabstätten

(1) Urnenreihengrabstätten sind Grabstätten die für die Beisetzung von Urnen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer von 20 Jahren (Dauer der Ruhezeit) des zu Bestattenden abgegeben werden. Die Lage der Urnenreihengrabstätte bestimmt die Stadt.

(2) Es werden zur Verfügung gestellt:

1. Urnenreihengräber
2. anonyme Urnenreihengräber
3. Urnenreihengräber als Wiesengräber

(3) In jeder Urnenreihengrabstätte darf nur eine Urne beigesetzt werden.

§ 16

Urnenwahlgrabstätten

(4) Urnenwahlgrabstätten sind Grabstätten für die Beisetzungen von Urnen, an denen auf Antrag ein Erbnutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Der Ersterwerb ist grundsätzlich nur bei Eintritt eines Bestattungsfalles möglich.

(1) In ein Urnenwahlgrab können bis zu 4 Urnen beigesetzt werden.

(2) Soweit in der Friedhofssatzung nicht anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für die Wahlgrabstätten sinngemäß auch für die Urnenwahlgrabstätten.

5. Gestaltung der Grabstätten

§ 17

Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

Jede Grabstätte ist - unbeschadet der besonderen Anforderungen der §§ 18 und 26 für Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften - so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

6. Grabmale

§ 18

Gestaltungsvorschrift

(1) Die Grabmale müssen in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung erhöhten Anforderungen entsprechen.

(2) Für jede Grabstelle ist nur ein stehendes Grabmal oder eine liegende Grabplatte zugelassen.

(3) Für Grabmale dürfen Naturstein, Holz, Eisen, Schmiedeeisen, Stahl, Kupfer sowie geschmiedete oder gegossene Bronze oder ein Verbund dieser Materialien verwendet werden. Als Gestaltungselement im Verbund mit den in Satz 1 genannten Materialien sind Aluminium und Glas (Sicherheitsglas) ebenfalls zugelassen. Nicht verwendet dürfen Kunststeine, Spaltfelsen und Kunststoffe.

(4) Grabmalgrößen bei Erdbestattungen:

- a) Kindereihengrabstätten (stehende Grabmale)
Die Maximalhöhe beträgt 70 cm. Das Verhältnis von Höhe zur Breite muss zwischen 3:1 und 2:1 liegen. Die Stärke darf 12 cm nicht unterschreiten.
- b) Kindereihengrabstätten (liegende Grabmale)
Die Ansicht (Draufsicht) darf 0,20 m² nicht übersteigen.
- c) Erwachsenenreihengrabstätten (stehende Grabmale)
Die Maximalhöhe beträgt 90 cm. Das Verhältnis von Höhe zur Breite muss zwischen 3:1 und 2:1 liegen. Die Stärke darf 14 cm nicht unterschreiten.
- d) Erwachsenenreihengrabstätten (liegende Grabmale)
Die Ansicht (Draufsicht) darf 0,25 m² nicht übersteigen.
- e) Wahlgrabstätten (stehende Grabmale)
Die Maximalhöhe beträgt 110 cm. Das Verhältnis von Höhe zur Breite muss zwischen 3:1 und 2:1 liegen. Die Stärke darf 18 cm nicht unter- und die Breite nicht überschreiten. Grabsteine die breiter als hoch sein sollen, können für Grabstätten, die mindestens 3,75 m breit sind, gestattet werden, wenn ihre Breite 1,10 m nicht übersteigt und die Breite sich zur Höhe wie 2:1 verhält.
- f) Wahlgrabstätten (liegende Grabmale)
Die Ansicht (Draufsicht) darf 0,50 m² nicht übersteigen. Ausgenommen sind hiervon Urnenwahlgrabstätten. Die Steine dürfen nicht mehr als 20 cm aus dem Boden herausragen. Die Mindeststärke beträgt 15 cm.

(5) Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:

1. Aufrechtstehende Grabmale (Stelen) müssen mit einem Maßverhältnis von mindestens 1: 1,5 gearbeitet sein.
2. Die Grabmale aus Naturstein sollen grundsätzlich aus einem Stück und allseits gleichwertig handwerklich oder durch die Natur bearbeitet sein. Polituren als Gestaltungselement von untergeordnetem Flächenanteil sind zulässig, nicht jedoch Flächenpolituren und Flächenfeinschliff.
3. Grabzeichen aus Holz sind handwerklich zu arbeiten und ausschließlich mit Mitteln zu imprägnieren, die das natürliche Aussehen des Holzes nicht beeinträchtigen und nachweislich für die Ökologie unbedenklich sind. Anstriche und Lackierungen sind untersagt.
4. Grabzeichen aus Metall können geschmiedet, gegossen oder geschweißt sein. Jede Oberflächenbearbeitung ist zugelassen, nur Flächenpolituren und glänzend lackierte oder glänzend beschichtete Flächen sind nicht erlaubt.
5. Das Einfärben der Grabmale ist nicht gestattet.
6. An das Grabmal dürfen ergänzende Ornamente und figurliche Darstellungen untergeordneter Größe angebracht werden.
7. Am Grabmal darf ein Foto des Verstorbenen in Form eines Medallions aus Porzellan oder Emaille (Größe maximal 0, 10 x 0, 15 m) angebracht werden.

(6) Sofern das stehende Grabmal eines Wahlgrabes eine weitere Beschriftung nicht mehr erlaubt, kann pro Grabstelle eine Ergänzungsplatte entsprechend dem Material des Grabmals in einer Größe von maximal (B x T x H) 0,60 x

0,60 x 0, 12 m genehmigt werden. Pro Ergänzungsplatte darf die Breite des bestehenden Grabmals grundsätzlich nicht überschritten werden.

- (7) Sockel und mehrteilige Grabmale können unter besonderen gestalterischen Bedingungen nach Einzelprüfung durch die Stadt zugelassen werden. Der Sockel darf das Grabbeet nicht überschreiten.
- (8) Vertiefte Schriften dürfen nicht mit umweltgefährdenden Metallen oder Metallverbindungen hinterlegt sein.
- (9) Soweit es die Stadt innerhalb der Gesamtgestaltung unter Beachtung des § 19 und unter Berücksichtigung künstlerischer Anforderungen für vertretbar hält, kann sie Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 3 bis 7 und sonstige bauliche Anlagen zulassen. Sie kann für Grabmale und sonstige bauliche Anlagen auch darüberhinausgehende Anforderungen an Größe, Material, Entwurf und Ausführung stellen.

§ 19 Zustimmungserfordernis

- (1) Die Errichtung, Fundamentierung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Die Zustimmung ist bereits vor der Anfertigung oder der Veränderung der Grabmale einzuholen. Als Veränderungen gelten das Umarbeiten der Form, das Ergänzen von Inschriften, das Verändern der Oberflächenstruktur und das Niederlegen oder Entfernen von Grabmalen.
- (2) Den Anträgen sind folgende Unterlagen zweifach beizufügen:
 - 1. Der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung. Ausführungszeichnungen sind auf Verlangen einzureichen, soweit es zum Verständnis erforderlich ist;
 - 2. Zeichnungen der Schrift, der Ornamente, der figürlichen Darstellungen und der Symbole im Maßstab unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung;
 - 3. Der Fundamentschein.
- (3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Zustimmung errichtet worden ist.
- (5) Die provisorischen Grabzeichen sind nur als naturlasierte Holztafeln oder Holzkreuze zulässig und dürfen nicht länger als 1 Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.

§ 22 Standsicherheit der Grabmale

- (1) Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemeinen anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinien der Berufsgenossenschaft und des Bundesinnungsverbands des Deutschen Steinmetz-, Stein und Holzbildhau-

erhandwerks für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern in der jeweils geltenden Fassung) zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.

- (2) Die Mindeststärke, die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Stadt gleichzeitig mit der Zustimmung nach § 21. Sie kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist. Die Wiederbefestigung von Grabmalen bedarf keiner besonderen Genehmigung.
- (3) Die Standsicherheit der Grabmale wird von der Stadt einmal jährlich überprüft.

§ 23 Unterhaltung der Grabmale

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist der Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzügliche Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Stadt auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der rechtswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Stadt berechtigt, dies auf Kosten des Verantwortlichen zu tun oder das Grabmal, die sonstigen bauliche Anlage oder die Teile davon zu entfernen; die Stadt ist nicht verpflichtet, diese Gegenstände aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügen eine öffentliche Bekanntmachung. Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch Umfallen von Grabmalen oder sonstiger baulicher Anlagen oder durch Abstürzen von Teilen davon verursacht wird.

§ 24 Entfernung von Grabmalen

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Stadt von der Grabstätte entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen. Sind die Grabmale oder sonstigen baulichen Anlagen nicht innerhalb von drei Monate nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts entfernt, fallen sie entschädigungslos in die Verfügungsgewalt der Stadt. Sofern Wahlgrabstätten von der Stadt abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.

7. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 25 Allgemeines

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des

§ 17 hergerichtet und dauernd verkehrssicher instandgehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grab schmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.

- (2) Die Höhe und die Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofs teils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.
- (3) Für die Herrichtung und Instandhaltung ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt mit dem Ablauf des Nutzungsrechts.
- (4) Der Nutzungsberechtigte ist zur Pflege der Grabstätte verpflichtet. Er kann die Grabstätte selbst anlegen und pflegen oder damit einen zugelassenen private Friedhofsgärtner beauftragen.
- (5) Alle Grabstätten müssen binnen sechs Monate nach der Beisetzung bzw. nach dem Erwerb des Nutzungsrechts gärtnerisch hergerichtet werden.
- (6) Die Stadt kann verlangen, dass der Nutzungsberechtigte die Grabstätte nach Ablauf des Nutzungsrechts abräumt.
- (7) Die Herrichtung, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Stadt. Die Stadt ist verantwortlich für die Gestaltung und Unterhaltung der pflegearmen und anonymen Grabarten. Sie kann die Pflege dieser Anlagen an private Unternehmen vergeben.
- (8) Kunststoffe und andere nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden und -gestecken, im Grab schmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Kleinzubehör wie Blumentöpfe, Tüten und verbrauchte Grablichter aus nicht oder schwer verrottbarem Material sind vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung bereitgestellten Behältern zu entsorgen. Ausgenommen davon sind Kunststoffartikel mit längerem Gebrauchswert wie Steckvasen, Markierungszeichen und Gießkannen. Die Verwendung von Herbiziden und reinem Torf ist nicht gestattet.

§ 26

Weitere Gestaltungsvorschriften

- (1) Die Grabstätten müssen bepflanzt werden und in ihrer gärtnerischen Gestaltung und in ihrer Anpassung an die Umgebung besonderen Anforderungen entsprechen.
- (2) Für die Bepflanzung dürfen nur solche Pflanzen verwendet werden, die andere Grabstätten oder die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Hecken dürfen zur Bepflanzung der Grabstätten nicht angepflanzt werden.
- (3) Nicht gestattet ist das Einfassen der Gräber oder des Grabbeetes.

§ 27

Vernachlässigung

Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Nutzungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung der Stadt die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung. Wird die Aufforderung nicht befolgt, kann die Stadt in die Grabstätten auf Kosten des jeweiligen Nutzungsberechtigten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. Vor dem Entzug des Nutzungsrechts ist der jeweilige Nutzungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen, ist er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, hat noch einmal eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung zu erfolgen. In dem Entziehungsbescheid ist der jeweilige Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheid zu entfernen. Der Verfügungsbescheid ist in den schriftlichen Aufforderungen, der öffentlichen Bekanntmachung auf die für ihn maßgeblichen Rechtsnachfolgen des § 23 Abs. 2 Satz 3 und 4 hinzuweisen.

8. Trauerfeiern

§ 28

Trauerfeiern

- (1) Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum, am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (2) Die Aufbahrung des Verstorbenen im Feierraum kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen. Ausnahmen kann die Stadt bei Vorlage einer Zustimmung des Gesundheitsamtes zulassen
- (3) Die Trauerfeiern sollen jeweils nicht länger als 30 Minuten dauern. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadt.
- (4) Die stadteigenen Musikinstrumente und Musikwiedergabegeräte in den Feierräumen dürfen grundsätzlich nur von den durch die Stadt zugelassenen Musikern gespielt bzw. bedient werden.
- (5) Neben der von der Stadt gestellten Kapellendekoration sind zusätzliche eigene Dekorationen bei der Anmeldung der Trauerfeier mit anzumelden. Diese Zusatzdekoration ist unmittelbar nach der Trauerfeier vollständig zu entfernen.
- (6) Die Angehörigen sind dafür verantwortlich, dass die Empfindungen anderer Personen durch Reden oder Darbietungen während der Trauerfeier nicht verletzt werden.

9. Schlussvorschriften

§ 29

Alte Rechte

- (1) Bei Grabstätten, über welche die Stadt bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nut-

zungszeit und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.

(2) Im Übrigen gilt diese Satzung.

§ 30 Haftung

Die Stadt Bad Iburg haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtung, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.

§ 31 Gebühren

Für die Benutzung der vom der Stadt Bad Iburg verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bad Iburg zu entrichten.

§ 32 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz in der jeweils gültigen Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. sich als Besucher entgegen § 5 Abs. 1 nicht der Würde des Friedhofs entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,
2. entgegen § 5 Abs. 3
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Kinderwagen und Krankenfahrstühle befährt,
 - b) Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, und gewerbliche Dienste anbietet oder dafür wirbt,
 - c) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung Arbeiten ausführt,
 - d) ohne schriftlichen Auftrag der Angehörigen gewerbmäßig fotografiert oder filmt,
 - e) Druckschriften verteilt,
 - f) Abraum und Abfall außerhalb der dafür bestimmten Stellen ablagert,
 - g) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt, Einfriedigungen und Hecken übersteigt und Rasenflächen soweit sie nicht als Wege dienen, Grabstätten und Grabeinfassungen betritt,
 - h) lärmt, spielt und Alkohol trinkt, lagert,
 - i) Tiere mitbringt, ausgenommen Blindenführhunde,
 - j) mit Rollschuhen, Inlineskates, Skateboards oder ähnlichem auf Wegen sowie auf gefrorenen Wasserflächen, z. B. mit Schlittschuhen, zu laufen.
3. entgegen § 5 Abs. 4 Totengedenkfeiern ohne Zustimmung der Stadt durchführt
4. als Gewerbetreibender entgegen § 6 Abs. 1, 4 und 5 ohne vorherige Zulassung tätig wird, außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt sowie Werkzeuge und Materialien unzulässig lagert,
5. entgegen § 19 Abs. 1 und 2 ohne vorherige Zustimmung Grabmale oder bauliche Anlagen errichtet oder verändert,
6. Grabmale entgegen § 22 Abs. 1 nicht fachgerecht befestigt und fundamentierte,

7. Grabmale entgegen § 23 Abs. 1 nicht in gutem und verkehrssicherem Zustand hält,
8. Grabmale und bauliche Anlagen entgegen § 24 Abs. 1 ohne vorherige schriftliche Zustimmung entfernt,
9. Kunststoffe und andere nicht verrottbare Werkstoffe entgegen § 25 Abs. 8 verwendet oder so beschaffenes Zubehör nicht vom Friedhof entfernt oder in den bereitgestellten Behältern entsorgt,
10. Grabstätten entgegen § 27 vernachlässigt.

§ 33 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Friedhofssatzungen vom 17.12.1980 und alle übrigen entgegenstehenden ortsrechtlichen Vorschriften außer Kraft.

Bad Iburg, den 03.12.2020

(Siegel) **Stadt Bad Iburg**
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

299

Gebührensatzung zur Friedhofssatzung vom 03.12.2020 der Stadt Bad Iburg

Aufgrund § 13 des Gesetzes über Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) für das Land Niedersachsen vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117), der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) sowie §§ 1, 2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Stadt Bad Iburg in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bad Iburg beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die Inanspruchnahme der städtischen Friedhöfe und der städtischen Friedhofskapellen werden Gebühren nach dem dieser Satzung anliegenden Tarif erhoben.

§ 2 Gebührenpflichtige

(1) Zur Zahlung der Gebühren ist verpflichtet

1. wer die Bestattung / Beisetzung / sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Satzung beantragt oder durch ihm zurechenbares eigenes Verhalten(mit) ausgelöst hat,

2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Stadt durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet,
4. wem nach § 8 Absatz 3 Niedersächsisches Bestattungsgesetz die Bestattungspflicht obliegt.

(2) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Entrichtung der Gebühren

Die Gebührenschuld entsteht mit der Anmeldung. Die zu erhebenden Gebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig

§ 4 Gebührentarife

A. Grabnutzungsgebühren

1. Reihengräber
 - a) für Personen über 6 Jahre 860,00 €
 - b) für Personen unter 6 Jahre 750,00 €
 - c) anonymes Reihengrab 860,00 €
 - d) Reihengrab als Wiesengrab 860,00 €
 - e) Grabplatte für Wiesengrab nach Aufwand
 2. Wahlgräber
 - a) mit Bestattungsmöglichkeit übereinander
 1. Wahlgrab - 2 Leichen 1.810,00 €
 2. Wahlgrab - 4 Leichen 2.780,00 €
 3. Wahlgrab - 6 Leichen 3.740,00 €
 4. Wahlgrab - 8 Leichen 4.710,00 €
 - b) mit Bestattungsmöglichkeit nebeneinander
 1. Wahlgrab - 1 Leiche - 1.540,00 €
 2. Wahlgrab - 2 Leichen 2.240,00 €
 3. Wahlgrab - 3 Leichen 2.930,00 €
 4. Wahlgrab - 4 Leichen 3.630,00 €
 3. Urnenreihengräber
 - a) Urnenreihengrab 860,00 €
 - b) anonymes Urnenreihengrab 720,00 €
 - c) Urnenreihengrab als Wiesengrab 720,00 €
 - d) Grabplatte für Wiesengrab nach Aufwand
 4. Urnenwahlgräber
 - a) Urnenwahlgrab (bis zu 4 Urnen) 2.060,00 €
- Hinzubestattung von Urnen
in bestehende Erdwahlgräber 180,00 €

B. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle

5. Benutzung der Friedhofskapelle
 - a) Benutzung der Friedhofskapelle je Trauerfeier 430,00 €
 - b) Benutzung der Leichenkammer Für Leichen, die auswärts bestattet werden je Tag nach Aufwand

C. Bestattungsgebühren

6. Gebühr für die Beisetzungen
 - a) Tiefgrab 570,00 €
 - b) Normalgrab 500,00 €
 - c) Urne (anonym) 170,00 €
 - d) Urne 200,00 €
7. Gebühr für Umbettungen nach Aufwand

D. Sonstige Gebühren

8. Berechnung der sonstigen Gebühren
 - a) Genehmigungsgebühr zur Errichtung von Grabdenkmälern 13,00 €
 - b) Gebühr für die Umschreibung von Wahlgräbern 6,00 €

§ 4 Billigkeitsmaßnahmen

Gebühren können im Einzelfall auf Antrag aus Billigkeitsgründen wegen persönlicher odersachlicher Härte gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die Gebührensatzung zur Friedhofsatzung der Stadt Bad Iburg vom 20.12.2001 aufgehoben.

Bad Iburg, den 03.12.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
Annette Niermann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

300

1. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Glandorf über die Gewährung von Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall und Auslagenerstattung für ehrenamtlich tätige Personen in der Freiwilligen Feuerwehr vom 03.12.2019

Aufgrund der §§ 10, 11, 44 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) und des § 12 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (NBrandSchG) in der jeweils gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Glandorf in seiner Sitzung am 03.12.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 11 wird wie folgt neu gefasst:

1. Zur Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr übernimmt die Gemeinde die notwendigen Kosten für den nicht berufsbedingten Erwerb des Führerscheins der Klasse C bzw. CE in voller Höhe.

Hierzu gehören auch die Kosten der ärztlichen Untersuchungen. Die Verwaltungskosten werden vom Landkreis Osnabrück getragen.

2. Die aktiven Feuerwehrmitglieder, die von der Feuerwehr als Fahrer/in eingesetzt werden, haben sich für 5 Jahre in der Feuerwehr zu verpflichten.

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2021 in Kraft.

Glandorf, den 03.12.2020

Gemeinde Glandorf

(Siegel)

Dr. Heuvelmann
Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

C. Sonstige Bekanntmachungen

18

Änderung der Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter in 49565 Bramsche

Der Kirchenvorstand der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter beschließt die Friedhofsgebührenordnung vom 04.09.2012 wie folgt zu ändern:

§ 6 Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten

4. Urnenwahlgrabstätte

- a) für 30 Jahre für eine Grabstelle 560,- €
für jedes Jahr der Verlängerung 18,66,- €
b) für 30 Jahre für zwei Grabstellen 860,- €
für jedes Jahr der Verlängerung 28,66,- €

Engter, den 08.09.2020

Der Kirchenvorstand:
(Siegel)

W. Seller
Vorsitzende/r

Pn. Thamm
weiteres Mitglied

Die Änderung der Friedhofsgebührenordnung sowie der Kirchenvorstandsbeschluss vom 08.09.2020 werden hiermit gemäß 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 5 der Kirchengemeindeordnung (KGO) kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 02.12.2020

(Siegel)

Kusserow
Oberkirchenrat
Kirchenamt Osnabrück-Stadt und -Land

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

19

Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 7 PBefG Änderung der Beförderungsentgelte VOS-Plus Tarif zum 01.01.2021 der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück und der NordWestBahn für die Schienenstrecke HallerWillem

Die Verkehrsgemeinschaft Osnabrück (VOS) informiert.

Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 7 PBefG

Änderungen der Beförderungsentgelte

Nach erteilen der Genehmigung durch die Landesverkehrsbehörde in Hannover und des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gelten in der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück (VOS) und in der NordWestBahn für die Schienenstrecke HallerWillem ab dem 01. Januar 2021 die folgenden Fahrpreise für den VOS-Plus Tarif in Euro:

Tickets	Preisstufe OS/Belm	Preisstufen südl. Landkreis Osnabrück Busse der VOS und HallerWillem				
		0	1	3	5	7
EinzelTicket	3,10 €	3,00 €	4,10 €	4,70 €	5,50 €	
EinzelTicket Kind	1,50 €	1,50 €	2,10 €	2,40 €	2,80 €	
GruppenTicket	1,50 €	1,50 €	2,10 €	2,40 €	2,80 €	
TagesTicket	6,50 €	5,60 €	7,50 €	8,50 €	10,10 €	
TagesTicket Familie	8,00 €	8,50 €	11,30 €	12,70 €	15,20 €	
WochenTicket	21,50 €	15,40 €	27,80 €	36,30 €	45,50 €	
MonatsTicket	66,40 €	38,60 €	75,60 €	99,70 €	128,00 €	
BasisAbo Region	---	32,20 €	63,30 €	83,50 €	106,40 €	
PremiumAbo Region ¹⁾	---	37,90 €	74,80 €	98,70 €	125,90 €	
BasisAbo	51,20 €	---	---	---	---	---
PremiumAbo ¹⁾	55,30 €	---	---	---	---	---
JobTicket	46,90 €	30,60 €	60,40 €	79,20 €	102,00 €	
WochenTicket Schüler	16,10 €	11,50 €	20,80 €	27,20 €	34,00 €	
MonatsTicket Schüler	49,80 €	28,90 €	56,60 €	74,70 €	96,00 €	
FreizeitTicket Schüler	14,50 €	14,50 €	14,50 €	14,50 €	14,50 €	
FahrradTicket	2,00 €	2,00 €	2,00 €	2,00 €	2,00 €	

* Preis pro Monat; 1) übertragbar
GruppenTicket: ab 10 Personen

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

20

Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 7 PBefG Änderung der Beförderungsentgelte VOS Tarif zum 01.01.2021

Die Verkehrsgemeinschaft Osnabrück (VOS) informiert.

Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 7 PBefG

Änderungen der Beförderungsentgelte

Nach erteilen der Genehmigung durch die Landesverkehrsbehörde in Hannover und des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gelten in der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück (VOS) ab dem 01. Januar 2021 die folgenden Fahrpreise in Euro:

Tickets/Preisstufe	Region									
	OS/Belm	0	1	2	3	4	5	6	7	8
Manchmal unterwegs.										
EinzelTicket	2,80	2,80	3,20	3,80	4,00	4,30	4,90	5,20	5,40	5,60
EinzelTicket Digital ²⁾	2,70	2,80	3,20	3,80	4,00	4,30	4,90	5,20	5,40	5,60
EinzelTicket Kind	1,40	1,40	1,60	1,90	2,00	2,10	2,40	2,60	2,70	2,80
GruppenTicket	1,40	1,40	1,60	1,90	2,00	2,10	2,40	2,60	2,70	2,80
Kurzstreckenticket	1,60	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Kurzstreckenticket Digital ²⁾	1,50	---	---	---	---	---	---	---	---	---
TagesTicket	5,90	5,10	5,80	6,90	7,20	7,80	8,80	9,30	9,70	10,00
TagesTicket Digital ²⁾	5,40	5,10	5,80	6,90	7,20	7,80	8,80	9,30	9,70	10,00
TagesTicket Familie	7,10	7,70	8,70	10,40	10,80	11,70	13,20	14,00	14,60	15,00
TagesTicket Familie Digital ²⁾	6,60	7,70	8,70	10,40	10,80	11,70	13,20	14,00	14,60	15,00
8-Fahrtenticket	18,40	---	---	---	---	---	---	---	---	---
8-Fahrtenticket YANIQ ⁴⁾	17,90	---	---	---	---	---	---	---	---	---
12-Fahrtenticket	26,40	---	---	---	---	---	---	---	---	---
SozialTicket	12,00	---	---	---	---	---	---	---	---	---
FahrradTicket	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70
Oft unterwegs.										
WochenTicket	19,30	13,70	18,10	24,70	27,30	32,40	36,30	40,40	42,80	44,90
WochenTicket Digital ²⁾	18,70	---	---	---	---	---	---	---	---	---
MonatsTicket	59,80	34,60	53,50	68,60	79,20	89,30	98,60	116,10	125,20	127,90
MonatsTicket Digital ²⁾	57,90	---	---	---	---	---	---	---	---	---
PremiumAbo ¹⁾	48,70	---	---	---	---	---	---	---	---	---
BasisAbo	45,30	---	---	---	---	---	---	---	---	---
63plusAbo	30,00	---	---	---	---	---	---	---	---	---
MobilAbo ¹⁾	59,90	---	---	---	---	---	---	---	---	---
BasisAbo Region	---	28,70	44,40	56,90	65,70	74,10	82,70	96,40	103,90	106,20
PremiumAbo Region ¹⁾	---	33,90	52,50	67,30	77,60	87,50	97,60	113,80	122,70	125,30
JobTicket	40,90	27,70	42,80	54,90	63,30	71,40	79,70	92,90	100,20	102,30
Wohn unterwegs.										
WochenTicket Schüler	14,40	10,20	13,50	18,50	20,40	24,20	27,20	30,20	32,10	33,80
WochenTicket Schüler Digital ²⁾	14,00	---	---	---	---	---	---	---	---	---
MonatsTicket Schüler	44,10	25,90	40,10	51,40	59,30	66,90	74,60	87,00	93,90	95,90
MonatsTicket Schüler Digital ²⁾	43,40	---	---	---	---	---	---	---	---	---
YoungAbo	38,80	---	---	---	---	---	---	---	---	---
JahresTicket Schüler ²⁾	413,00	---	---	---	---	---	---	---	---	---
FreizeitTicket Schüler	13,00	13,00	13,00	13,00	13,00	13,00	13,00	13,00	13,00	13,00
Ergänzungsticket Schüler	8,00	---	---	---	---	---	---	---	---	---
Ergänzungsticket Schüler Abo	8,00	---	---	---	---	---	---	---	---	---
LandkreisTicket Schüler	---	25,90	25,90	25,90	25,90	25,90	25,90	25,90	25,90	25,90

* Preis pro Monat; 1) übertragbar; 2) Preis ab Schuljahr 2020/2021; 3) Fahrpreis gilt nur für Tickets, die über die Mobilitätsapp "VOSplit" gekauft wurden.

4) Der Preis für das digitale 8-Fahrtenticket dient nur als Rechenbeispiel für das Check-in/Be-Out (YANIQ) Verfahren.
GruppenTicket: (ab 10 Personen)
TERRAvita Ticket 20,00 EUR
P+R Ticket: 5,00 EUR
BürgerBus Wallenhorst-Wersen: Preis 1,00 EUR Erw.
BürgerBus Wallenhorst-Wersen: Preis 0,50 EUR Kind
Citykarte BürgerBus Badbergen: Preis 1,00 EUR
Branscher Karte (übertragbar): gültig in den Tarifzonen: 639 - 648 Preis 33,80 Euro
Branscher Karte (übertragbar): gültig in den Tarifzonen: 639 - 648 Preis 4,90 Euro
Branscher Familienkarte: gültig in den Tarifzonen: 639 - 648 Preis 7,90 Euro
Nachtkarte Melle: Preis 5,00 Euro

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24, 31. Dezember 2020

Herausgegeben vom Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück.

Zur Veröffentlichung bestimmte Bekanntmachungen sind zu richten an den Landkreis Osnabrück - Fachdienst 1 - Service - Postfach 25 09, 49015 Osnabrück - Druck und Verlag: B. Ad. Rieke, Postfach 13 06, 49589 Bersenbrück. Das Amtsblatt erscheint 14-tägig, in der Regel Mitte und Ende eines jeden Monats. Laufender Bezug und Einzelstück durch den Verlag. Bezugspreis: bis 12 Seiten € 1,60, je weitere 2 Seiten € 0,15 brutto mehr; zuzüglich € 2,05 Versandkosten.